



ZUKUNFT JETZT MACHEN

Sozialdemokratisches Regierungsprogramm für Hessen 2019-2024

Leitantrag für den außerordentlichen Landesparteitag
am 9. Juni 2018 in Wiesbaden

verabschiedet von SPD-Landesvorstand am 10.04.2018 in Wiesbaden

Mein Hessen von morgen ...

ZUKUNFT JETZT MACHEN.....	3
... für junge Familien.....	6
... mit besseren Schulen	10
... mit gutem Start für junge Menschen	23
... mit bezahlbaren Mieten und einem guten Leben im Ballungsraum.....	27
... mit einem Recht auf Mobilität: für alle, überall und bezahlbar.....	33
... mit Chancen und gutem Wohnen für den ländlichen Raum	39
... mit guter Arbeit und wirtschaftlicher Stärke.....	45
... mit mehr Sicherheit und einer starken Demokratie.....	56
... mit sozialer Gerechtigkeit und Zusammenhalt.....	67
... mit Vorbildfunktion als Arbeitgeber.....	71
... für Zugewanderte und ihre Familien.....	73
... für Menschen mit Behinderung.....	77
... für aktive Seniorinnen und Senioren.....	80
... mit guter und erreichbarer Gesundheitsversorgung	82
... für Pflegebedürftige und ihre Familien	85
... für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.....	87
... mit innovativer Wissenschaft und Forschung	93
... mit einer produktiven und kreativen Kulturlandschaft.....	100
... mit neuer Energie.....	107
... mit gesunder Umwelt, nachhaltiger Landwirtschaft, verantwortungsvollem Tier- und Verbraucherschutz sowie mehr Klimaschutz	112
... mit einem handlungsfähigen Gemeinwesen und gerechteren Steuern und Abgaben.....	118
... hat Mut zu Europa und zur Welt.....	122

ZUKUNFT JETZT MACHEN

1 Hessen kann mehr. Wir wollen nicht den Gelegenheiten hinterherschauen, die Hessen
2 in den letzten 20 Jahren verpasst hat. Wir wollen gemeinsam die Chancen nutzen, die
3 vor uns liegen.

4
5

6 Wir fordern ...

7 **... Wohnraum, den sich alle leisten können.**

8 Für Polizeibeamte, Erzieherinnen und Erzieher, Feuerwehrleute, Facharbeiterinnen und
9 Facharbeiter, Menschen in sozialen Berufen, Leute, die hart arbeiten, aber keine Reich-
10 tümer mit nach Hause bringen. Für die, die dort leben wollen, wo sie arbeiten. Für Fami-
11 lien. Für Menschen, die im Erwerbsleben noch in der Stadt wohnten und am Lebens-
12 abend von gestiegenen Mieten verdrängt werden.

13
14 Deswegen werden wir eine Bauoffensive starten, mit Stahl, Glas und Beton gegen den
15 Mietpreiswucher angehen. Öffentliche Grundstücke wollen wir günstig für den Woh-
16 nungsbau zur Verfügung stellen. Eine schnellere Ausweisung von Baugebieten ist unser
17 Ziel. Unter der CDU-Führung in Hessen hat sich die Zahl der Sozialwohnungen seit 1999
18 auf 90.000 halbiert. Wir werden mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereitstel-
19 len und dafür sorgen, dass der Anteil an Sozialwohnungen steigt und nicht sinkt.

20
21
22

23 Wir kümmern uns um ...

24 **... gleiche Bildungschancen für alle.**

25 Für alle Kinder gleich welcher Herkunft – für die, die klug und fleißig sind, aber nicht reich
26 geboren wurden. Aber auch für die, denen Lernen nicht leicht fällt. Für Eltern, die einen
27 Großteil ihres Einkommens für Kita- und Krippenplätze aufwenden. Für Jugendliche, die
28 erst in die Lehre gehen, bevor sie sich im Berufsleben entscheiden, noch einmal zu stu-
29 dieren. Für Gesellinnen und Gesellen, die für ihren Meisterlehrgang hohe Kredite auf-
30 nehmen müssen. Für junge Menschen, die als Erste in ihrer Familie einen Hochschulab-
31 schluss machen. Für Kolleginnen und Kollegen, die mit den technologischen Verände-
32 rungen Schritt halten wollen. Für Erwachsene, die nicht mit Smartphones aufgewachsen
33 sind, aber in der Digitalisierung ihre Chance sehen.

34
35 Deswegen werden wir die Gebühren für Bildung vollständig abschaffen, von der Kita bis
36 zum Master bzw. zur Meisterprüfung. Wir werden die Qualität in den Einrichtungen stei-
37 gern und die Ausbildung des Lehr- und Fachpersonals verbessern. Wir wollen kein Kind

38 mehr ohne Abschluss aus der Schule entlassen und allen eine Ausbildungsmöglichkeit
39 garantieren. Wir werden unser Schulsystem so umbauen, dass nicht mehr die Herkunft
40 und der Geldbeutel der Eltern über den Schulerfolg entscheiden.

41 Und wir werden mehr Mittel für Qualifizierung und Nachqualifizierung zur Verfügung
42 stellen, damit sich Menschen ein Leben lang weiterentwickeln können, wenn sie es wol-
43 len. Wir werden das Bildungssystem öffnen: für alle.

44

45

46

47 **Wir versprechen ...**

48 **... Mobilität für ganz Hessen: bedarfsgerecht, aber überall verfügbar, sauber und**
49 **bezahlbar.**

50 Für die Pendler, die täglich im Stau stehen, über 126.385 Kilometer oder dreimal um die
51 Welt im letzten Jahr. Oder in überfüllten Bussen und Bahnen. Für die Rentnerin im Hin-
52 terland, die ohne Auto nicht zum Arzt kommt, aber nicht mehr fahren kann. Für junge
53 Leute, die auf dem Dorf wohnen und sonntags nach 18:00 Uhr nicht mehr ins Kino kön-
54 nen. Für Menschen, die kein Auto haben und auch nicht dazu gezwungen werden sollen,
55 eines zu besitzen. Für saubere Luft und weniger Lärm in den Städten.

56

57 Deswegen werden wir fließende Übergänge zwischen verschiedenen Verkehrsträgern
58 schaffen: Bahn, Bus, Taxi, Auto, Fahrrad und den eigenen zwei Beinen. Verkehrsver-
59 bünde werden wir dabei unterstützen, sich zu modernen Mobilitätsdienstleistern zu
60 entwickeln, die unter ihrem Dach alle Dienstleistungen vereinen. Schienenstrecken wer-
61 den wir wieder in Betrieb nehmen oder neu bauen, wo es erforderlich ist. Kaputte Stra-
62 ßen und marode Brücken werden wir nicht mehr hinnehmen. Die hessische Dauerbau-
63 stelle im Verkehr muss geschlossen werden. Den öffentlichen Verkehr werden wir ver-
64 lässlicher und günstiger gestalten. Und wir werden die Jobs derer sichern, die heute Au-
65 tos mit Verbrennungsmotor bauen und morgen möglicherweise an den Technologien
66 der Zukunft arbeiten.

67

68

69

70 **Wir sagen ...**

71 **... Ja zur Stadt und zum ländlichen Raum.**

72 Für Menschen, die mit Lärm, Abgasen und steigenden Mieten im Ballungsraum zu kämp-
73 fen haben. Aber genauso entschieden auch für die, die auf den Dörfern beheimatet sind.
74 Für die Unternehmen, die Tausenden von Hessinnen und Hessen gute Arbeit geben, die
75 nicht berühmt, aber Weltspitze sind. Für Gründerinnen und Gründer, die neue Ideen im
76 Grün verwirklichen wollen, werden wir Funklöcher und Internetwüsten angehen. Für
77 junge Paare, die dort Familie gründen, wo die Kita, die Schule und der Arbeitsplatz sicher
78 sind.

79

80 Deswegen werden wir für räumliche Gerechtigkeit sorgen. Der Sozialstaat darf nicht an
81 der Stadtgrenze aufhören. Gesundheit, Pflege, Bildung und Kultur müssen wohnortnah
82 bereitstehen. Wir werden Straßen, Breitbandleitungen, Funknetze und Dorfinfrastruktur
83 modernisieren. Damit auch morgen auf dem Land in gute Arbeit investiert wird und
84 sich Unternehmen ansiedeln. Wir werden auch als Land vorangehen und Arbeitsplätze
85 in die Regionen verlagern. Wir wollen kein Hessen der zwei Klassen: Alle Hessinnen und
86 Hessen haben ein gutes Leben verdient, ob sie in der Großstadt oder in unseren Dörfern
87 zu Hause sind.

88

89 In den fünf Jahren Regierungsverantwortung, für die wir uns bewerben, werden wir
90 Schwerpunkte setzen. Trotzdem haben wir auch darüber hinaus einen Plan, mit dem wir
91 die Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt Schritt für Schritt angehen wollen. Mit
92 dem wir gute Bildung, die Förderung von Innovation, Zusammenhalt in der Gesellschaft,
93 Sicherheit und die Modernisierung unserer Infrastruktur verbinden. Mit dem wir inves-
94 tieren, wirtschaftlichen Aufschwung in Gang setzen, gute Arbeit und faire Löhne schaf-
95 fen. Denn die zentralen Gestaltungsaufgaben, die Energiewende, die Umbrüche in der
96 Industrie und die Modernisierung des Verkehrsbereichs verlangen nach Weitsicht, wie
97 sie Georg-August Zinn mit seinem Hessenplan in den 1960ern hatte. Von dem Auf-
98 schwung zehren wir noch heute. An diese Tradition werden wir mit modernen Ansätzen
99 anknüpfen.

100

101 Im Zentrum steht für uns der Anspruch, allen Menschen in Hessen die gleichen Lebens-
102 chancen zu bieten. Denn Teilhabe darf weder vom Geldbeutel abhängen noch vom Woh-
103 nort. Dafür stehen wir. Das treibt uns an.

Mein Hessen von morgen ...

... für junge Familien

104 Hessen soll familienfreundlich werden! Zwar konnten mithilfe der SPD in den vergange-
105 nen Jahren bundesweit manche Verbesserungen erzielt werden, etwa beim Kitausbau
106 und Elterngeld. Dennoch leidet die junge Familie zu oft an Geld- und Zeitmangel und an
107 mangelnder Vereinbarkeit mit den beruflichen Wünschen. Deshalb wollen wir die Kitas
108 und auch Krippen komplett gebührenfrei gestalten, die Qualität durch mehr Personal in
109 den Kitas verbessern und den Anteil des Landes an den Betriebskosten bis zum Ende der
110 nächsten Legislaturperiode auf zwei Drittel anheben. Wir werden einen Rechtsanspruch
111 auf Ganztagsangebote auch für Grundschul Kinder verankern und insbesondere Allein-
112 erziehende stärker unterstützen.

113 Ziel aller frühkindlichen Pädagogik ist die individuelle Förderung aller Kinder von Anfang
114 an. Optimale Förderung setzt voraus, dass die individuellen Stärken und Bedürfnisse und
115 der konkrete familiäre und soziale Hintergrund des Kindes beachtet werden. Vorhan-
116 dene Fähigkeiten werden verstärkt und weiterentwickelt, individuelle Beeinträchtigun-
117 gen früh erkannt und Fehlentwicklungen vermieden, soziale Benachteiligungen ausge-
118 glichen. Wir wollen diese individuelle Förderung ermöglichen und so einen großen
119 Schritt hin zu Chancengerechtigkeit durch Bildung leisten.

120

121 **1. Kitagebühren abschaffen – aber richtig**

122 Die SPD steht, anders als Schwarz-Grün, für eine echte und vollständige Entlastung jun-
123 ger Familien von Krippen- und Kitagebühren. Die schwarz-grüne Landesregierung hat
124 zuletzt auf Druck der SPD eine Teilentlastung für drei- bis sechsjährige Kinder in Aussicht
125 gestellt. Im Krippenbereich (bis drei Jahre), wo die höchsten Kosten anfallen – bis zu 700
126 Euro pro Kind und Monat – wollen CDU und Grüne nichts ändern.

127 Für uns steht fest: Frühkindliche Bildung in Kinderkrippe und Kindergarten muss gebüh-
128 renfrei sein, weil

- 129 • frühe Bildung die Grundlage für den weiteren Bildungserfolg darstellt. Je frü-
130 her die Förderung, umso größer sind die Bildungschancen.
- 131 • jede Form von Beiträgen als Bildungsbarriere wirkt. Allen Kindern soll die Kita
132 offenstehen. Frühkindliche Bildung ist unabdingbare Voraussetzung für mehr
133 Bildungsgerechtigkeit.
- 134 • Gebühren in der Krippe (U3) vor allem den Müttern die Rückkehr in den Beruf
135 erschweren.
- 136 • gerade Familien mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden müs-
137 sen.

138 Die SPD macht Schluss mit halben Sachen. Wir werden die vollständige Befreiung der
139 Eltern von allen Gebühren umsetzen – im Gegensatz zu Schwarz-Grün nicht nur zeit-
140 weise für Kinder über drei, sondern auch ganztags, für alle Altersgruppen und für die
141 Tagespflege.

142 Deshalb wollen wir den auf Hessen entfallenden Anteil der auf Bundesebene in der lau-
143 fenden Wahlperiode bereitgestellten Mittel in Höhe von 2 Mrd. Euro (Anteil für Hessen:
144 ca. 160 Mio. Euro) für die Kitas komplett für die Freistellung der Eltern von Beiträgen ein-
145 setzen.
146

147 **2. Mehr Qualität für bessere Betreuung, Erziehung und Bildung**

148 In Hessen ist eine Vollzeiterzieherin bzw. ein -erzieher im Durchschnitt allein für vier Kin-
149 der in der Krippe (unter drei Jahre) oder für zehn Kindergartenkinder (drei bis sechs Jahre)
150 verantwortlich. Damit hat Hessen den schlechtesten Personalschlüssel aller westdeut-
151 schen Flächenländer in den Kitas.

152
153 Wir werden für eine Qualitätsverbesserung bei der Kinderbetreuung sorgen:

- 154 • Wir werden erstens eine dem tatsächlichen Aufwand entsprechende Freistellung
155 von Personal für wichtige Leitungsaufgaben ermöglichen,
- 156 • zweitens den Erzieherinnen und Erziehern mehr Zeit für Vor- und Nachbereitun-
157 gen und für Elternarbeit einräumen,
- 158 • drittens eine realistische Einberechnung von zu erwartenden Ausfallzeiten durch
159 Krankheit oder Urlaub bei der Stellenberechnung vornehmen,
- 160 • viertens die Sprachentwicklungsförderung für alle Kinder optimieren,
- 161 • fünftens den Einsatz von multiprofessionellen Teams ausbauen und
162 • sechstens den Ausbau der Kooperationen mit außervorschulischen Einrichtungen
163 unterstützen.

164 Als Voraussetzung werden wir die Anzahl der Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und
165 Erzieher massiv erhöhen.
166

167 **3. Kommunen entlasten – gerechte und nachhaltige Finanzierung für die Familien-** 168 **förderung**

169
170 Die für all dies notwendige Entlastung der Kommunen bei den Betriebskosten werden
171 wir im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden ebenfalls in mehreren
172 Schritten vornehmen.

173 Unser Ziel ist, dass Hessen - unter Anrechnung der dem Land aus dem Sondervermögen
174 Kinderbetriebsausbau für den weiteren Ausbau und insbesondere den gut 1 Mrd.
175 Euro Betriebskostenzuschüssen zustehenden Bundesmitteln – verbindlich und dauer-
176 haft zwei Drittel der Gesamtkosten für den Betrieb von Kindertagesstätten und Tages-

177 pflege übernimmt. Gleichzeitig mit der Abschaffung der Elternbeiträge und der Erhö-
178 hung des Landesanteils an der Finanzierung der frühen Bildung werden wir die Mittel-
179 zuweisung erheblich entbürokratisieren.

180

181 Da das Land mit der Finanzierung von zwei Dritteln der Betriebskosten die Kommunen
182 finanziell deutlich entlastet, eröffnet dies Spielräume für Kommunen für besondere An-
183 gebote, wie z. B. Betreuung in den Tagesrandzeiten, die berufstätige Eltern und gerade
184 Alleinerziehende brauchen.

185

186 **4. Kitas zu Familien- und Beratungszentren aufwerten**

187 Wir wollen den Ausbau von Familienzentren an allen Kitas und Krippen in Hessen voran-
188 treiben. Damit wollen wir niederschwellige Angebote an Beratung für alle Familien in
189 Hessen in Zusammenarbeit mit Kommunen und freien Trägern gewährleisten. Wir wol-
190 len, dass Eltern in Hessen über ihre Krippe bzw. Kita regelmäßig zu Elternabenden und
191 zu Beratungsangeboten in Sachen Erziehung, Gesundheit, Medienkonsum und Förde-
192 rung eingeladen werden und dort kompetente Ansprechpartner/-innen vorfinden.

193

194 **5. Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Betreuungsgarantie und flexible An-** 195 **gebote**

196 Viele hessische Familien stehen vor dem Problem, dass Arbeitszeiten und Betreuungs-
197 zeiten in Kitas und Schule nicht zueinander passen. Der schwarz-grüne „Pakt für den
198 Nachmittag“ hat daran nichts geändert. An kaum einer hessischen Grundschule sind
199 dadurch neue Betreuungsplätze entstanden. Im Wesentlichen wurden dafür schon be-
200 stehende Betreuungsangebote umetikettiert. Berufstätige Eltern sehen sich nach fünf
201 Jahren Schwarz-Grün einem Flickenteppich an völlig unzureichenden und oft sehr teu-
202 ren Angeboten gegenüber. Bis endlich auch in Hessen ein bedarfsdeckendes Angebot an
203 echten Ganztagschulen existiert, muss es für hessische Eltern einen Rechtsanspruch
204 auf Nachmittags- und Schulferienbetreuung geben.

205

206 **6. Mehr Unterstützung für Alleinerziehende**

207 Alleinerziehende Mütter und Väter tragen die alleinige Verantwortung für Kinder in oft
208 anspruchsvoller persönlicher und beruflicher Situation. Mehr als 40 Prozent der Allein-
209 erziehenden in Deutschland sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Ein
210 Grund dafür ist, dass Betreuungszeiten von Kita und Schule oft nicht zu den vorhande-
211 nen Arbeits- und Ausbildungsangeboten passen. Wir werden deshalb alleinerziehende
212 Eltern in besonderem Maße unterstützen. Neben mehr Betreuungsangeboten zu Tages-
213 randzeiten wollen wir Alleinerziehenden auch bei der Schulwahl mehr Möglichkeiten
214 einräumen, Grundschulen mit geeigneten Betreuungszeiten auszuwählen. Wir werden
215 ihnen mehr Flexibilität geben, indem wir ihren Gestattungsanträgen für Schulen, die

216 hinsichtlich Ort und Betreuungszeiten zu ihrer Lebens- und Arbeitssituation passen, Pri-
217 orität gewähren.

218 Wir wollen in Zusammenarbeit mit Kommunen und Jobcentern hessenweit für Ange-
219 bote sorgen, die die besonderen Bedürfnisse von Alleinerziehenden bei Schulabschluss,
220 Ausbildung, Studium, Rückkehr in den Beruf und bei der Wohnungssuche berücksichti-
221 gen.

222

223 **7. Kurze Beine, kurze Wege: wohnortnahes Schulangebot erhalten**

224 Wohnortnahe Kitas und Schulen sind für jede Familie eine große Erleichterung. Wir un-
225 terstützen deshalb den Erhalt von Schulen im ländlichen Raum auch bei zurückgehen-
226 den Einwohnerzahlen und ein wohnortnahes Kitaangebot.

227

228 **8. Schnell bezahlbaren Wohnraum für junge Familien schaffen**

229 Familien mit kleinen Kindern und Alleinerziehende haben es auf dem privaten Woh-
230 nungsmarkt in den hessischen Ballungsräumen besonders schwer. Wir legen deshalb
231 Förderschwerpunkte auf zügige Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnungen für diese
232 Gruppen.

233

234 **9. Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit für Mütter und Väter schnell umsetzen**

235 Wir begrüßen, dass die SPD im Koalitionsvertrag der großen Koalition gegenüber
236 CDU/CSU das Rückkehrrecht von Eltern in Vollzeit durchgesetzt hat. Eine SPD-geführte
237 Landesregierung wird sich für eine möglichst schnelle und unbürokratische Umsetzung
238 stark machen. Wir werden dazu beitragen, dass alle Eltern über ihre neuen Rechte infor-
239 miert werden.

240 **Mein Hessen von morgen ...**

241

242 **... mit besseren Schulen**

243 Die SPD steht wie keine andere Partei für das Versprechen des sozialen Aufstiegs und
244 gleicher Lebenschancen für alle Menschen. Der Schlüssel hierzu ist Bildung.

245 Der Bildungserfolg eines Kindes hängt in Deutschland noch immer sehr stark von der
246 Herkunft und vom Einkommen der Eltern ab. Das werden wir ändern.

247 Wir werden mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit schaffen, indem wir
248 mehr echte Ganztagschulen anbieten, längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, die
249 Schulsozialarbeit an allen unseren Schulen verankern und den individuellen Bedarf und
250 die Förderung des einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellen. Wir sehen den Zugang zu
251 Bildung als ein lebenslanges Grundrecht jedes Menschen an, auch nach dem Schulab-
252 schluss. Dafür brauchen wir eine weitere Verbesserung der Kooperation zwischen Bund
253 und Land. Wir begrüßen daher, dass die SPD in der Koalitionsvereinbarung der großen
254 Koalition die Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich verankern konnte
255 und werden auf die Umsetzung dieser Vereinbarung achten. Nur dadurch ist es möglich,
256 dass der Bund die Mitfinanzierung der kommunalen Bildungsinfrastruktur auf alle Kom-
257 munen ausweitet, die Mittel weiter aufstockt und im Rahmen des vereinbarten Digital-
258 pakts die Modernisierung der Schulen mit 5 Mrd. Euro bundesweit mitfinanziert.

259 Wir werden in Regierungsverantwortung die Schule vom Kind aus denken und die indi-
260 viduell zugeschnittene Förderung des einzelnen Kindes in den Mittelpunkt unseres Han-
261 delns stellen.

262 Entscheidungen über die Köpfe der Beteiligten hinweg sind nach unserer Überzeugung
263 in der Schule fehl am Platz. Die notwendigen Veränderungen an unseren Schulen wollen
264 wir deshalb schrittweise im ständigen Dialog mit Eltern, Lehrerschaft, Schulleitungen
265 und Schülervertretungen sowie mit den Schulträgern umsetzen.

266 Zur Stärkung der Transparenz werden wir regelmäßig einen hessischen Bildungsbericht
267 veröffentlichen.

268

269 **1. Bildung ist für uns mehr als die Aneignung von Wissen**

270 Bildung befähigt den Menschen zur Selbstbestimmung, Demokratie und sozialer Ver-
271 antwortung in einer globalisierten Welt. Sie ist entscheidend für die Entfaltung der Per-
272 sönlichkeit und schafft Akzeptanz für unterschiedliche Lebensentwürfe. Dabei geht es
273 gleichermaßen um kreative, soziale, ethische und politische Bildung wie um die prakti-
274 sche Vermittlung von Wissen und Qualifikationen, die den Zugang zu Arbeit gewährleis-
275 ten.

276 Wir wollen Bildungseinrichtungen, die Kinder und Jugendliche zu gegenseitiger Ach-
277 tung, zu Freiheit, zu Selbstständigkeit, zu sozialem Verantwortungsbewusstsein und im
278 Sinne der Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung anregen.

279

2. Schluss mit Schubladendenken: mehr Durchlässigkeit nach oben durch mehr individuelle Förderung

282 Kinder bringen zunehmend unterschiedliche Lernvoraussetzungen mit. Die Unter-
283 schiede zwischen familiären und kulturellen Lebensentwürfen in den Klassenzimmern
284 und Elternhäusern nehmen zu. Wir wollen ein offenes und durchlässiges Bildungssys-
285 tem, das kein Kind zurücklässt und allen die gleichen Chancen eröffnet, ihre Potenziale
286 zu nutzen.

287 Um individuell auf das einzelne Kind eingehen zu können, wollen wir erstens Möglich-
288 keiten zur Erfassung der Lernvoraussetzungen für jedes einzelne Kind zur Verfügung
289 stellen. Zweitens wollen wir auch die Rahmenbedingungen zur schulischen Umsetzung
290 (Lernumgebung, Unterrichtsplanung und -gestaltung) schaffen, damit diese festgestell-
291 ten Lernvoraussetzungen angemessen berücksichtigt werden. Notwendig dafür sind
292 entsprechende Fortbildungen für die Lehrkräfte, aber auch Veränderungen bei den Klas-
293 sengrößen. Auf unnötige Vergleichsarbeiten, durch die keine Rückmeldung an die Ler-
294 nenden erfolgt, werden wir verzichten.

295 Mit mehr individueller Förderung wollen wir auf „Zwangsabstiege“ verzichten. Sie frust-
296 rieren Kinder und Jugendliche und führen nicht selten zu gebrochenen Bildungsbiogra-
297 phien. Die bestehenden Projektbüros für individuelle Förderung werden wird mindes-
298 tens verdoppeln. Wir legen wie andere europäische Länder ein Förderprogramm zum Le-
299 sen, Schreiben und Rechnen auf, um Lern-, Leistungs- und Teilleistungsschwierigkeiten
300 zu vermeiden.

301 Besondere Begabungen werden wir fördern. Für diesen Personenkreis werden wir einen
302 Anspruch auf besondere pädagogische Förderung schaffen, um allen Schülerinnen und
303 Schülern mit Unterstützungsbedarf gerecht zu werden. Grundlagen dafür sind die Kin-
304 derrechtskonvention und die UN-Behindertenrechtskonvention. Beratungs- und Förder-
305 zentren werden wir zu „Zentren für besondere pädagogische Förderung“ über die Son-
306 derpädagogik hinaus weiterentwickeln. Als regionale Unterstützungsagenturen für in-
307 dividuelle Förderung beraten sie Schulen multiprofessionell aus einer Hand, vernetzen
308 die Schulen mit außerschulischen Einrichtungen und stellen notwendiges Material zur
309 Verfügung.

310

3. Wir garantieren Chancengleichheit

312 Der Bildungsabschluss darf nicht von der kulturellen und sozialen Herkunft, dem Ge-
313 schlecht oder anderen äußeren Faktoren abhängen, wie dies offenkundig im hessischen
314 Schulsystem derzeit häufig der Fall ist.

315 Die Aufnahme in die weiterführenden Schulen geschieht durch direkte Anmeldung
316 durch die Eltern und Aufnahme durch die Schulleitung.

317 Zur Stärkung des Elternwahlrechts wollen wir erreichen, dass jede Schule die Schülerin-
318 nen und Schüler zu einem Schulabschluss führt, die sie aufgenommen hat. Schulform-

319 empfehlungen werden wir durch aussagekräftigere Abschlusszeugnisse ersetzen, in de-
320 nen Kompetenzen beschrieben werden. Um eine für die Jugendlichen sinnvolle Entschei-
321 dung treffen zu können, sollten Eltern frühzeitig über die verschiedenen Ausbildungs-
322 wege im Anschluss an die jeweilige Schulform informiert werden.

323 Wir unterstützen die religiöse und weltanschauliche Vielfalt des Angebots durch freie
324 Schulträger, soweit das grundgesetzliche Sonderungsverbot dabei eingehalten wird.

325

326 **4. Wir stehen für vergleichbare Bildungschancen in der Stadt und auf dem Land**

327 Wir setzen uns für ein wohnortnahes breit gefächertes Bildungsangebot und damit auch
328 für den Erhalt kleiner Schulstandorte ein. Wir werden die Schulträger bei ihrer Schulent-
329 wicklungsplanung unterstützen, damit sie ihre Angebote möglichst nah am Bedarf der
330 Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern ausrichten können. Die Wahlfreiheit der
331 Eltern für den Bildungsgang ihrer Kinder wird von uns garantiert.

332 Wir wollen ein übersichtliches Schulsystem, das in allen Teilen Hessens die gleichen Bil-
333 dungschancen sicherstellt.

334 **5. Unser Ziel: keine Schülerin und kein Schüler ohne Schulabschluss**

335 Unser Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler die Schule mit einem Abschluss verlas-
336 sen. Wir wollen erreichen, dass jede Schule am Ende der Pflichtschulzeit einen Schulab-
337 schluss vergibt. Bei entsprechenden Voraussetzungen soll die Versetzung in die nächst-
338 höhere Schulform erteilt werden. Dazu werden wir schulformunabhängige Bildungs-
339 standards entwickeln, die beschreiben, welche Kompetenzen Schülerinnen und Schüler
340 am Ende eines Jahrgangs mindestens erreicht haben sollten.

341 Um Brüche in den Bildungsbiografien der Kinder zu vermeiden, wollen wir, dass die
342 Übergänge von der Kita in die Grundschule und von dort in die weiterführende Schule,
343 in die Berufsausbildung bzw. das Studium durch verbindliche Zusammenarbeit aller be-
344 teiligten Bildungseinrichtungen verbessert werden.

345 Mobiles und Online-Lernen werden ebenso gefördert, um beispielsweise Kinder beruf-
346 lich Reisender ohne Brüche zu unterrichten.

347

348 **6. Echte Ganztagschulen statt Schulgeld am Nachmittag**

349 Wir werden den Ausbau echter Ganztagschulen massiv vorantreiben. Während die
350 schwarz-grüne Landesregierung Schulen mit wenigen Stunden Nachmittagsangeboten
351 in der Woche bereits als Ganztagschulen bezeichnet, wollen wir für alle hessischen Fa-
352 milien mit diesem Bedarf ein Angebot schaffen, das diesen Namen auch tatsächlich ver-
353 dient.

354 Echte Ganztagschulen bieten allen Kindern über den Tag verteilt Unterricht, Sport,
355 Spiel, Bewegung, Aufgabenbetreuung und wenn erforderlich individuelle Unterstützung
356 an. Sie leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit sowie zur

357 Vereinbarung von Familie und Beruf und ermöglichen bessere schulische Leistungen,
358 auch für benachteiligte Kinder und Jugendliche.

359 Ihre Vorteile liegen auf der Hand: Sie bieten mehr Zeit zum Lernen, geben Schulen Mög-
360 lichkeiten, ihren Unterricht kindgerechter über den Tag zu verteilen („Rhythmisierung“)
361 und entlasten berufstätige Eltern. Wir werden deshalb unsere Schulen schrittweise zu
362 echten und kostenfreien Ganztagschulen in gebundener und teilgebundener Form wei-
363 terentwickeln.

364 Ein Recht auf den Besuch einer Ganztagsklasse wollen wir im Schulgesetz verankern und
365 entsprechende Angebote für alle Schülerinnen und Schüler in erreichbarer Nähe sicher-
366 stellen. Schulen, die ihr Ganztagsangebot erweitern wollen, werden wir unterstützen
367 und eine am tatsächlichen Bedarf der Lerngruppen orientierte Personalausstattung zur
368 Verfügung stellen, damit kein Antrag schon beim Schulträger zurückgewiesen werden
369 muss. Dazu werden wir ein Programm zum Ausbau von Ganztagschulen verabschieden,
370 das den Schulen verlässliche Entwicklungsperspektiven bietet.

371 Die Einführung eines Schulgelds durch die Hintertür, wie beim konzeptionslosen „Pakt
372 für den Nachmittag“ der schwarz-grünen Landesregierung, lehnen wir ab. Den Schulen,
373 die am „Pakt“ teilnehmen, bieten wir die Möglichkeit der Weiterentwicklung.

374 Ganztagschulen sollen nicht in Konkurrenz zu Vereinen und deren Angeboten stehen,
375 sondern dabei helfen, Kinder und Jugendliche für Sport, Kultur und Ehrenamt zu begeis-
376 tern. Daneben soll den Kindern und Jugendlichen auch weiterhin Zeit für selbstbe-
377 bestimmte Freizeit und Ehrenamt zur Verfügung stehen. Die Grundprinzipien und Ziele der
378 Jugendarbeit werden wir absichern.

379 Zu guten Ganztagschulen gehören für uns auch Standards für gesunde Ernährung so-
380 wie die Bereitstellung von ausreichend Sport- und Bewegungsangeboten. Hierzu wollen
381 wir mit den Schulträgern gemeinsame Vereinbarungen treffen, auch für bauliche Min-
382 deststandards. Gesunde Ernährung gehört auf den Lehrplan. Die hessische Blockade des
383 EU-Schulobstprogramms werden wir aufheben und die kostenfreie tägliche Versorgung
384 unserer Schulen mit Obst ermöglichen.

385

386 **7. Schulen als Ort des sozialen Miteinanders stärken**

387 Schülerinnen und Schüler müssen ihre Schule als einen Ort wahrnehmen, in dem sie frei
388 von Diskriminierung, Gewalt und Angst ihre eigene Identität finden können. Soziales
389 Lernen hat einen hohen Stellenwert für die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Men-
390 schen.

391 Es darf keine Toleranz für Mobbing oder sexualisierte Gewalt geben. Betroffene Jungen
392 und Mädchen brauchen Schutz und Verständnis sowie Hilfe bei der Aufarbeitung des
393 Erlebten. Wir unterstützen das Angebot von Sozialtrainings für Klassen und Projekte zur
394 Mobbingprävention, und werden den Schulen Präventionsprogramme, Handlungsleit-
395 fäden und Fortbildungen zur Verfügung zu stellen.

396 Um bei Bedarf koordinierte individuelle Unterstützung für einzelne Kinder bzw. Jugend-
397 liche zu erreichen, regen wir die Einrichtung von runden Tischen unter Einbeziehung der

398 Familien und der außerschulischen Familienarbeit sowie der Schulsozialarbeit, der Ju-
399 gendarbeit und weiterer relevanter Stellen an.

400 Um Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen sowie
401 Lehrkräfte von nicht-unterrichtsbezogenen Tätigkeiten zu entlasten, werden wir die
402 Schulen mit multiprofessionellen Teams aus pädagogisch-therapeutischem Personal
403 und außerschulischen Partnern, Schulsozialarbeit und Schulpsychologen in regionaler
404 Verantwortlichkeit ausstatten.

405

406 **8. Schulsozialarbeit und Schulpsychologie am bestehenden Bedarf ausrichten**

407 Um den Bedarf nach Schulsozialarbeit zu decken, ist ein flächendeckender Ausbau erfor-
408 derlich. An jeder Schule soll es Schulsozialarbeit geben, die sich an den örtlichen Rah-
409 menbedingungen orientiert. Wir werden dafür sorgen, dass Kommunen und Schulträger
410 mit den Kosten nicht alleine gelassen werden. Unser Ziel ist das Erreichen einer Drittel-
411 finanzierung zwischen Land, Schulträger und Standortkommune. Hierzu werden wir
412 eine neue Förderpauschale zur Unterstützung der Träger einführen. Daneben werden
413 wir den schulpsychologischen Dienst ausbauen und Wartezeiten reduzieren. Dadurch
414 unterstützen wir nicht nur die Lehrkräfte, sondern stärken auch Maßnahmen für Krisen-
415 interventionen.

416

417 **9. Bedingungen für individuelle Förderung und jahrgangsübergreifendes Lernen in** 418 **den Schulen verbessern**

419 Durch mehr jahrgangsübergreifendes und gemeinsames Lernen werden wir nicht nur
420 den Erhalt von Schulen im ländlichen Raum und damit die wohnortnahe Grundschulver-
421 sorgung sichern. Wir wollen eine Unterrichts- und Schulorganisation ermöglichen, die
422 an den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Schülerin bzw. des einzelnen Schülers
423 ausgerichtet ist. Durch individuelle Förderung mit Förderplan und intensiver sowie re-
424 gelmäßiger Beratung von Schülerinnen und Schülern und Eltern im Verlauf eines jeden
425 Schuljahres ermöglichen wir den **Verzicht auf Versetzung in die nächstniedrige Schul-**
426 **form** und auf die Nichtversetzung in die nächsthöhere Klasse.

427 Wir werden die Rahmenbedingungen für Schulen verbessern, die **jahrgangsübergreifen-**
428 **des Lernen realisieren wollen** – z. B. in Form von gemeinsamen Lerngruppen der Klassen
429 1 und 2 („Schuleingangsstufe“), oder dem Nebeneinander unterschiedlicher Lernge-
430 schwindigkeiten („Binnendifferenzierung“) und durch andere Lehr- und Lernformen.

431 Dazu wollen wir Lehrkräften durch zusätzliche personelle und materielle Ressourcen er-
432 möglichen, Schülerinnen und Schüler stärker individuell zu bewerten und ihre Kompe-
433 tenzen zu fördern, statt nur das Erreichen von Lernzielen zu dokumentieren.

434

435

436
437**10. Die flexible Oberstufe: maßgeschneiderte Schuldauer und bessere Vorbereitung auf die Zukunft**

438 Wir sind davon überzeugt, dass der neunjährige Besuch von Gymnasium bzw. Gesamt-
439 schule – also das Abitur nach 13 Schuljahren – der Normalfall und eine sinnvolle Grund-
440 lage für den Erwerb des Abiturs ist. Wir wollen jedoch, dass die Schülerinnen und Schüler
441 die Oberstufe entsprechend ihrer individuellen Bedürfnisse und ihrer Lerngeschwindig-
442 keit in zwei, drei oder vier Jahren durchlaufen können. So wird das Abitur wahlweise
443 schon nach zwölf, im Normalfall nach 13, in Ausnahmefällen nach einem längeren Zeit-
444 raum möglich – ohne ganze Jahrgangsstufen überspringen oder wiederholen zu müs-
445 sen. Schülerinnen und Schüler sollen dabei mehr Möglichkeiten erhalten, ihren eigenen
446 Bildungsverlauf in Abstimmung mit Lehrerschaft und Eltern selbst zu steuern. Damit
447 schaffen wir echte Wahlfreiheit für Schülerinnen und Schüler, die ihre Schulzeit verkür-
448 zen wollen oder aufgrund ihrer Lebensumstände mehr Zeit benötigen. Gleichzeitig er-
449 leichtern wir durch mehr jahrgangsübergreifendes Lernen den Erhalt von kleineren
450 wohnortnahen Oberstufen im ländlichen Raum.

451 Weitere Elemente der von uns angestrebten Oberstufenreform werden eine bessere
452 Vorbereitung auf Hochschule und Arbeitswelt, Berufs- und Studienorientierung, die ver-
453 stärkte Förderung von Eigenständigkeit, Verantwortung und Selbstbewusstsein sowie
454 die Stärkung der Fähigkeit zu fachübergreifendem und fächerverbindendem Arbeiten
455 sein. Bei den Prüfungsfächern in der Abiturprüfung wollen wir mehr Auswahlmöglich-
456 keiten zulassen, um die individuelle Schwerpunktsetzung von Schülerinnen und Schü-
457 lern zu fördern.

458 Bei allen Veränderungen wollen wir gewährleisten, dass die Schulen flexibel agieren
459 können. Sie sollen befähigt werden, eigene Konzeptionen zu entwickeln und umzuset-
460 zen. Verpflichtende Vorgaben für genehmigungsfähige Praxiskonzepte wollen wir mög-
461 lichst gering halten. Die Vergleichbarkeit von Leistungsanforderungen und Lernergeb-
462 nissen werden wir dabei immer sicherstellen.

463

464

11. Das schwarz-grüne Inklusionschaos beenden

465 Hessen hat seit mehr als 30 Jahren Erfahrung mit dem „Gemeinsamen Unterricht“ von
466 Kindern mit und ohne Behinderung. Daran wollen wir anknüpfen und das derzeitige In-
467 klusionschaos beenden. Lehrkräfte werden nicht länger kostbare Zeit auf den Straßen
468 zwischen den Schulen vergeuden sondern im inklusiven Unterricht mit unseren Schüle-
469 rinnen und Schülern arbeiten. Dazu wird es eine auskömmliche sonderpädagogische
470 Grundversorgung an allen Schulen geben, die dem tatsächlichen Bedarf gerecht wird,
471 ohne Lehrkräfte zusätzlich zu belasten. So wollen wir erreichen, durch bessere Rahmen-
472 bedingungen für alle Schülerinnen und Schüler auch alle von der schulischen Inklusion
473 profitieren. Denn gut organisierter und ausgestatteter inklusiver Unterricht ermöglicht
474 es, dass Schülerinnen und Schüler zu selben Zeit Unterschiedliches lernen. Zudem stärkt
475 er das soziale Miteinander. Denn wer von vornherein mit Menschen aufwächst, die als

476 behindert oder beeinträchtigt gelten, lernt von Anfang an, wie normal es ist, verschieden
477 zu sein und Rücksicht auf anderen zu nehmen.

478 Dafür werden wir die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung
479 stellen sowie insbesondere die Aus-, Fort- und Weiterbildungskapazitäten in der Lehrer-
480 bildung ausweiten. Damit sorgen wir dafür, dass Schulen ihre inklusive Weiterentwick-
481 lung organisieren können, ohne dass ein Qualitätsverlust entsteht. Jedes Kind hat das
482 Recht, eine Schule wohnortnah zu besuchen. Das bedeutet, dass jede Schule in die Lage
483 versetzt wird, bei Bedarf inklusiv zu arbeiten. Den Einsatz der Förderpädagogen an den
484 allgemeinen Schulen werden wir transparenter und vor allem verlässlicher gestalten. Sie
485 werden mindestens mit einer halben Stelle, in der Regel vollständig und fest an einer
486 allgemeinbildenden Schule eingesetzt.

487 Mit einem Masterplan Inklusion werden wird die verschiedenen Etappen auf dem Weg
488 zu einem inklusiven Schulsystem definieren. Dabei werden alle Schulsituationen eines
489 Kindes mit Unterstützungsbedarf ins Auge gefasst, insbesondere auch die Ganztagsan-
490 gebote. Ein solcher Masterplan muss langfristig und somit über eine einzelne Wahlperi-
491 ode hinaus angelegt sein. Er beinhaltet auch einen Handlungsleitfaden zur individuellen
492 Unterstützung.

493

494 **12. Masterplan für die Digitalisierung in Schule und Unterricht: Medien- und Digita-** 495 **lisierungskompetenz als neuen Lerninhalt für alle Schulformen verankern**

496 Die Auswirkungen von Digitalisierung und Medienentwicklung auf Schülerinnen und
497 Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Schulen insgesamt wurde von der Landesregierung noch
498 nicht annähernd begriffen. Wir wollen Schulen zu einem zentralen Baustein für den re-
499 flektierten Umgang von Jugendlichen mit der Digitalisierung machen.

500 In der Digitalisierung und Medienentwicklung ergeben sich vielfältige Chancen. Gleich-
501 zeitig hat dadurch jedes Kind heute ungehindert Zugang zu jugendgefährdenden In-
502 halten. Gruppen in sozialen Netzwerken definieren Mobbing völlig neu. Wir werden des-
503 halb die Vermittlung von digitaler Medienkompetenz zur Aufgabe für jede Schule ma-
504 chen und ein Zertifikat dafür einführen.

505 Ein Masterplan für die Digitalisierung in Schule und Unterricht, eine Unterrichtsdidaktik
506 sowie ein Landesmedienkonzept sind längst überfällig. Wir wollen, dass Schülerinnen
507 und Schüler die Neuen Medien selbstbewusst und kreativ nutzen, aber auch mit Risiken,
508 etwa in Bezug auf Suchtverhalten, Mobbing, sexistische und gewaltverherrlichende In-
509 halte, Datenschutz usw., verantwortlich umgehen lernen. Gleichzeitig sollen die Chan-
510 cen der neuen Medien konsequent zur Gestaltung innovativer Lehr- und Lernprozesse
511 (individuelle Förderung) herangezogen werden, so auch zur Umsetzung der UN-Behin-
512 dertenrechtskonvention und der Kinderrechtskonvention. Digitale Medien können dabei
513 keine Lehrkraft ersetzen.

514 Dazu benötigen die Schulen Ausbau, Wartung und Administration der technischen
515 Infrastruktur, entsprechend qualifizierte Lehr- und Fachkräfte sowie die Versorgung mit
516 schnellem Internet. Wir setzen uns für die Entwicklung einer gemeinsam von Bund und

517 Ländern verantworteten bundesweiten, durch die Länder, Schulen und Lehrkräfte an-
518 passbaren, kostenfrei nutzbaren, adaptiven multimedialen Lernplattform ein.
519

520 **13. Neue Lehrkräfte braucht das Land: Lehrermangel beenden, Lehrerausbildung re-**
521 **formieren, Lehrerfortbildung stärken**

522 Wir wollen den Lehrermangel beenden, fachfremden Unterricht reduzieren, die Lehrer-
523 ausbildung reformieren und die Lehrerfortbildung stärken. Durch bessere Arbeitsbedin-
524 gungen und eine angemessene Entlohnung werden wir für Lehrkräfte, die bisher in Teil-
525 zeit arbeiten, Anreize schaffen ihre Arbeitszeit wieder zu erhöhen. So kann dem Lehrer-
526 mangel mit qualifizierten Kräften zeitnah begegnet werden.

527 Die derzeitige Einstellung von Seiten- und Quereinsteigern darf die geltenden Standards
528 für die Qualifikation von Lehrkräften nicht aushebeln. Wir werden die derzeit noch un-
529 abdingbare Einstellung von Seiten- und Quereinsteigern verbindlich mit Maßnahmen
530 verknüpfen, die die Professionalität aller dauerhaft als Lehrkräfte tätigen Personen si-
531 cherstellt.

532 Wir werden allen Lehrkräften, die als Quereinsteiger derzeit an unseren Schulen unter-
533 richten, Angebote zur Weiterqualifizierung offerieren. Falls die entsprechenden Voraus-
534 setzungen vorliegen, werden wir ihnen durch diese Weiterqualifizierungen den Erwerb
535 einer Lehrbefähigung oder eines Lehramts ermöglichen.

536 Der Bedarf an zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern wird auch künftig hoch sein. Eine
537 vorsorgende Personalbedarfsplanung für Hessen ist längst überfällig. Wir werden des-
538 halb die Zahl der Lehramtsstudienplätze und der Studienplätze für Sozialpädagogik in
539 Absprache mit den Universitäten so erhöhen, dass wir den künftigen Einstellungsbedarf
540 decken können. Um mehr Studierende für Mangelfächer zu gewinnen, werden wir die
541 Einführung eines eigenen Hessenstipendiums für Mangelfächer initiieren.

542 Die zweite Phase der Lehrerausbildung an den Studienseminaren und deren Veranke-
543 rung in der Fläche ist für uns unerlässlich. Angehende Lehrkräfte, die ihr Erstes Staats-
544 examen erfolgreich in Hessen abgelegt haben, erhalten von uns eine Ausbildungsgaran-
545 tie zur Absolvierung des Vorbereitungsdienstes.

546 Das hessische Lehramtsstudium ist zu praxisfern. Es bereitet auf viele Praxisanforderun-
547 gen bisher nur unzureichend vor, etwa auf Inklusion, Gruppen mit unterschiedlicher
548 Lerngeschwindigkeit, Berufsorientierung, den Umgang mit Kindern, bei denen zu Hause
549 wenig deutsch gesprochen wird, den praxisnahen und anwendungsbezogenen Einsatz
550 von digitalen Medien im Unterricht sowie den Jugendmedienschutz. Diese Defizite wer-
551 den wir unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus der vom Bund mit 500 Mio. Euro geför-
552 derten Qualitätsoffensive Lehrerbildung angehen und dazu die Fortbildung der im
553 Schuldienst arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer systematisch ausbauen. Um zukünftige
554 Lehrkräfte auf die gestiegenen Anforderungen ihres Berufs besser vorzubereiten, wollen
555 wir die universitäre Phase aller Lehrämter auf zehn Semester anheben.

556
557

558

14. Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessern

559 Die Attraktivität des Lehrerberufs in Hessen hat in den vergangenen Jahren stark nach-
560 gelassen, was sich im aktuell auftretenden Lehrermangel niederschlägt. Fast zehn Pro-
561 zent aller Lehrkräfte sind mit befristeten Verträgen beschäftigt und werden spätestens
562 nach fünf Jahren entlassen, um einem Anrecht auf eine Entfristung zu entgehen. Bei der
563 Anzahl der Lehrkräfte, welche die Sommerferien über entlassen werden, um nach den
564 Ferien wieder eingestellt zu werden, ist Hessen Spitzenreiter. Überlastungsanzeigen von
565 Lehrerinnen und Lehrern aufgrund unbesetzter Stellen sind an der Tagesordnung.

566 Wir werden deshalb prüfen, wie wir Lehrkräfte entlasten können. Zusätzliche Unterstüt-
567 zung werden wir durch den Ausbau multiprofessioneller Teams sowie durch Assistenz-
568 kräfte (Erasmusprogramm sowie Freiwilliges Soziales Jahr) an allen Schulformen schaf-
569 fen.

570 Für Lehrkräfte, die sich als überlastet empfinden oder Gewalt erfahren, werden wir eine
571 unabhängige Ombudsstelle schaffen.

572 Wir werden dafür sorgen, dass der Berufseinstieg künftig professionell begleitet wird
573 und dass für alle Lehrämter Beförderungsmöglichkeiten mit schulspezifischen Aufgaben
574 an den einzelnen Schulen geschaffen werden.

575 Die Grundschullehrkräfte haben eine große Verantwortung für den zukünftigen Bil-
576 dungsweg eines jeden Kindes. Durch die Ausweitung auf zehn Semester werden die
577 Grundschulstudiengänge inhaltlich aufgewertet. Um dies zu würdigen und die Un-
578 gleichbehandlung von Lehrämtern zu beenden, soll die Einstiegsvergütung künftig für
579 alle Lehrämter gleich bei A13/E13 liegen.

580 Unterschiede im Aufgabenportfolio und unterschiedliche Belastungen sollen künftig
581 durch die Anzahl der zu haltenden Unterrichtsstunden ausgeglichen werden. Für schul-
582 interne Absprachen und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern und Akt-
583 euren müssen feste Kooperationszeiten angerechnet werden. **Fristgerechte Stellenbe-**
584 **setzungen** müssen wieder zur Selbstverständlichkeit werden. Die mobile Vertretungsre-
585 serve werden wir mit voll ausgebildeten Lehrkräften ausbauen, um befristete Verträge
586 zu reduzieren und qualifizierten Vertretungsunterricht sicherzustellen.

587 Wir werden die unsägliche Praxis, Lehrerarbeitsverträge jährlich zum Beginn der Som-
588 merferien zu befristen, nur um die Entlohnung während der Ferienzeit einzusparen, be-
589 enden.

590

591

592 15. Leitungsverantwortung wieder attraktiv machen

593 Auch Schulleitungsstellen bleiben zunehmend vakant. Unter anderem der zunehmende
594 Verwaltungsaufwand schreckt viele Lehrkräfte von der Übernahme von Verantwortung
595 als Schulleiterin oder Schulleiter ab. Um die Übernahme von Leitungsfunktionen in der
596 Schule wieder attraktiv zu gestalten, muss das Leitungsdeputat von Schulleitungen
597 ebenfalls den steigenden Anforderungen angepasst werden. Wir wollen für eine bessere
598 Vorbereitung und Begleitung für diese Positionen sorgen. Zudem werden wir angehende
599 Schulleitungen angemessen vorbereiten und unterstützen. Den Einsatz von zusätzlichen
600 Verwaltungsfachkräften werden wir erleichtern.
601

**602 16. Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen und der Schülerschaft
603 stärken**

604 Die Weiterentwicklung von Schulen zu selbstständigen Schulen ist in den vergangenen
605 Jahren ins Stocken geraten. Die Freiheit zur Entwicklung eigener Profile und Gestal-
606 tungsspielräume ermöglicht es, neue pädagogische Wege auszuprobieren. Um dies zu
607 erreichen, bedarf es einer Entlastung von verwaltungstechnischen Zwängen. Für ihre
608 Schulentwicklung wollen wir den Schulen ein eigenes Budget bereitstellen. Wir wollen
609 dabei die demokratische Selbstverwaltung von Schulen stärken. Insbesondere Schüle-
610 rinnen und Schüler sollen ihr eigenes Schulumfeld stärker als bisher altersgerecht mit-
611 gestalten können. In der Schulkonferenz der Sekundarstufe, dem zentralen Entschei-
612 dungsgremium einer Schule, sollen künftig Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie
613 Eltern zu jeweils einem Drittel vertreten sein.

614 Im Rahmen zunehmender Selbstständigkeit von Schule ist das Aufgaben- und Rollenver-
615 ständnis von Schulleitung, Schulgemeinde und Schulaufsicht demokratisch verfasst
616 weiterzuentwickeln. Zur Unterstützung und Begleitung der Schulen ist für uns eine in
617 der Fläche verankerte, fachlich kompetente und angemessen ausgestattete Schulauf-
618 sicht auch in Zukunft unerlässlich.
619

620 17. Mehr Lehrerstellen an Schulen mit besonderen Herausforderungen bringen

621 Die derzeitige Zuweisung von Lehrerstellen nach dem Sozialindex, der die soziale Lage
622 ihres Einzugsgebiets widerspiegelt, wollen wir im Sinne individueller Förderung ergän-
623 zen und stärker an den Bedarfen der Schülerinnen und Schülern der einzelnen Schule
624 ausrichten. Darüber hinausgehende Lehrerstellenzuweisungen werden wir an das Schul-
625 profil und die individuellen Bedingungen vor Ort koppeln.

626 Schulen, die besonders viel leisten, müssen zur Bewältigung von unterschiedlichen Lern-
627 und Erziehungsvoraussetzungen auch besonders unterstützt werden.

628 Wir werden Schluss damit machen, dass verschiedene pädagogische Profile und Kon-
629 zepte gegeneinander ausgespielt werden. Die unter Schwarz-Grün erfolgten Stellenkür-
630 zungen bei den Grundschulen und Stundenkürzungen im Bereich der Intensivbeschu-
631 lung werden wir rückgängig machen.

632

633 18. Berufs- und Lebensweltorientierung der Schülerinnen und Schüler verbessern

634 Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, ihre Berufswahlentscheidung
635 gut überlegt zu treffen. Schon eine frühe Beschäftigung der Jugendlichen mit den
636 verschiedenen Wegen, die sich ihnen bieten, ist hilfreich, um den späteren Übergang in
637 Ausbildung, Studium und Beruf zu erleichtern und um Abbrüche zu vermeiden.

638 Dazu gehören handwerkliches Arbeiten in der Grundschule genauso wie Informationen
639 über die duale Ausbildung als Teil der beruflichen Orientierung und Kompetenzfeststellungen
640 sowie individuelle Beratungen als Grundlage für die Berufswahlprozesse flächendeckend
641 an allen weiterführenden Schulen. Hierfür werden wir die Berufsorientierung, wie sie
642 im Fach Arbeitslehre vermittelt wird, auch an Gymnasien mit Pflichtstunden unterlegen
643 und genügend Zeit und Raum in allen Schulformen gewähren. Praktika sollten in der
644 Schule gut vor- und nachbereitet werden, damit sie einen Gewinn für Schülerinnen
645 und Schüler sowie Betriebe darstellen.

646 Wir unterstützen die Lehrerschaft dabei, sich für die Möglichkeiten der Berufswahl ihrer
647 Schülerschaft auf dem aktuellen Stand zu halten und sich mit Ausbildungsbetrieben und
648 Hochschulen auszutauschen. Wir werden deshalb ein Konzept für regelmäßige Praxis-
649 tage, die Lehrkräften einen kurzen und intensiven Einblick in die Arbeitswelt und Aus-
650 bildungsberufe ermöglichen, entwickeln.

651 Wir wollen Jugendliche auf die Bewältigung von Fragen des Rechts und des Verbraucher-
652 schutzes vorbereiten und diese Themen dazu in den Fächern Arbeitslehre sowie Politik
653 und Wirtschaft angemessen verankern.

654

655 19. Berufliche Schulen fit für neue Aufgaben machen

656 Wir wollen die beruflichen Schulen wieder in die Lage versetzen, auch in der neuen Ar-
657beitswelt ihre zentrale Funktion als wichtiger Lernort neben dem Betrieb zu erfüllen, an
658 dem theoretisches Wissen für eine moderne und entwicklungsfähige Berufstätigkeit
659 vermittelt wird. Dafür müssen berufliche Schulen mit deutlich mehr Ressourcen aus-
660 gestattet werden, auch im Hinblick auf die Anforderungen der Digitalisierung. Wir begrü-
661 ßen daher den auf Bundesebene vorgeschlagenen Pakt für Berufliche Schulen und wer-
662 den uns aktiv an der Ausgestaltung und Umsetzung beteiligen.

663 Wir wollen die beruflichen Schulen stärker darauf ausrichten, die Potenziale der Schüle-
664rinnen und Schüler auszuschöpfen und junge Menschen ohne Schul- und ohne Berufs-
665abschluss flexibler zu qualifizierten Abschlüssen zu führen. Den Ausbau von Produkti-
666onsschulen werden wir möglichst in Kooperation mit Beruflichen Schulen unterstützen.
667 Wir wollen auch die Akzeptanz von kleineren Lerngruppen und die Kooperation zwi-
668schen verschiedenen Berufsfeldern, um gerade auch im ländlichen Raum Standorte be-
669ruflicher Schulen zu erhalten. So können junge Menschen wohnortnah ihre Ausbildung
670 wahrnehmen.

671 Wir wollen die Ausbildung von Berufsschullehrkräften an den Hochschulen durch zu-
672 sätzliche Lehrstühle und innovative Lehrkonzepte stärken.
673

674 **20. Demokratiebewusstsein und politische Bildung stärken**

675 Demokratische Bildung ist für uns Aufgabe aller Schulformen und aller Jahrgangsstufen.
676 Dies setzt eine pädagogische Begleitung voraus. Wir wollen die politisch-demokratische
677 Bildung an allen Schulen stärken und Schülerinnen und Schülern insbesondere die Chan-
678 cen und Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Partizipation sowie die
679 Chancen und Risiken ökonomischen Handelns aufzeigen. Wir wollen bereits in der
680 Grundschule damit beginnen und partizipative Ansätze, wie den Klassenrat, stärken.
681 Wir wollen durch Bildung gegen die Ausbreitung extremistischer Haltungen jedweder
682 Art vorgehen und Schulen dazu ermuntern, sich europaweit auszutauschen und Pro-
683 gramme zur Erinnerungskultur zu entwickeln. Wir werden sicherstellen, dass der Buch-
684 und Medieneinsatz im Unterricht die Darstellung verschiedener Lebensweisen und Per-
685 sönlichkeitsmerkmale berücksichtigt.
686 „Politik und Wirtschaft“ als Leitfach der politischen Bildung werden wir stärken, indem
687 es zwingend bis zum jeweiligen Schulabschluss fortgeführt wird. Eine Aufwertung die-
688 ses Fachs in den Stundentafeln der Bildungsgänge der Haupt- und Realschule ist ebenso
689 notwendig wie die Neukonzeption eines entsprechenden Lehrplans in der Berufsschule.
690

691 **21. Wertevermittlung durch Religion und Ethik gewährleisten**

692 Wir wollen, dass Religionsunterricht für alle Glaubensrichtungen, die an einer Schule ge-
693 häuft vertreten sind, säkular organisiert angeboten wird. Dazu gehört vielerorts der isla-
694 mische Religionsunterricht, den wir evaluieren und weiter ausbauen werden. Dabei wer-
695 den wir sicherstellen, dass Religion nur von Lehrkräften mit abgeschlossenem Studium
696 unterrichtet wird und die Lehrkräfte ausschließlich der staatlichen Aufsicht verpflichtet
697 sind.
698 Atheismus und Konfessionsungebundenheit entbinden nicht von der Auseinanderset-
699 zung mit Werten und dem Kennenlernen von Religionsgemeinschaften. Deshalb werden
700 wir den Ethikunterricht aufwerten und weiter ausbauen.
701
702

703 22. Den Investitionsstau beenden und zeitgemäße Schulen ermöglichen

704 Ein leistungsfähiges Bildungssystem erfordert eine zeitgemäße Schulausstattung und
705 moderne, barrierefreie Schulgebäude. Um für Schülerinnen und Schüler individuelle För-
706 derung in Gruppen mit angepassten Lerngeschwindigkeiten zu ermöglichen, bedarf es
707 einer dafür geeigneten Raumgestaltung und -unterteilung an Schulen („Differenzie-
708 rungsräume“). Anträge auf Ganztagschulentwicklung dürfen nicht an fehlenden Sozi-
709 alräumen und Mensen scheitern.

710 Unsere Schulpolitik wird für die Schulträger verlässlicher sein als die derzeitige. Wir wol-
711 len durch eine Verstetigung der Mittel die Schulträger unterstützen, den Investitions-
712 stau an unseren Schulen beenden, die Schulausstattung modernisieren und die Rah-
713 menbedingungen für digitales Lernen schaffen. Wir wollen künftig die verlässliche und
714 planbare Finanzierung des Aus-, Um- und Neubaus von Schulen gewährleisten.

715

716 23. Vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit umsetzen und Fremdwerbung an der
717 Schule unter Kontrolle bringen

718 Wir wollen eine echte Lehr- und Lernmittelfreiheit durchsetzen. Die Erhebung eines so-
719 genannten freiwilligen Kopiergeldes werden wir durch die Bereitstellung von Kopierpau-
720 schalen unterbinden und so eine zusätzliche Belastung von Schülerinnen und Schülern
721 aus Elternhäusern mit geringem Einkommen beseitigen.

722 Wir wollen die Unabhängigkeit von Schule sichern und Beeinflussung verhindern. Lehr-
723 kräfte sind zunehmend dem Einfluss einer speziell auf Schule ausgerichteten Werbe-
724 branche ausgesetzt. Ob durch Wettbewerbe oder Unterrichtsmaterial – zahlreiche Fir-
725 men versuchen, ihren Markennamen in den Köpfen von Schülerinnen und Schülern und
726 ihrer Eltern zu platzieren. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer unabhängigen
727 Monitoringstelle. Diese kann als Anlaufstelle für Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und
728 Schüler fungieren, aber auch selbstständig Recherchen vornehmen und sowohl Unter-
729 richtsmaterialien als auch weitere Angebote sichten und bewerten. Anhand transparen-
730 ter Kriterien wird das Ergebnis öffentlich zugänglich gemacht.

731

732 24. Recht auf Bildung auch nach dem Schulabschluss

733 Allen Bürgerinnen und Bürgern muss der Zugang zu Bildung, Weiterbildung, Qualifika-
734 tion und gesellschaftlicher Teilhabe möglich sein. Der Erwerb versäumter Schulab-
735 schlüsse muss an den Schulen für Erwachsene gewährleistet sein. Wir wollen lebensbe-
736 gleitende Weiterbildung durch die Volkshochschulen und öffentlich geförderte Träger
737 der Weiterbildung neben Schule, Ausbildung und Hochschule als gleichwertigen Teil des
738 öffentlichen Bildungssystems ausbauen und gemäß diesen Erfordernissen finanzieren.

739 **Mein Hessen von morgen ...**

740

741 **... mit gutem Start für junge Menschen**

742

743

744 Junge Menschen wollen die Freiheit, sich zu entfalten und verschiedene Wege im Leben
745 für sich auszuprobieren. Dazu brauchen sie verlässliche Angebote und Perspektiven für
746 Ausbildung oder Studium, für den Beruf und die spätere Familiengründung.

747 Wir wollen allen jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen
748 Gesellschaft ermöglichen, unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialer und kultureller
749 Herkunft.

750 Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendpolitik auf Landesebene wieder eine größere Be-
751 deutung bekommt. Wir reduzieren Jugendpolitik nicht auf die Frage, welche Probleme
752 Jugendliche machen, sondern welche Probleme Jugendliche haben. Deshalb wollen wir
753 Jugendliche bei Mobilität, Bildung, Gesundheit, Umweltschutz, Ausbildung und Arbeit,
754 Demokratie und Integration mitreden lassen.

755 Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet nicht nur, dass Kinder und Jugendliche ausreichend
756 Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote haben. Es geht auch darum, Ausgrenzung und
757 Benachteiligung, die junge Menschen auf vielfache Weise erleben, entgegenzuwirken.
758 Dabei ist insbesondere die Stärkung derjenigen notwendig, die selbst Benachteiligung,
759 Diskriminierung oder Ausgrenzung im Alltag erleben. Eine Stärkung der breit gefächer-
760 ten Angebote der Jugendsozialarbeit, der aufsuchenden Jugendarbeit sowie insbeson-
761 dere präventiver Angebote ist dafür unabdingbar.

762

763 **1. Die Ausbildungsgarantie: allen jungen Menschen eine berufliche Qualifikation**
764 **garantieren**

765 Wir wollen eine Garantie für eine berufliche Qualifikation für jeden jungen Menschen in
766 Hessen bis 35 Jahren verankern. Denn trotz Fachkräftemangels haben viele junge Hessen
767 am unteren Rand des Schulabgängerspektrums keine Chance auf einen Ausbildungs-
768 platz. Rechnerisch kommen auf 100 Bewerberinnen und Bewerber in Hessen nur 89 Aus-
769 bildungsplätze (bundesweit: 94). Zudem haben in keinem anderen Bundesland Jugend-
770 liche mit Migrationshintergrund so große Übergangsschwierigkeiten von der Schule in
771 den Beruf.

772 Wir wollen die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung erreichen, in-
773 dem wir die Akzeptanz aller Berufswege stärken und die Durchlässigkeit gewährleisten.
774 Niemand soll die Schule ohne Abschluss verlassen. Dazu soll die duale Ausbildung bei
775 Bedarf ergänzt werden, z. B. durch Produktionsschulen.

776 Statt einer unübersichtlichen Förderlandschaft wollen wir Schulabbrechern und ande-
777 ren jungen Menschen ohne Ausbildungsperspektive deshalb Hilfen aus einer Hand an-
778 bieten. Wir werden an allen hessischen Schulen die frühzeitige Berufs- und Studienori-
779 entierung ausbauen und verbessern. Wir wollen die duale Ausbildung in Hessen stärken.
780 Wir werden die bestehenden Angebote des Übergangs von der Schule in die Berufsaus-
781 bildung besser koordinieren und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen.

782
783

784 **2. Kostenübernahme für die Schülerbeförderung auch für Auszubildende sowie** 785 **Schülerinnen und Schüler der Oberstufen und Beruflichen Schulen**

786 Wir setzen uns dafür ein, dass die Kosten für die Schülerbeförderung nicht nur in der
787 Primarstufe sowie in der Sekundarstufe I durch die Träger der Schülerbeförderung über-
788 nommen werden, sondern auch für den Besuch der Sekundarstufe II sowie der gesamten
789 dualen Berufsausbildung. Das Land beteiligt sich analog zu den bisherigen Regelungen
790 für die Sekundarstufe I an den Kosten.

791
792

793 **3. Außerschulische Jugendbildung, politische Bildung, kritische Medienkompetenz** 794 **stärken**

795 Um Teilhabe an demokratischen Prozessen, Selbstwirksamkeit, Verantwortung und So-
796 lidarität erfahren zu können, brauchen Jugendliche selbst gestaltbare Freiräume, Orte
797 ebenso wie freie Zeit. Außerschulische Jugendbildung bietet das und ist deshalb für uns
798 eine eigenständige Bildungssäule neben Kita, Schule und Hochschule.

799 Wir brauchen mehr denn je politische Bildung als Demokratiebildung, sowohl im schuli-
800 schen als auch im außerschulischen Bereich. Hessen hat traditionell eine Vielfalt an Trä-
801 gern der politischen Bildung: Landeszentrale für politische Bildung, Volkshochschulen,
802 Jugendverbände, Jugendbildungswerke und Träger verschiedener Fachrichtungen. Ge-
803 meinsam mit ihnen wollen wir die politische Bildungsarbeit weiterentwickeln.

804 Darüber hinaus müssen Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Jugendliche
805 stärker als Zielgruppe ernst nehmen. Ein vielfältiges regionales Angebot für Kinder und
806 Jugendliche in allen Angeboten von hessischen Sendeanstalten ist nötig, um Vielfalt und
807 Medienkompetenz zu fördern.

808 Die Fähigkeit zum verantwortlichen und kritischen Umgang mit Informationsangeboten
809 von Rundfunk, Print- und Onlinemedien und sozialen Netzwerken ist essenziell für den
810 Fortbestand unserer Demokratie. Wir wollen die Vermittlung eines verantwortlichen
811 Umgangs mit den Chancen und Gefahren digitaler Medien und die Förderung der Aus-
812 einandersetzung mit diesen Medien bereits in der Schule und außerschulisch.

813
814

815 4. Kinder und Jugendliche entscheiden mit über ihre Zukunft

816 Wir wollen Kinder und Jugendliche stärken und mitbestimmen lassen. Wir setzen uns
817 dafür ein, dass Jugendpolitik auf Landesebene wieder eine größere Bedeutung erhält.
818 Wir werden nicht über Kinder und Jugendliche sprechen, sondern mit ihnen gemeinsam
819 unsere Gesellschaft gestalten. Dazu wollen wir

- 820 • die Einführung des aktiven Wahlalters von 16 Jahren für Kommunalwahlen,
821 um Jugendliche frühzeitig aktiv zu beteiligen und ihr politisches Interesse zu
822 fördern,
- 823 • die Verankerung klarer, an den Kinderrechten orientierter Leitlinien zur Sicher-
824 stellung der **Beteiligung junger Menschen**,
- 825 • eine Ausgestaltung aller **Beteiligungsformen**, die auch Kinder und Jugendli-
826 che mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Elternhäusern
827 zur Mitwirkung anregt sowie
- 828 • die dauerhafte Förderung der **Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte** in
829 Hessen durch das Land, damit Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebens-
830 lagen Beratung und Unterstützung erhalten.

831

832 5. Freiräume für das ehrenamtliche Engagement junger Menschen verteidigen

833 Ehrenamt entsteht in der Jugendphase. Wer als Kind oder als Jugendlicher ehrenamtlich
834 aktiv ist, engagiert sich meist auch im späteren Leben für die Gemeinschaft. Die Ange-
835 bote und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit bieten gute Bedingungen für den Ein-
836 stieg in ehrenamtliches Engagement; wir wollen sie erhalten und zeitgemäß weiterent-
837 wickeln.

838 Jugendliche können sich aber nur im Ehrenamt engagieren, wenn sie dafür genügend
839 Freiräume haben. Dafür unterstützen wir den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen
840 Schule und Vereinen, auch im Bereich der Ganztagsschulangebote.

841 Auch für Studierende muss es geschützte Zeiten in der vorlesungsfreien Zeit geben, da-
842 mit sie neben Veranstaltungen und Prüfungen noch ehrenamtlich in Freizeiten, Ferien-
843 spielen und Zeltlagern tätig sein können. Die Jugendleiter-Card (Juleica) wollen wir auf-
844 werten, die Jugendleiter/-innen sollen die gleichen Vergünstigungen bekommen wie bei
845 der Ehrenamts-Card.

846

847 6. Die Freiheit, zu studieren und sich beruflich weiterzuqualifizieren

848 Wir wollen, dass jede und jeder selbst entscheiden kann, ob sie oder er die Freiheit, zu
849 studieren, in Anspruch nimmt. Deshalb ist auch die Finanzierung von Bildung an Hoch-
850 schulen eine öffentliche Aufgabe. Für die SPD bleibt es auch in Zukunft dabei: Das Stu-
851 dium an hessischen Hochschulen bleibt wie an allen anderen Bildungseinrichtungen ge-
852 bührenfrei. Nur so kann der Zugang zu den Hochschulen unabhängig vom Geldbeutel

853 der Eltern für alle offengehalten und eine wesentliche Voraussetzung für gleiche Bil-
854 dungschancen erfüllt werden. Auch die Gebühren für den Erwerb des Meistertitels wol-
855 len wir in Zusammenarbeit mit den Kammern abschaffen.

856 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das BAföG kontinuierlich angehoben
857 und das Schüler-BAföG ausgeweitet wird. Beides sind wichtige Instrumente zur Ent-
858 kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Wir wollen die Zahl der jungen Men-
859 schen mit Hochschulzugangsberechtigung aus finanziell schwächer gestellten Eltern-
860 häusern deutlich erhöhen. Die Mittel des Deutschland-Stipendiums müssen ins BAföG
861 zurückgeführt werden.

862 Wir werden den Bau von Wohnungen für Studierende und für Auszubildende mit eige-
863 nen Förderprogrammen unterstützen.

864 Die SPD Hessen setzt sich für eine Öffnung der Studentenwerke für Auszubildende ein
865 und für eine entsprechende Reform des hessischen Studentenwerkesgesetzes. Sie sollen
866 zu Bildungsförderungswerken ausgebaut werden, die Beratungsangebote, Wohnraum-
867 versorgung und soziale Infrastruktur vorhalten. Sie sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben fi-
868 nanziell auskömmlich auszustatten. Ihre Verwaltungsräte sollen um Vertreterinnen und
869 Vertreter der Gewerkschaften und der Auszubildenden erweitert werden.

870

871 **7. Mehr Zugänge und Möglichkeiten für Ausbildung, Studium und Teilzeitstudium** 872 **schaffen**

873 Zu einem modernen Bildungssystem, das alle Fähigkeiten ausschöpft und immer wieder
874 neue Chancen bietet, gehört eine große Durchlässigkeit.

875 Wir wollen erstens, dass Studierende, die entscheiden, ihr Studium abzubrechen, einen
876 besseren Zugang zur dualen Ausbildung erhalten. Wir wollen die Anrechnung von Stu-
877 dienleistungen in der Berufsausbildung erreichen. Zweitens soll es umgekehrt aber ge-
878 nau so möglich sein, von einem Ausbildungsberuf in ein Studium zu wechseln. Dazu wol-
879 len wir eine bessere Anerkennung und Anrechnung von Vorleistungen und beruflich er-
880 worbenen Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge.

881 Drittens wollen wir den Übergang zwischen Hochschulen für angewandte Wissenschaf-
882 ten und Universitäten weiter erleichtern.

883 Wir setzen uns dafür ein, dass ein Teilzeitstudium mit dem Ziel Bachelor oder Master in
884 allen Fächern möglich ist. Dies soll auch berufs begleitende Studienmöglichkeiten eröff-
885 nen. Insgesamt wollen wir so viel Flexibilität im Studium ermöglichen, dass es mit den
886 unterschiedlichsten Lebenssituationen vereinbar wird.

887 Ferner sollen Studienmöglichkeiten am Abend für Berufstätige und Studierende mit
888 Kind geschaffen werden.

889 Für alle geeigneten Studierenden wollen wir einen Zugang zur Promotion ermöglichen.

890 **Mein Hessen von morgen ...**

891

892 **... mit bezahlbaren Mieten und einem guten Le-**
893 **ben im Ballungsraum**

894

895 Die Lebensbedingungen entwickeln sich nicht nur zwischen Stadt und Land auseinander,
896 sondern immer stärker auch innerhalb der Städte. Eine zentrale Aufgabe wird es sein,
897 bezahlbaren Wohnraum auch für normale Einkommen zu schaffen und damit die neue
898 soziale Frage im gesamten Ballungsraum zu lösen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden
899 wir mehr investieren, Kommunen und Wohnbaugesellschaften stärken und die kommu-
900 nale Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften verbessern. Denn regionale Her-
901 ausforderungen werden nur regional gelöst. Wir haben Mut zur Stadt.

902

903 **1. Herausforderungen in der Region meistern**

904 Der Ballungsraum Rhein-Main ist sehr attraktiv für viele Menschen. Seit 2001 sind
905 100.000 Menschen in die Stadt Frankfurt gezogen. Der Zuzug ins engere Rhein-Main-
906 Gebiet ist ungebremsst. Dies schafft neue Herausforderungen: Bereits heute gehören
907 Frankfurt und Darmstadt hinsichtlich der Mieten zu den acht teuersten Orten Deutsch-
908 lands. Allein in der Stadt Frankfurt fehlen bereits heute 30.000 Wohnungen. Die Pend-
909 lerströme bringen den Verkehr werktags zum Erliegen. Die großen Herausforderungen
910 in der südhessischen Metropolregion können nicht mehr von einzelnen Kommunen al-
911 lein bewältigt werden.

912 Die SPD steht zu einer Internationalen Bauausstellung (IBA) Frankfurt/Rhein-Main, die
913 exemplarisch und gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Pilotprojekte für Leben,
914 Wohnen, Arbeiten und Mobilität heute entwickelt – in wachsenden wie auch in
915 schrumpfenden Städten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich für eine städti-
916 sche Politik der kurzen Wege stark machen – wir wollen Wohnen, Leben und Arbeiten in
917 den Städten integrieren. Für jede neue Siedlung sollen günstige und vernetzte
918 Verkehrsanbindungen mitgeplant werden.

919 Trotz der wachsenden Wohnraumknappheit im Rhein-Main-Gebiet wurden von den
920 rund 2.300 Hektar, die seit 2010 im Regionalplan zur Bebauung vorgesehen sind, von den
921 Kommunen dafür nur 27 Prozent verbindlich ausgewiesen. Lediglich weitere 14 Prozent
922 sind tatsächlich bebaut worden. Wir wollen den Wohnungsneubau deshalb vereinfach-
923 en. Wir werden uns mit den Beteiligten an einen Tisch setzen, um Planungsverfahren
924 handlicher zu gestalten in Bezug auf Beteiligungsrechte, Vorschriften und juristische
925 Auseinandersetzungen. Denn oft liegt es nicht am fehlenden Geld, sondern an den An-
926 forderungen an die Schaffung von Bauland, die bezahlbaren Wohnraum verhindern.

927 Wir wollen Kommunen und Regionalplanung mit Blick auf die Entwicklungen im Metro-
928 polraum im Bereich der Flächenplanung handlungsfähiger machen. Eine Struktur, die
929 bei der Wachstumsdynamik des Ballungsraums acht bis zehn Jahre für die Flächennut-
930 zungsplanung benötigt, versündigt sich an den Entwicklungschancen der Region. Eine
931 SPD-geführte Landesregierung wird die bestehenden Regelungen zur Flächennutzungs-
932 planung so ändern, dass bei Bedarf schneller gehandelt werden kann und einzelne Kom-
933 munen bei akuten Problemen wie dem aktuellen Wohnungsmangel schneller aktiv wer-
934 den können.

935 Auch mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung ist mehr Kooperation geboten. Denn
936 Unternehmen fühlen sich weniger den Kommunen verpflichtet, sondern suchen für sich
937 häufig den besten Standort mit Blick auf Flächenplanung, Kosten und Infrastruktur. Ge-
938 meinsame Strategien zur Ansiedlung von Gewerbe und Wirtschaftskraft bieten die
939 Chance, als Region wirtschaftlich erfolgreich zu sein und unzumutbare Lärm- und Um-
940 weltbelastungen für wenige zu reduzieren.

941

942 **2. Wohnen wieder bezahlbar machen – für alle**

943 Für Schwarz-Grün hat der Bau von günstigen Mietwohnungen keine Priorität. Derzeit
944 sind die Zuständigkeiten für bezahlbares Wohnen und Stadtentwicklung nur Anhängsel
945 im Umweltministerium. Es gibt derzeit nicht einmal eine eigenständige Abteilung für
946 die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in der Landesregierung. Das werden wir än-
947 dern.

948 Wir werden uns mit höchster Priorität uns der Aufgabe annehmen, möglichst zügig für
949 mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Wir benötigen die Planung für mehr bezahlba-
950 ren Wohnraum aus einer Hand und werden deshalb die Bereiche Wohnungsbau und
951 Landesentwicklung wieder in einem Ministerium bündeln.

952 Wir werden den Wohnungsbau zusätzlich zu den Mitteln des Bundes mit originären Lan-
953 desmitteln ergänzen. Unser Ziel ist es, dass jährlich der Neubau von mindestens 6.000
954 Wohnungen mittels erstem und zweitem Förderweg finanziell unterstützt wird. Woh-
955 nen muss überall bezahlbar bleiben oder es wieder werden. In den Ballungszentren sor-
956 gen wir für mehr bezahlbaren Wohnraum, der auf die unterschiedlichen Bedarfe Rück-
957 sicht nimmt: Kleinere Wohnungen für die vielen Ein-Personen-Haushalte, aber auch
958 große Wohnungen für Familien und Wohnheime für Studierende und Auszubildende.
959 Unser Ziel ist dabei immer eine gute Mischung der Wohnungen – frei und gefördert.

960 Die Hessische SPD setzt sich für die Erhaltung von preiswertem Wohnraum in allen Lan-
961 desteilen ein. Dazu bedarf es einer Wohnungsförderung, die darauf zielt, die auslaufen-
962 den Sozialbindungen zu erneuern oder durch den Bau neuer Sozialwohnungen mindes-
963 tens zu kompensieren. In der derzeitigen Niedrigzinsphase muss die öffentliche Förde-
964 rung mit einer Tilgungs- und/oder Zuschussförderung flankiert werden. Alleinige Zins-
965 zuschüsse sind zurzeit nicht attraktiv.

966 Zur Sicherstellung der zielgenauen und nachhaltigen Förderung werden wir bei der
967 Vergabe von Fördermitteln des Landes kommunale Wohnraumversorgungskonzepte zu-
968 grunde legen. Dadurch wird sich die Förderung des Landes noch stärker als bisher am

969 regionalen Bedarf orientieren. Die Wohnraumförderung soll dabei auch die Entwicklung
970 in den Städten unterstützen. Wir wollen auch den privaten Wohnungsbau fördern. Ins-
971 besondere junge Familien haben den Wunsch nach einem Eigenheim. Deshalb wollen
972 wir in Hessen die Grunderwerbsteuer für förderungswürdige Gruppen senken, um damit
973 einen Anreiz für private Investitionen zu schaffen.

974 Wir setzen uns nachhaltig für den Erhalt der Nassauischen Heimstätte und der Projekt-
975 stadt als Landeswohnungsbaugesellschaft ein. Wohnen ist Daseinsvorsorge. Es geht um
976 62.500 Wohnungen und um 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hervorragende
977 Arbeit leisten.

978 Wohnen in genossenschaftlich organisierten Formen wird in Zukunft immer bedeutsa-
979 mer und erstrebenswerter sein. Bei einer Genossenschaft handelt es sich insofern um
980 eine besondere Art von Vermieter, als dass die Bewohnerinnen und Bewohner durch ihre
981 Anteile am Eigenkapital beteiligt sind, also quasi Eigentümer der Genossenschaft sind.
982 Sie genießen dadurch mehr Mitbestimmungsrechte. In Zeiten, in denen der Bau eines
983 Eigenheims aufgrund der hohen Kosten vielerorts auch für mittlere Einkommen finanzi-
984 ell schwierig umzusetzen ist, bietet genossenschaftlicher Wohnungsbau eine attraktive
985 Alternative. Mit dieser Beteiligung am Eigentum geht auch fast automatisch ein höherer
986 Mieterschutz einher, den es zu fördern gilt.

987 Wir werden den Wiedereinstieg von Unternehmen in den Bau von Werkwohnungen
988 anregen. Damit sollen auch die Unternehmen in die Verantwortung genommen werden,
989 für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Wohnungen zu schaffen, die Durch-
990 schnittsverdiener bezahlen können. Die Förderung soll durch Abschreibungsmöglichkei-
991 ten oder Wohnungsbauzuschüsse auch in Kooperation mit den Kommunen erwirkt wer-
992 den.

993 Nach wie vor haben wir einen hohen Bedarf an Wohnungen für Studierende an den
994 Hochschulstandorten. Wir werden deshalb den Bau von Wohnungen für Studierende
995 und für Auszubildende mit eigenen Förderprogrammen unterstützen.

996 Wir werden das hessische Wohnungsbaufördergesetz novellieren. Unsere Kernpunkte
997 für ein solches Gesetz sind: intelligente energetische Sanierung als Verpflichtung bei
998 Neu- und Umbauten, Förderung regenerativer Energien im Wohnungsbau, Kooperation
999 von Kommunen mit Energieversorgern, Ausbau öffentlicher Wohnbauförderung, Ver-
1000 längerung der Bindungsdauer für Sozialwohnungen, Ausbau des sozialen Wohnungs-
1001 baus und dementsprechend höhere Mittelzuweisung an die Kommunen, staatliche För-
1002 derung alternativer Wohnkonzepte wie beispielsweise „Wohnen für Hilfe“, Mehrgene-
1003 rationenhäuser und verpflichtende Evaluationen von Förderprogrammen und -projek-
1004 ten. Beim Ausbau der Solarenergie legen wir besonderen Wert auf die Ermöglichung von
1005 Mieterstrom-Modellen, die es Mietern ermöglichen, an den gesunkenen Preisen für So-
1006 larstrom teilzuhaben.

1007 Eigentum verpflichtet – das gilt ganz besonders, wenn es um bezahlbares Wohnen geht.
1008 Alle Menschen haben ein Recht auf bezahlbares Wohnen. Der Umgang mit dem endli-
1009 chen Gut Boden darf daher nicht nur den Kräften und Gewinninteressen des Marktes
1010 überlassen werden sondern bedarf einer stärkeren gemeinwohlorientierten Steuerung.
1011 Deswegen wollen wir Gemeinden in die Lage versetzen, ihren Grundbesitz zu halten, für

1012 die Schaffung von geförderten Wohnungen und Infrastruktur einzusetzen und im Rah-
1013 men kommunaler Bodenfonds zu vermehren. Hierzu muss auch der Trend zum Verkauf
1014 öffentlicher Grundstücke grundsätzlich gestoppt und in die befristete Überlassung zur
1015 Nutzung im Wege von Erbbaurechten umgekehrt werden.
1016 Viele Kommunen kämpfen tapfer gegen die Spekulation, indem sie Bauland ausweisen
1017 und das Baurecht nutzen, wo es nur geht. Eine SPD-geführte Landesregierung muss beim
1018 Kampf gegen Spekulation helfen, statt diese – wie unter der derzeitigen Landesregie-
1019 rung der Fall – noch zu belohnen. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene für eine neue
1020 Grundsteuer C auf Flächen einsetzen, die trotz vorhandener Baugenehmigung für
1021 Wohnraum ungenutzt brachliegen. Unbebautes, aber Land mit Baurecht muss mit die-
1022 ser Grundsteuer C besteuert werden und damit deutlich höher als solches, auf dem So-
1023 zialwohnungen oder andere Mietwohnungen stehen – das ist heute noch umgekehrt.
1024 Gleichzeitig wollen wir die Bodenwertspekulanten bremsen, indem wir Spekulationsge-
1025 winne aus Bodenwertsteigerungen stärker besteuern. Denn diese Wertsteigerungen be-
1026 ruhen überwiegend auf Leistungen der Allgemeinheit, vor allem der Schaffung von Inf-
1027 rastruktur und Baurecht.
1028 Wir werden das Wohnungsaufsichtsgesetz novellieren. Es muss der Spekulation durch
1029 Leerstand ein Riegel vorgeschoben werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit für Kom-
1030 munen, die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern.
1031 Wir werden den Bau von behindertengerechten und altengerechten Wohnungen unter-
1032 stützen. Dies ist die notwendige Konsequenz aus dem demografischen Wandel.
1033 Mieterinnen- und Mieterschutz ist für uns eine zentrale Aufgabe. Deshalb wollen wir,
1034 dass der gesetzliche Mieterschutz auch im Hessischen Wohnungsbaugesetz verankert
1035 wird.
1036

1037 **3. Mehr Lebensqualität in den Innenstädten**

1038 Wir wollen mehr Lebensqualität in den Innenstädten. Ein entscheidender Baustein dafür
1039 ist, dass wir Strategien für den Handel im 21. Jahrhundert entwickeln und die Luft- und
1040 Lärmbelastung im Verkehrsbereich senken. Mit unseren Konzepten für Radschnellwege
1041 und attraktivere Bus- und Bahnverbindungen fördern wir den Umstieg von Pendlern auf
1042 ÖPNV und Fahrrad und sorgen so für weniger Autoverkehr in den Innenstädten. Wir un-
1043 terstützen darüber hinaus die Einführung von weiteren Tempo-30-Zonen in verkehrsbe-
1044 lasteten Wohngebieten.
1045 Wohnortnaher Einzelhandel ist ein wichtiges Element für Lebensqualität. Der Online-
1046 handel hat bereits jetzt einen großen Anteil am Einzelhandel. Hier gilt es, Internet- und
1047 lokalen Handel zu verknüpfen. Wir wollen, dass ein Förderprogramm vonseiten des Lan-
1048 des gemeinsam mit den Einzelhandelsverbänden initiiert wird, um gerade kleineren Ein-
1049 zelhändlern diese Möglichkeit der Netzpräsenz zu geben.
1050
1051

1052 **4. Stadtplanung und Sozialpolitik zusammen denken**

1053 Stadtplanung ist mehr als nur Bau, Stadtplanung gestaltet das Leben von Menschen.
1054 Eine aktive Stadtentwicklung trägt entscheidend dazu bei, dass sich Menschen wohl-
1055 und sicher fühlen.

1056
1057 Wir brauchen die **Beteiligung von allen Bevölkerungsgruppen vor Ort**, damit auf die un-
1058 terschiedlichen Bedarfe der Menschen eingegangen wird. Dazu ist es nicht ausreichend,
1059 allein in Bürgerversammlungen die politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger zu
1060 befragen. Wir brauchen die aktive Einbeziehung von Kindern, Jugendlichen, Frauen und
1061 Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Ausweitung der Bürgerbeteiligung ersetzt nicht
1062 die Entscheidung in den Kommunalparlamenten.

1063 Wir wollen eine Aufwertung der öffentlichen Räume – Beseitigung von Angsträumen,
1064 Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Schaffung von Barrierefreiheit. Dies wird bei
1065 uns zu einem Schwerpunkt in der Städtebauförderung werden.

1066 Wir sorgen für Integration von der Kinderbetreuung über Schule, über Vereine, über Bil-
1067 dungseinrichtungen wie Büchereien, Museen, Theater und Initiativen, von Stadtteilfes-
1068 ten bis hin zu interkulturellen Angeboten, von der Beteiligung in den Parlamenten über
1069 die Eröffnung von Geschäften. Integration heißt, die Offenheit zu haben, dass Menschen
1070 ihre Identität bewahren und sich um ihre Stadt und das Gemeinwohl kümmern und sich
1071 verantwortlich zeigen.

1072 Kreise, Städte und Gemeinden haben in den vergangenen Jahren Unglaubliches bei der
1073 Aufnahme, Versorgung und Integration von Menschen auf der Flucht geleistet. Verwal-
1074 tungen und Ehrenamtliche haben Hand in Hand dafür gearbeitet, dass wir die Menschen
1075 gut aufgenommen haben.

1076 Die Landesplanung und Förderprogramme müssen auf die demografischen Veränderun-
1077 gen reagieren. Dabei geht es nicht um das Gegeneinander der Generationen, sondern
1078 darum, dass alle ihre Möglichkeiten und Erfahrungen einbringen. Wir unterstützen die
1079 Kommunen, damit eine aktive Politik den demografischen Wandel vor Ort gestaltet.
1080 Jede Generation braucht ihre Infrastruktur – von der Kinderkrippe bis zum Treffpunkt für
1081 Senioren.

1082

1083 **5. Programm „Soziale Stadt“ – Integration gelingt im Quartier**

1084 Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist ein Garant dafür, dass Stadtteile mit be-
1085 sonderem Entwicklungsbedarf auch in Zukunft gezielt gefördert werden, um die Lebens-
1086 bedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und weitere Negativentwicklungen
1087 möglichst aufzuhalten. Es muss daher weiter ausgebaut und gestärkt werden. Wir wol-
1088 len eine zusätzliche Stärkung und Verstetigung des Investitionspakts „Soziale Integra-
1089 tion im Quartier“. Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm der „Sozialen Stadt“ ge-
1090 zielt auf Maßnahmen einerseits im energetischen, städtebaulichen, infrastrukturellen
1091 und ökonomischen Bereich angewendet wird. Andererseits wollen wir damit nachbar-

1092 schaftliches Engagement sowie Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Absonderung ein-
1093 zelner Gruppen gezielt fördern. Die Basis, auf der diese Maßnahmen umgesetzt werden,
1094 ist auf kommunaler Ebene angesiedelt und somit bürgernah. Gefördert werden also
1095 städtebauliche und stadtplanerische Unternehmungen sowie soziale, zwischenmensch-
1096 liche Projekte vor Ort, die den Zusammenhalt in den Stadtteilen stärken und diese sozial
1097 stabilisieren und hinsichtlich der Lebensqualität aufwerten.
1098

1099 **Mein Hessen von morgen ...**

1100

1101 **... mit einem Recht auf Mobilität: für alle, über-**
1102 **all und bezahlbar**

1103

1104

1105 Jeder Mensch in Hessen hat ein Recht auf Mobilität: Überall und dennoch an den örtli-
1106 chen Bedarfen orientiert, sicher und bezahlbar. Die SPD tritt mit dem Anspruch an, dieses
1107 Recht durchzusetzen. Dabei gilt dem Schutz vor Lärm- und Umweltbelastungen ein be-
1108 sonderes Augenmerk. Hessens Verkehr hat sich in den letzten Jahren zur Großbaustelle
1109 entwickelt. Die Pendlerinnen und Pendler versinken jährlich auf 119.000 Kilometern in
1110 38.000 Stunden Stau. Das reicht dreimal um die Erde. Gleichzeitig sind Züge völlig über-
1111 lastet, Schienenstrecken fehlen. Versäumte Investitionen beeinträchtigen Straßen und
1112 Brücken und damit wirtschaftliche Entwicklungschancen in Hessen. Gleichzeitig werden
1113 die Mobilitätsbedarfe der Menschen im ländlichen Bereich, die ganz andere Antworten
1114 verlangen, nicht erfüllt. Das muss sich ändern.

1115

1116 **1. Mobilität überall: ob in der Stadt oder auf dem flachen Land**

1117 Wir wollen die Mobilität in den wachsenden Städten genauso wie in den ländlichen
1118 Regionen sicherstellen. Dafür werden wir die lokalen Nahverkehrsorganisationen und
1119 die Verkehrsverbünde stärken und die Übergänge zwischen dem Fahren mit dem
1120 eigenen Auto und der Nutzung von Bussen und Bahnen vereinfachen. Wir werden den
1121 öffentlichen Personennahverkehr ausbauen, um die Mobilität auch in Regionen mit
1122 zunehmender Bevölkerung sicherzustellen. Gerade mit Blick auf demografische
1123 Entwicklungen wollen wir im ländlichen Raum zusätzlich auf alternative Angebote wie
1124 Rufbusse, Bürgerbusse, Taxis und Mietwagen sowie Anrufsammeltaxis setzen. Mobilität
1125 zur Erledigung täglicher Geschäfte, zum Besuch von Freunden und Familie oder zum
1126 Aufsuchen von Gesundheitseinrichtungen darf keine Frage des Wohnortes sein.

1127

1128 **2. Mobilität für jeden Geldbeutel**

1129 Wir wollen das Fahren mit Bussen und Bahnen in Hessen attraktiver machen, indem die
1130 Fahrpreise deutlich gesenkt werden und die Einnahmeausfälle über die Solidarfinanzie-
1131 rung kompensiert werden.

1132

1133

1134 **3. Verkehre verzahnen – Übergänge verbessern**

1135 Wir werden ein integriertes Verkehrskonzept auflegen. Ein Konzept, das alle
1136 Verkehrsträger verzahnt und eine nahtlose Mobilitätskette schafft: von der Schiene über
1137 den Bus, das Taxi, den Pkw, das Fahrrad bis hin zu den eigenen zwei Beinen. Dafür werden
1138 wir beispielsweise die kommunalen Verkehrsunternehmen dabei unterstützen, sich zu
1139 Mobilitätsdienstleistern weiterzuentwickeln, die die Nutzung von Bussen und Bahnen,
1140 Carsharing und Mietfahrräder unter einem Dach verbinden.

1141 Den Veränderungen im individuellen Mobilitätsverhalten sowie den wirtschaftlichen,
1142 ökologischen und regionalen Herausforderungen wird damit Rechnung getragen. Ein
1143 integriertes Verkehrskonzept muss auf die ländlichen Bedarfe zum Beispiel im hinteren
1144 Vogelsberg andere Antworten geben als etwa auf städtische wie in der Frankfurter
1145 Innenstadt. Wir brauchen ein Mobilitätsversprechen für Hessen. Denn alle Menschen
1146 haben ein Recht auf Mobilität.

1147 Wir werden eine Mobilitätsberatung für die Nutzerinnen und Nutzer des Landes-Jobti-
1148 ckets, das wir unter denselben Bedingungen auch den Kommunen eröffnen wollen, an-
1149 bieten. Die Mobilitätsberatung ermöglicht eine bewusste Wahl des optimalen Verkehrs-
1150 mittels. Zudem kann eine effektive Beratung die Schwachstellen im ÖPNV-System expli-
1151 zit darstellen.

1152

1153 **4. Saubere Mobilität fördern, Busse und Bahnen besser finanzieren**

1154 Wir werden die Belastung von Mensch und Umwelt durch Abgase und Feinstaub in den
1155 Städten und Gemeinden weiter reduzieren, ohne dabei die Mobilität einzuschränken.
1156 Wir wollen, dass sich jede und jeder Mobilität leisten kann. Unser Ziel ist es, dass bis 2030
1157 in allen hessischen Großstädten keine Busse mit konventionellem Antrieb mehr fahren.
1158 Dazu werden wir die Nachrüstung von Dieselnbussen und Taxis sowie die Anschaffung
1159 von Bussen mit alternativen Antriebsformen mit Unterstützung des Bundes fördern.
1160 Kommunale Verkehrsunternehmen sollen bei der Umstellung ihrer Fuhrparke auf alter-
1161 native Antriebe ermutigt werden.

1162 Die Fahrradinfrastruktur wollen wir ausbauen: mit mehr innerörtlichen Fahrradspuren,
1163 aber auch mit der Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für E-Bikes durch überörtli-
1164 che Schnell-Rad-Wege, durch Ladestationen an öffentlichen Gebäuden und sichere so-
1165 wie komfortable Abstellmöglichkeiten.

1166 Für einen zuverlässigen öffentlichen, auch schienengebundenen Personennahverkehr
1167 sind Investitionen in eine gute Infrastruktur notwendig, die verlässlich finanziert sind.

1168 5. Kommunen für mehr Mobilität unterstützen

1169 Wir werden daher die Mittel für den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV im Rah-
1170 men des Landesprogramms zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf 200 Millio-
1171 nen Euro verdoppeln und den Eigenanteil von finanzschwachen Kommunen begrenzen.
1172 Gleichzeitig werden wir uns für die Aufstockung der Bundesmittel auf eine Milliarde
1173 Euro starkmachen. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir den öffentlichen
1174 Personenverkehr fit machen. Bei Ausschreibungen für den Betrieb von Bus- und Bahn-
1175 strecken wollen wir eine stärkere Berücksichtigung von Arbeits- und Tarifstandards und
1176 örtlicher Unternehmen bei der Auswahl der Anbieter.
1177

1178 6. Stopp der Zwangsbeiträge für den Straßenausbau in Hessen

1179 Die kommunalfeindliche Politik der schwarzgrünen Landesregierung ist verantwortlich
1180 dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger in Hessen mit viel Geld an der Finanzierung von
1181 Straßen beteiligen müssen. Schwarzgrün hat die Probleme in den kommunalen Haus-
1182 halten immer weiter verschärft. Der Investitionsbedarf bei der kommunalen Infrastruk-
1183 tur wurde seit Jahren ignoriert und unzureichend im Kommunalen Finanzausgleich be-
1184 rücksichtigt. Die Kommunen werden dadurch gezwungen, die Bürgerinnen und Bürger
1185 mit immer höheren Steuern und Abgaben zu belasten, um die Genehmigung ihrer Haus-
1186 halte nicht zu gefährden.
1187 Ziel der SPD ist es, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Die Kommunen brauchen
1188 dafür einen finanziellen Ausgleich, den das Land tragen muss. Denn auch ohne die Erhe-
1189 bung von Beiträgen müssen die Kommunen den Erhalt und Ausbau der kommunalen
1190 Infrastruktur leisten können. Hier besteht erheblicher Investitionsbedarf. Wir wollen
1191 deshalb den Kommunen eine Investitionspauschale zur Verfügung stellen, die den Ver-
1192 lust der Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen ausgleichen soll.
1193

1194 7. Investitionsstau und Blockaden beim Autobahn- und Straßenbau auflösen

1195 Eine gut ausgebaute Infrastruktur schafft die Voraussetzungen für Wirtschaftswachs-
1196 tum und sichert somit Arbeitsplätze. Das gilt aber nicht nur mit Blick auf die Anbindung
1197 der vielen geheimen Champions im Mittelstand, die sich häufig in der Fläche des Landes
1198 angesiedelt haben. Die Verkehrsinfrastruktur in Hessen ist in Milliardenhöhe unterfi-
1199 nanziert und wird schon seit vielen Jahren nur noch auf Verschleiß gefahren.
1200 Wir werden den Investitionsstau bei den Landesstraßen in Hessen auflösen. Dabei legen
1201 wir den besonderen Schwerpunkt auf den Erhalt der bestehenden Landesstraßen. Au-
1202 ßerdem werden wir uns beim Neu- und Ausbau auf Lückenschlüsse und sinnvolle Erwei-
1203 terungen konzentrieren. Wir werden die Investitionen in den Landesstraßenbau inner-
1204 halb der Legislaturperiode auf die Höhe der Abschreibungen aufstocken.
1205 Wir werden prüfen, wie das Land die Kommunen bei ihrem Straßenbau besser unter-
1206 stützen kann.

1207 Wir werden die Straßenbauverwaltung Hessen Mobil stärken und mehr Personal für Pla-
1208 nung, Bau und Betrieb einstellen. Für die Aufgaben im Bereich der Straßenbauverwal-
1209 tung brauchen wir gute und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen
1210 Nachwuchs fördern und ausbilden. Das Instrument „Studium plus“ (berufliche Quali-
1211 fikation in der Praxis in Verbindung mit einem Studium) hat sich in der Wirtschaft be-
1212 währt. Wir wollen mithilfe von „Studium plus“ zusätzlichen Nachwuchs ausbilden. Wir
1213 werden den Hochschulen zur Förderung der Bauingenieurausbildung mehr Mittel zu-
1214 weisen. Eine Privatisierung der Landesstraßenbauverwaltung Hessen Mobil wird es mit
1215 uns nicht geben.

1216 Wir werden für den zügigen Weiterbau der A 44, der A 49 und weiterer Bundesstraßen
1217 sorgen und keine weiteren Verzögerungen bei den Planungen dulden.

1218

1219 **8. Schienenverkehr attraktiver machen**

1220 Die Mobilitätswende in Hessen braucht einen starken Schienenpersonennah- und -fern-
1221 verkehr. Pünktlichkeit, Bezahlbarkeit und Zuverlässigkeit müssen das Markenzeichen
1222 der Eisenbahnen in unserem Land sein.

1223 Um den Schienenverkehr im ländlichen Raum zu stärken, werden wir Strecken wie die
1224 Lumdatalbahn, Horlofftalbahn, die Bahnstrecke zwischen Baunatal und Kassel-Wil-
1225 helmshöhe sowie die Waldkappeler Bahn im Stadtgebiet Kassel reaktivieren. Gleichzei-
1226 tig setzen wir uns für die Elektrifizierung wichtiger Strecken wie die Taunusbahn und die
1227 Eisenbahnstrecke Vellmar-Wolfhagen ein.

1228 Wir werden darüber hinaus wichtige Schienenprojekte für den Regionalverkehr voran-
1229 treiben, wie zum Beispiel das dritte Gleis für die Main-Weser-Bahn nach Gießen, die
1230 Nordmainische S-Bahn oder die Regionaltangente West. Neben einer Verkürzung der
1231 Planungszeiten, bei gleichzeitiger früherer Beteiligung der Bürger, müssen auch die ent-
1232 sprechenden finanziellen Mittel zeitnah bereitgestellt werden. Schon heute könnte der
1233 schienengebundene Nahverkehr in Frankfurt/Rhein-Main und in den Verdichtungsräu-
1234 men in Mittel- und Nordhessen einen signifikant höheren Anteil an Menschen beför-
1235 dern. Die dafür notwendige Infrastruktur und die Leistungsangebote sind aber nicht in
1236 dem benötigten Umfang vorhanden.

1237 Zur Beschleunigung des Fernverkehrs in Hessen setzen wir uns außerdem für den Aus-
1238 bau der Strecke Hanau–Fulda/Würzburg/Bad Hersfeld, Mannheim–Frankfurt ein. Die
1239 Mitte-Deutschland-Verbindung muss zwischen Kassel und Thüringen/Sachsen ausge-
1240 baut werden.

1241 Bahnhöfe haben in den Städten und Gemeinden neben ihrer verkehrlichen Funktion
1242 häufig eine hohe städtebauliche Bedeutung. Wir wollen ihre Attraktivität erhöhen. Dazu
1243 werden wir auf Landesebene ein „Bahnhöfe-Förderprogramm 2030“ auflegen und damit
1244 Bahnhöfe mit vielen Pendlern und hoher städtebaulicher Funktion sanieren und die
1245 Standortkommunen so entlasten. Wir werden uns zudem für die Umsetzung der Barrie-
1246 refreiheit an allen Bahnhöfen einsetzen.

1247

1248 9. Hessen: Land der Mobilität 4.0

1249 Mit der Digitalisierung wollen wir unsere Mobilität sicherer und effizienter organisieren.
1250 Wir werden daher Hessen zum Vorreiter der Mobilität des digitalen Zeitalters machen.
1251 Als die Voraussetzung für eine landesweite Vernetzung der Mobilität werden wir den
1252 flächendeckenden Ausbau des schnellen Internets und das Ausrollen des neuen Stan-
1253 dards 5G vorantreiben. Gemeinsam mit der Automobilindustrie, Zulieferern sowie Wis-
1254 senschaft und Forschung wollen wir auf dem Autobahnnetz und auf Landstraßen in Hes-
1255 sen ein Testfeld für die Erprobung des vernetzten Fahrens schaffen.
1256 Gleichzeitig werden wir junge Unternehmen fördern, die neue digitale Mobilitätskon-
1257 zepte entwickeln, um die Vernetzung des ÖPNV mit der Nutzung von Autos und Fahrrä-
1258 dern voranzutreiben. Um die Information der Nutzerinnen und Nutzer über die verschie-
1259 denen Mobilitätsangebote in Hessen zu verbessern, wollen wir eine digitale Mobilitäts-
1260 plattform Hessen Mobil 4.0 schaffen. Wir werden die in Hessen zur Verfügung stehen-
1261 den Instrumente für unsere verkehrspolitischen Zielsetzungen überprüfen und ggf. an-
1262 passen. Ein Instrumentarium hierfür ist für uns das House of Mobility and Logistics
1263 (HOLM).
1264

1265 10. Mehr Akzeptanz von Mobilität durch mehr Lärmschutz

1266 Wir werden den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner vor Lärm zu einer wichtigen
1267 Säule unserer Verkehrspolitik machen. Ohne eine wirksame Eindämmung der negativen
1268 Folgen auf Gesundheit und Umwelt wird die weitere Entwicklung des Verkehrs keine
1269 Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Daher wollen wir innerorts mehr Möglichkeiten
1270 für die Einrichtung von verkehrsberuhigten Tempo-30-Zonen erreichen. Der Aus- und
1271 Neubau von Schienenstrecken muss mit einem effektiven Lärmschutz einhergehen.
1272 Dazu wollen wir eine schrittweise Angleichung der Regularien für die Lärmsanierung an
1273 Bestandsstrecken an die Vorschriften der Lärmvorsorge an neuen Strecken erreichen.
1274

1275 11. Transport und Logistik als Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung

1276 Hessen ist aufgrund seiner zentralen Lage der wichtigste Transport- und Logistikstand-
1277 ort in Deutschland. Hunderte von kleinen und mittelständischen Unternehmen in Hes-
1278 sen sorgen dafür, dass die deutsche Wirtschaft ihre Waren weltweit zu ihren Kunden
1279 transportieren kann. Dabei finden Tausende von gut qualifizierten Beschäftigten ihren
1280 Arbeitsplatz in der Transport- und Logistikbranche. Wir setzen uns für den Ausbau von
1281 weiteren Güterverkehrs- und Logistikzentren in Hessen ein und werden in den Städten
1282 die Erprobung neuer städtischer Logistikkonzepte unterstützen. Wo möglich, fördern wir
1283 dabei den Umstieg von der Straße auf die Schiene.
1284
1285 Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen der Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer ein
1286 und wollen erreichen, dass die Rahmen- und Kontrollbedingungen für Lenk- und Ruhe-

1287 zeiten gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir im Einvernehmen mit den Anwohne-
1288 rinnen und Anwohnern den Bau von Lkw-Parkplätzen an Autobahnraststätten vorantrei-
1289 ben, damit die Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer ihre gesetzlichen Lenk- und Ruhezeiten un-
1290 ter menschenwürdigen Bedingungen verbringen können.

1291 **Mein Hessen von morgen ...**

1292

1293 **... mit Chancen und gutem Wohnen für den länd-**
1294 **lichen Raum**

1295

1296 Der ländliche Raum ist Heimat für Millionen von Menschen in Hessen. Wir wollen seine
1297 Chancen nutzen und die Lebensqualität steigern. Den Abzug des Sozialstaates aus der
1298 Fläche zu stoppen, hat deswegen Priorität. Öffentliche Leistungen wie Gesundheit, Bil-
1299 dung, Kultur müssen allen Menschen zugänglich sein. Unser zweites Augenmerk gilt der
1300 regionalen Wirtschaftsentwicklung und der Ansiedlung von Arbeitsplätzen im ländli-
1301 chen Raum. Als Land wollen wir vorangehen und Teile der Landesverwaltung wieder ver-
1302 stärkt dezentral zu den Menschen in die Fläche verlagern. Schon jetzt ist der ländliche
1303 Raum häufig Sitz vieler „hidden Champions“ im Mittelstand. Im Dialog mit Arbeitge-
1304 bern, Gewerkschaften und Politik wollen wir regionale Entwicklungspotenziale aus-
1305 schöpfen und neue Impulse für die regionale Wirtschaftskraft geben. Basis ist die Mo-
1306 dernisierung der regionalen Infrastruktur. Auch das wird den ländlichen Raum weiter
1307 aufwerten.

1308

1309 **1. Günstig und bedarfsgerecht Wohnen auf dem Land**

1310 Bezahlbare, bedarfs- und altersgerechte Wohnungen für alle Einkommensgruppen und
1311 in allen Regionen sind unser erklärtes Ziel. Hierfür braucht es gezielter Antworten für
1312 den ländlichen Raum mit seinen Besonderheiten der demographischer Entwicklung, der
1313 Leerstände, des hohen Anteils an Ein- und Zweifamilienhäusern und der Tendenz zum
1314 Eigenheim.

1315 Wir wollen unter anderem den Umbau von ungenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern
1316 zu kleineren und altersgerechten Wohneinheiten fördern. Denn der Wunsch nach
1317 Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen scheitert im ländlichen Raum häufig nicht al-
1318 lein an zu hohen Quadratmeterpreisen, sondern am Fehlen von bedarfsgerechten Woh-
1319 nungen. Kleine Wohnungen für Studierende, Auszubildende, Berufseinsteiger und Teil-
1320 zeitberufstätige und altersgerechte Ausstattung sind hier häufig Mangelware. Auch die
1321 Förderung von Mehrgenerationenwohnkonzepten wollen wir erhöhen um Menschen
1322 auch im fortgeschrittenen Alter den Verbleib in ihrer Heimat zu ermöglichen. Gleichzei-
1323 tig hilft die effektive Nutzung von bestehendem Wohnraum auch den Leerstand zu re-
1324 duzieren und die Ortskerne der Dörfer zu beleben. Wir wollen, dass attraktive Dörfer und
1325 gutes Wohnen Hand in Hand gehen.

1326 Auch, wenn die Bodenpreise vor allem in den Städten anziehen, besteht die Herausfor-
1327 derung zur Schaffung von preiswertem Wohnraum auch auf dem Land. Deshalb werden

1328 wir den Bau von Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnungen für mittlere Einkom-
1329 men nicht nur in den Städten, sondern auch in den Landkreisen fördern, in deren Kom-
1330 munen es auch angespannte Wohnungsmärkte gibt. In Regionen mit eher niedrigen Bo-
1331 denpreisen gewinnen bei der Gesamtbelastung von Eigentümern und Mietern aber vor
1332 allem die Betriebskosten an Bedeutung. Deswegen wollen wir eine höhere Förderung für
1333 energetische Sanierung und erneuerbare Energien und die weitere Senkung der Energie-
1334 kosten durch Mieterstrommodelle.

1335 Insbesondere im ländlichen Raum gibt es den Wunsch nach dem Eigenheim. Wohnen im
1336 Eigenheim ist gleichzeitig ein Beitrag zur Vorsorge für das Alter. Wir wollen die Eigen-
1337 heimbildung erleichtern indem wir die Eigenheimförderung erhöhen. Das Eigenheim
1338 muss erschwinglich sein.

1339

1340 **2. Alle Hessinnen und Hessen haben Anspruch auf gleichwertige Lebensbedingun-** 1341 **gen – für eine wohnortnahe Infrastruktur**

1342 Gerechtigkeit bedeutet für uns immer auch räumliche Gerechtigkeit. Dieses Ziel ist
1343 gleichzeitig ein Plädoyer für den ländlichen Raum. Denn ländlicher Raum ist keine staat-
1344 liche Rückbaufläche. Wir werden daher verhindern, dass sich Lebensbedingungen zwi-
1345 schen Stadt und Land weiter auseinanderentwickeln. **Wir sagen JA zum ländlichen**
1346 **Raum.**

1347 Durch veränderte Mittelzuweisungen wollen wir dafür sorgen, dass es in ganz Hessen
1348 wohnortnah ein von der Einwohnerzahl unabhängiges Grundangebot geben kann. Da-
1349 für gilt es, die interkommunale Zusammenarbeit auszubauen. Schulen, Kindertagesstät-
1350 ten und andere öffentliche Einrichtungen sollen nicht automatisch geschlossen werden,
1351 wenn Nutzungszahlen sinken. Die Gebühren für leitungsgebundene Infrastruktur (z.B.
1352 Wasser, Abwasser) müssen für die Bürgerinnen und Bürger finanzierbar bleiben. Eine
1353 SPD-geführte Landesregierung wird die bisherige Abwärtsspirale aufhalten. Deswegen
1354 wollen wir mit den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam auch ein Vorhalteprin-
1355 zip für Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge entwickeln. Infrastruktur soll so auch
1356 dann gehalten werden können, wenn bestimmte Nutzerzahlen nicht erreicht werden.
1357 Klar ist, dass wir die kommunale Familie bei der Finanzierung nicht im Regen stehen las-
1358 sen werden. Wer bestellt, bezahlt. Diesem Prinzip wollen wir wieder zur Geltung verhel-
1359 fen.

1360

1361 Das wirtschaftliche Betätigungsverbot der Gemeinden werden wir zum Schutz der örtli-
1362 chen Daseinsvorsorge lockern.

1363 Um auch dem Anspruch flächendeckender Mobilität gerecht zu werden, wollen wir zu-
1364 sammen mit den Verkehrsverbänden innovative Modelle wie Anruf- und Sammeltaxis
1365 weiter ausbauen. Gerade in der Fläche hängt das öffentliche Verkehrsangebot häufig an
1366 den Schülerverkehren. Rückläufige Schülerzahlen dürfen allerdings nicht zum vollstän-
1367 digen Rückzug öffentlich geförderter Mobilität führen. Diese Spirale werden wir aufbre-
1368 chen. **Alle Hessinnen und Hessen haben Anspruch auf Mobilität, unabhängig ob sie im**
1369 **Ballungsraum oder in anderen Regionen Hessens leben.**

1370

1371 **3. Gesundheitsversorgung überall erreichbar halten**

1372 Gerade angesichts der demografischen Entwicklung müssen wir Gesundheitsversor-
1373 gung und Pflege in ländlich geprägten Gebieten sichern und aufwerten. Bestehende
1374 Krankenhäuser auf dem Land wollen wir erhalten. Wir wollen diese Kliniken unterstüt-
1375 zen, Leistungen, die sie aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr würden anbieten kön-
1376 nen, im Verbund mit anderen Anbietern aufrechtzuerhalten. Krankenhäuser der Vollver-
1377 sorgung und Akutkrankenhäuser müssen überall gut erreichbar sein. Für die Ansiedlung
1378 von Landärzten wollen wir neue Anreize schaffen. Deshalb unterstützen wir Alternati-
1379 ven zum immer noch vorherrschenden Einzelpraxensystem wie medizinische Versor-
1380 gungszentren, Gemeinschaftspraxen und genossenschaftliche Modelle.

1381 Vor allem wollen wir aber mit flächendeckenden qualifizierten **Gemeindeschwestern**
1382 **bzw. Gesundheitsassistenten** in ausreichender Zahl auch innovative Angebote in der Ge-
1383 sundheitsversorgung schaffen. Die rheinland-pfälzische SPD hat das Konzept in einem
1384 Flächenland erfolgreich etabliert. Als Fachkräfte sollen die qualifizierten Gemeinde-
1385 schwestern Patienten am Wohnort aufsuchen und bei der Einschätzung des Gesund-
1386 heitszustands unterstützen. Ärzte können mit telemedizinischer Unterstützung fachlich
1387 begleiten. Wir wollen so eine wohnortnahe Ansprechperson im Bereich von Gesundheit
1388 und Pflege schaffen und den Zugang zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum
1389 verbessern.

1390

1391 **4. Kommunale Teilhabe schaffen – Gemeinschaft stärken**

1392 Mit einer Aufwertung von kommunaler Bildung, Kultur und Orten der Begegnung wol-
1393 len wir die kommunale Gemeinschaft stärken.

1394 Bildung bedeutet dabei mehr als Lernen. Bildung ist die Eintrittskarte für unsere Gesell-
1395 schaft. Bildung ist Teilhabe. Einrichtungen müssen für die Menschen erreichbar sein.
1396 Deswegen dürfen Bildungseinrichtungen wie Büchereien, Volksbildungsvereine, Volks-
1397 hoch- und Musikschulen, Museen und kulturelle Einrichtungen nicht als „freiwillige Lei-
1398 stungen“ der kommunalen Familie nach Belieben weggespart werden.

1399 Das schwarz-grüne KiföG („Kinderförderungsgesetz“) gefährdet die Finanzierung kleiner
1400 Kitas im ländlichen Raum. Das werden wir ändern und es durch ein besseres Gesetz er-
1401 setzen. Wir werden es durch Regelungen ersetzen, die die Bedürfnisse von Familien im
1402 ländlichen Raum berücksichtigen.

1403 Sport ist Verfassungsziel – jedoch werden die Kommunen mit der Bereitstellung und
1404 dem Betrieb von Sportanlagen allein gelassen. Gerade Hallen- und Freibäder sind im Be-
1405 trieb teuer und defizitär. Hier werden wir für finanzielle Unterstützung sorgen, damit
1406 Kinder schwimmen lernen und die Gesundheit von Jung und Alt gefördert wird.

1407 Mit dem Weggang von Läden, Gastronomie und Banken verschwinden vielerorts auch
1408 die Treffpunkte und Begegnungsorte. Deswegen werden wir die Bürgerhäuser als Be-
1409 gegnungsstätten wiederbeleben. Dafür braucht es nicht nur häufig eine Sanierung ma-
1410 roder Bausubstanz, die wir mit Landesmitteln unterstützen werden. Wir werden auch

1411 mehr Fördermittel für Dorfkümmerner und Dorfaktivierer bereitstellen, damit ein inhalt-
1412 liches Angebot für Jung und Alt entstehen kann. Dabei sollen die Digitalisierung und der
1413 Umgang mit neuen Technologien in Form von Reparaturcafés und offenen Werkstätten
1414 Einzug in die Bürgerhäuser halten. Gleichzeitig kann dies ein Beitrag zum generationen-
1415 übergreifenden Austausch sein.
1416

1417 **5. Regionale Wirtschaftskraft stärken – Arbeitsplätze schaffen**

1418 Perspektiven für regionale Entwicklung und Ansätze gegen den Wegzug der Jüngeren
1419 hängen wesentlich auch von der Schaffung von Arbeitsplätzen ab. Zentral ist hier der
1420 Mittelstand. In Hessen befinden sich viele mittelständische Unternehmen, die in ihrem
1421 jeweiligen Bereich zur Weltspitze gehören. Zur Förderung des Mittelstandes wollen wir
1422 daher regionale Netzwerke und die Kooperation mit regional wirkenden Wissensträgern
1423 wie Fachhochschulen stärken. Wissens- und Forschungseinrichtungen wollen wir unter-
1424 stützen, regionale Ausgliederungen zu schaffen, um die Präsenz in der Fläche zu erhö-
1425 hen. Wir werden Strategien zum Aufbau dualer Hochschulen im ländlichen Raum ent-
1426 wickeln. Für kleine und mittlere Unternehmen sind Forschungsförderung und Förderung
1427 des Nachwuchses auf akademischer Ebene und auf der Ebene der dualen Ausbildung es-
1428 senziell. So geben wir Impulse für Wachstum, das gute Arbeit schafft sowie sichert und
1429 den Regionen zugutekommt.

1430 Hessens starke Regionen mit ihren erfolgreichen Unternehmen in Industrie, Handel,
1431 Handwerk und Landwirtschaft sollen stark bleiben, deshalb werden wir uns für einen
1432 Branchendialog einsetzen, um gemeinsam auf Veränderungen und Herausforderungen
1433 zu reagieren. Wir wollen ein Gesprächsformat als Trialog zwischen der Landesregierung,
1434 Arbeitgeberverbänden sowie den Gewerkschaften und Betriebsräten einrichten. Dieses
1435 muss in den einzelnen Regionen unseres Landes organisiert werden. Über regelmäßige
1436 Strukturberichte sind Handlungsbedarfe aufzeigen und konkrete Handlungsschritte im
1437 Sinne der Beschäftigten einzuleiten. Wir wollen echte, integrierte Regionalentwicklung
1438 in allen Teilen unseres Landes. Dazu brauchen die regionalen Akteure die tatkräftige Un-
1439 terstützung durch das Land.

1440 Die Landesregierung versagt bei ihrer Aufgabe, die Regionen in Hessen über den Lan-
1441 desentwicklungsplan zu stärken. Wir werden den Landesentwicklungsplan grundlegend
1442 überarbeiten, um gerade den ländlichen Raum zu stärken. Grundlegende Regelungen
1443 wie das Prinzip der zentralen Orte im Landesentwicklungsplan werden wir überprüfen.
1444 Für regionale Entwicklung wollen wir klare Verantwortlichkeiten in der Landespolitik
1445 schaffen. Wir wollen einen Mr. oder eine Mrs. „Ländlicher Raum“ installieren, um gebün-
1446 delt Ansprechpartner für Akteure vor Ort sein zu können. Eine SPD-geführte Landesre-
1447 gierung wird die Entwicklung im ländlichen Raum in einem Ministerium bündeln und im
1448 Namen verankern. Regionalentwicklung darf kein Randthema sein. In enger Abstim-
1449 mung mit den Verantwortlichen vor Ort werden wir dezentrale, regionale, landkreis-
1450 übergreifende Entwicklungspläne erarbeiten, wie wir es bisher nur im Rahmen der Regi-
1451 onen im LEADER-Programm praktizieren. Mittelzentren sollen gestärkt werden, um die

1452 Infrastruktur, mit der sie umliegende Ortschaften versorgen, abzusichern. Regionale
1453 Entwicklung wird so im Verbund gefördert.

1454 Die Rolle der Landespolitik für die Zukunft der regionalen Entwicklung und des ländli-
1455 chen Raums nehmen wir an. Deswegen wird eine SPD-geführte Landesregierung einen
1456 **Gesetz- und Verordnungcheck für den ländlichen Raum** einführen. Damit werden wir
1457 die Auswirkungen und Folgen von Landespolitik für die regionale Entwicklung prüfen
1458 und stärker im Sinne der Regionen steuern. Für die Schaffung guter Arbeit in der Fläche
1459 werden wir vorangehen. Dabei werden wir einerseits den flächendeckenden Ausbau des
1460 **Breitbandnetzes für Hochgeschwindigkeitsinternet** beschleunigen, um den ländlichen
1461 Raum für alle Unternehmen attraktiver zu machen, die auf einen schnellen Zugang an-
1462 gewiesen sind. Andererseits werden wir Teile der Justiz und Landesverwaltung selbst in
1463 die Regionen verlagern und neue Behördenstrukturen, wenn möglich, vorrangig gleich
1464 im ländlichen Raum aufbauen. So werden unmittelbar Arbeitsplätze bei den Menschen
1465 geschaffen und regionale Wirtschaftskraft angeregt.

1466

1467 **6. Sparkassen vor Ort sichern**

1468 Wir wollen die Sparkassen in Hessen leistungsfähig und regional verankert erhalten und
1469 stärken. Sparkassen sind – gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken – als Zugang für
1470 alle Bevölkerungsgruppen zu Finanzdienstleistungen unentbehrlich und für die Men-
1471 schen und Betriebe in allen Teilen des Landes ein verlässlicher und innovativer Partner.
1472 Sparkassen sind Teil öffentlicher Infrastruktur, sie gehören zu einer an den Bedürfnissen
1473 der Menschen wie der kleinen und mittelständischen Unternehmen ausgerichteten Da-
1474 seinsvorsorge.

1475 Sparkassen haben ein risikoarmes und solides Geschäftsmodell. Daher unterstützen wir
1476 Vorschläge, den bürokratischen Regulierungsaufwand den tatsächlichen Risiken anzu-
1477 passen. Wir werden die öffentlich-rechtlichen Sparkassen für die Zukunft sichern und
1478 die enge Verbindung mit ihren kommunalen Trägern fördern. Eine Konzernbildung im
1479 Sparkassenwesen lehnen wir ab, weil wir die erfolgreiche dezentrale Geschäftsstrategie
1480 stärken wollen. Diese Ausrichtung ist unmittelbar an den Bedürfnissen der Menschen
1481 und der Wirtschaft vor Ort ausgerichtet und gut für Hessen.

1482

1483 **7. Tourismus als gelebte regionale Wirtschaftsförderung**

1484 Für die hessische SPD ist Tourismuspolitik gelebte regionale Wirtschaftspolitik. Hessens
1485 Tourismus-Destinationen müssen besser gefördert werden. In Hessen hat sich in den
1486 letzten fünf Jahren die touristische Entwicklung zwischen den großen Städten und den
1487 ländlichen Regionen gegensätzlich entwickelt. Die amtierende Landesregierung hat bei
1488 der Aufgabe versagt, mit geeigneten Förderprogrammen eine planvolle Tourismusent-
1489 wicklung zu ermöglichen. Gerade die Nachfolgeproblematiken im ländlichen Raum wol-
1490 len wir in den Blick nehmen, denn mit jeder Schließung eines gastronomischen Betriebs
1491 verliert der Ort ein Stück Lebensqualität und Attraktivität. Deshalb wird sich die hessi-
1492 sche SPD dafür einsetzen, Förderprogramme zu folgenden Themen in den ländlichen

1493 Räumen anzubieten: touristische Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit, Qualitätsverbesserung der touristischen Angebote, Fachkräftegewinnung und Innovationsunterstützung.
1494
1495 Um den unterschiedlichen Herausforderungen im Tourismus gerecht zu werden, bedarf es einer ressortübergreifende Tourismuskoordination innerhalb des Landes.
1496
1497

1498 **8. Perspektiven für Kassel-Calden**

1499 Für Nordhessen ist der Kassel Airport ein wichtiges Infrastrukturprojekt. Der Flughafen
1500 ist als Gewerbe- und Industriestandort für luftfahrtaffine Betriebe führend unter den
1501 Regionalflughäfen. Derzeit befinden sich hier fast 900 direkte Arbeitsplätze und rund
1502 3.000 indirekte und induzierte Arbeitsplätze bei einer direkten Bruttowertschöpfung
1503 von rund 50 Millionen Euro. Die schwarz-grüne Landesregierung hat bisher keine Bemühungen unternommen, sich für noch mehr Gewerbeansiedlung einzusetzen und den Flughafen weiterzuentwickeln. Wir werden das ändern.
1504
1505 Dass der Flughafen sich nicht so entwickelt hat, wie erhofft, ist auch der schwarz-grünen
1506 Evaluierung des Flughafens anzulasten. Diese von den Grünen geforderte und kürzlich
1507 vollzogene Evaluierung hat der Entwicklung des Flughafens geschadet, denn jede Investition braucht Planungssicherheit. Während die EU-Kommission dem Flughafen bis 2024
1508 Zeit gegeben hat, sich zu entwickeln, hat Schwarz-Grün dafür gesorgt, dass in den vergangenen Jahren ständig die Herabstufung zu einem Verkehrslandeplatz im Raum
1509 stand.
1510
1511 Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft, der Universität Kassel und dem House of Logistics & Mobility (HOLM) ein Konzept zur Ansiedlung für luftfahrtaffine technologieorientierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen entwickeln sowie eine Beteiligung der nordhessischen Wirtschaft an der Trägergesellschaft einfordern.
1512
1513
1514
1515
1516

1517 **Mein Hessen von morgen ...**

1518

1519 **... mit guter Arbeit und wirtschaftlicher Stärke**

1520

1521

1522 Hessen als Land in der Mitte Deutschlands und Europas hat beste Voraussetzungen, Ar-
1523 beitswelt und Wirtschaft von morgen zu gestalten und zu entwickeln. Wir wollen sie so
1524 gestalten, dass Fortschritt, Innovationen und neue Technologien zu Chancen für die ge-
1525 samte Bevölkerung werden. Wirtschaft dient der Gesellschaft – nicht umgekehrt. Dafür
1526 müssen wir für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgen. Veränderungen in der Wirt-
1527 schafts- und Arbeitswelt müssen so gestaltet werden, dass sie neue, gut bezahlte Arbeit
1528 für alle schaffen und keine Bedrohung darstellen. In gleichem Maße müssen wir Nach-
1529 haltigkeit und Innovation fördern. Diesem Ausgleich der Interessen verschreibt sich die
1530 SPD seit dem Godesberger Programm. Aus technischem Fortschritt muss sozialer Fort-
1531 schritt werden. Unser besonderes Augenmerk gilt dem Erhalt und der Stärkung von Pro-
1532 duktion und Verarbeitung in der Fläche. In Hessen befinden sich viele industrielle Ar-
1533beitsplätze im ländlichen Raum, dies soll im Sinne der Herstellung gleichwertiger Le-
1534bensbedingungen zwischen Stadt und Land auch so bleiben.

1535

1536 **1. Tarifpartnerschaft: alte Werte und neue Technologien**

1537 Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und demokratische Teilhabe bei der Gestaltung
1538 von Arbeitsbedingungen ist die Basis der sozialen Marktwirtschaft, sorgt in Krisen für
1539 Stabilität und ist der Erfolgsfaktor im internationalen Wettbewerb. Damit die Heraus-
1540 forderungen des digitalen Wandels gemeistert werden, bedarf es einer Stärkung der so-
1541 zialpartnerschaftlichen und betrieblichen Aushandlungsprozesse.

1542 Auch und gerade bei der öffentlichen Auftragsvergabe müssen soziale Kriterien durch-
1543 gesetzt werden. Das Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz hat zu keinerlei Verbesse-
1544 rungen im öffentlichen Auftragssektor geführt. Nach wie vor sind Dumpinglöhne und
1545 Gesetzesverstöße an der Tagesordnung. Die SPD bleibt dabei: Das beste Gesetz nützt
1546 nichts, wenn es nicht kontrolliert wird. Wir setzen uns daher für wirkungsvolle Kontroll-
1547 mechanismen, die Begrenzung von Subunternehmerketten und harte Strafen bei Ver-
1548 stößen ein.

1549 Wir sehen in einem neuen, verbesserten Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz ein
1550 Instrument zur Wiederherstellung von Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und zur Durch-
1551 setzung von guter Arbeit für alle Arbeitenden. Unser Ziel ist, dass nur Betriebe mit Ta-
1552 rifbindung, Mitbestimmung und Arbeitsschutz künftig öffentliche Aufträge erhalten.

1553 Gleichzeitig wollen wir Wirtschaftsförderung stärker an soziale Kriterien wie die Ta-
1554 rifbindung und die innerbetriebliche Mitbestimmung ausrichten. Wir werden endlich
1555 Gleichbehandlung einführen und arbeitgeber- und arbeitnehmerorientierte Beratungs-

1556 und Bildungseinrichtungen, insbesondere in den Bereichen Strukturwandel und Digitalisierung institutionell fördern.
1557
1558

1559 **2. Gute Arbeit und Wirtschaft 4.0**

1560 Um den Industriestandort Hessen zu sichern und Zukunftsmärkte zu erschließen, müssen Unternehmen, Gewerkschaften, Staat und Wissenschaft eng zusammenarbeiten.
1561
1562 Wir werden daher umgehend ein „Zukunftsbündnis Wirtschaft Hessen“ ins Leben rufen.
1563 Wir wollen Digitalisierung zur Chefsache machen und werden diesbezügliche Kompetenzen in der Landesregierung bündeln. Dieses soll Entwicklungschancen gemeinsam analysieren und im gesellschaftlichen Konsens wegweisende Projekte erarbeiten. Dabei muss es auch darum gehen, die regionale Entwicklung und Digitalisierung der Unternehmen voranzutreiben. Start-up-Unternehmen wollen wir verstärkt fördern, um den Wirtschaftsstandort Hessen zukunftsfähig zu gestalten.

1569 Die Digitalisierungsberatung der Unternehmen muss zwingend um die Beratung und Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erweitert werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich aktiv im Bund für die Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes gerade im Bereich der Digitalisierung engagieren. Die Digitalisierung wird Berufsbilder und damit Anforderungen an die Ausbildung von Fachkräften verändern.

1575 Entscheidend ist aber, dass auch morgen jeder eine Arbeit findet. Niemand darf durch die Digitalisierung abgehängt werden. Deswegen wollen wir die berufliche Bildung und Weiterbildung, die Qualifikation und Nachqualifikation stärken. Dafür brauchen wir unter anderem eine starke Bundesagentur für Arbeit und starke Jobcenter. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich im Bund dafür starkmachen, die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung umzuwandeln. Diese soll auch Leistungen für Beschäftigte anbieten, beispielsweise für solche, die sich auf neue Berufsbilder vorbereiten wollen. Alle sollen ein verbindliches Recht auf Weiterbildung erhalten.

1583 Wir wollen den Bildungsurlaub als Element guter Arbeitsbedingungen, Fachkräftesicherung und Weiterbildung stärken. Wir wollen die arbeitgeberseitige Akzeptanz stärken, den „Bildungsurlaub“ dazu zu einer „Bildungszeit“ weiterentwickeln und kleine und mittelständische Betriebe unterstützen und anregen, dieses Instrument zu nutzen.

1587 Wir werden ein Programm „Digitalisierung der Arbeitswelt“ auf den Weg bringen. Dieses soll interdisziplinär ausgerichtet sein und wissenschaftliche Forschung mit konkreten Praxisbeispielen verbinden. Bei der konkreten Ausgestaltung des Programms sollen die Gewerkschaften und Betriebs- sowie Personalräte beteiligt werden.

1591 Unser Ziel: Hessen soll zum Zentrum der Wirtschaft 4.0 – der Verschmelzung von Fertigung, industriellen Dienstleistungen, Handwerk und anderen Wirtschaftsbereichen mit datenbasierten Diensten werden. 82 % der Beschäftigten sind von der Digitalisierung betroffen. Viele verspüren Mehrbelastungen und Unsicherheit. Die Arbeitswelt der Zukunft wird digitaler, mobiler und vernetzter sein.
1592
1593
1594
1595

1596 Wichtig ist uns, dass dabei die Menschen nicht unter die Räder kommen. Gerade in einer
1597 flexibleren und veränderten Arbeitswelt müssen Arbeitnehmerrechte und Mitbestim-
1598 mung eine große Rolle spielen. Auch in einer digitalisierten Arbeitswelt sind Ruhezeiten
1599 nötig. Wir werden uns für eine Klarstellung des Rechts auf Nichterreichbarkeit einsetzen,
1600 um Belastungen, die sich mit orts- und zeitflexibler Arbeit verbinden, zu begrenzen. Da-
1601 für werden wir uns beispielsweise mit Blick auf das Arbeitszeitgesetz starkmachen.

1602 Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Souveränität bei der Ein-
1603 teilung ihrer Zeit erhalten. Deswegen wollen wir uns im Bund für die Einführung eines
1604 allgemeinen Rechts auf befristete Teilzeit einsetzen. Beschäftigte sollen in bestimmten
1605 Lebensphasen ihre Arbeitszeit selbstbestimmt reduzieren können, ohne in die Teilzeit-
1606 falle zu geraten.

1607 Wir wollen, dass der Sonntag auch zukünftig der Familie gehört und Zeit für Erholung
1608 und Entspannung vom Arbeitsalltag bietet. Er ist und bleibt für uns daher in besonders
1609 hohem Maße schutzwürdig. Sonntagsarbeit wird mit uns weiterhin nur in gesellschaft-
1610 lich notwendigen und betriebswirtschaftlich unabwendbaren Bereichen zulässig sein.
1611 Ladenöffnung an Sonntagen muss auf das äußerste Maß begrenzt bleiben und darf nur
1612 für besondere Anlässe gelten.

1613

1614 **3. Langzeitarbeitslosigkeit wirksam bekämpfen**

1615 Die anhaltend gute Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes hat leider nicht
1616 dazu geführt, dass die Langzeitarbeitslosigkeit wirksam zurückgegangen ist. Deshalb
1617 müssen Hilfen für Langzeitarbeitslose noch gezielter eingesetzt werden. Dabei ist es bes-
1618 ser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

1619 Wir brauchen einen wirksamen „Passiv-Aktiv-Transfer“, mit dem Erwerbstätigkeit geför-
1620 dert wird, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Für diejenigen, die auf absehbare Zeit
1621 keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, müssen wir einen öffentlichen sozi-
1622 alen Arbeitsmarkt schaffen.

1623 Wir wollen mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit im Bereich der Haushaltswirt-
1624 schaft schaffen. Zu viele Frauen arbeiten in diesem Bereich ohne Versicherung und ohne
1625 Anspruch auf Rente. Deshalb soll in einem Pilotversuch ein Gutscheinmodell analog zum
1626 Belgischen Modell erprobt werden. Ein solches Modell übernimmt die Differenz des
1627 Lohns, der für Haushaltsdienstleistungen am Markt gezahlt wird, und einer tariflichen
1628 Entlohnung. Mit diesem Modell fördern wir auch die notwendigen Dienstleistungen
1629 rund um die Pflege und entlasten Familien. Wir unterstützen die Einrichtung lokaler
1630 Dienstleistungsagenturen, die Haushaltshilfen sozialversicherungspflichtig beschäfti-
1631 gen und tariflich entlohnen.

1632

1633 **4. Energiewende und Mobilitätswende als Jobmotor**

1634 Die Veränderung der Mobilität, der Antriebstechniken und unserer Energiewirtschaft
1635 bietet Chancen, stellt uns aber auch vor Herausforderungen. Als Automobilstandort hat
1636 Hessen großes Potenzial, die Mobilitätsstrategie der Zukunft zu entwickeln. Wir wollen

1637 mit den Erneuerbaren Energien Arbeitsplätze und Wertschöpfung nach Hessen holen.
1638 Eine Verknüpfung der Energiewende mit der Mobilitätswende ist unabdingbar, wenn
1639 wir gute Arbeit schaffen wollen. Wir verfolgen einen sektorübergreifenden Ansatz, der
1640 den Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich integriert, statt nur einzelne Bereiche isoliert
1641 zu betrachten. Unser Augenmerk liegt dabei auch auf der Steigerung von Energieeffizienz,
1642 um unnötigen Energieverbrauch und Kosten einsparen zu können.
1643

1644 **5. Netzinfrastruktur modernisieren**

1645 Hessen muss zum Vorreiter beim Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland werden.
1646 Denn der flächendeckende Zugang zu stabilen und schnellen Glasfaser-Breitband-
1647 anbindungen ist der Kern einer zukunftsfähigen Infrastrukturpolitik. Ein flächendeckendes
1648 Glasfasernetz bis ins Gebäude wird nämlich nicht nur den stationären Zugang zum
1649 digitalen Raum gewährleisten, sondern ist auch die Basis für das Ausrollen von 5G-Funk-
1650 netzen, da jede Mobilfunk-Basisstation zur Weiterleitung des Datenverkehrs einen direkten
1651 Anschluss an ein Glasfasernetz benötigt. Damit schaffen wir indirekt auch die Basisinfrastruktur
1652 für autonomes Fahren und andere Zukunftstechnologien. Dabei werden wir jedoch nicht die
1653 alltäglichen Probleme aus dem Blick verlieren. Die noch verbleibenden „Funklöcher“ müssen
1654 gestopft werden, um die notwendige flächendeckende Verfügbarkeit von Sprachtelefonie und
1655 schneller mobiler Datenübertragung zügig sicherzustellen. Daher werden wir auf die Umsetzung
1656 der Versorgungsaufgaben durch die Mobilfunkanbieter drängen und diese für Hessen konkret
1657 anhand von Nutzerdaten überprüfen. Hierfür wird eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren
1658 erfolgen. Eine digitale Spaltung zwischen städtischem und ländlichem Raum darf es nicht länger
1659 geben. Wir werden zudem den Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots in Hessen, u. a. in Zusammenarbeit
1660 mit Freifunk-Vereinen, mit Landesmitteln zügig fördern.
1661 Mit dem größten europäischen Internetknoten und einer Vielzahl kleiner und mittelständischer
1662 innovativer Firmen im Bereich der Digitalisierung haben wir in Hessen weitere wichtige
1663 Standortfaktoren für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der hessischen Breitbandinfrastruktur.
1664 Die Förderprogramme für die Anbindung von Zentren der Wertschöpfung an eine gute
1665 Glasfaseranbindung wollen wir vereinfachen und auch für kleinere Zentren in der Fläche
1666 erweitern. Für die Gestaltung der Infrastruktur als Grundlage der Digitalisierung werden wir
1667 auch originäre Landesmittel einsetzen. Wir unterstützen Maßnahmen für den flächendeckenden
1668 digitalen Radioempfang (DHB+).
1669
1670

1671 **6. Fachkräfte sichern – Qualifizierung ausbauen**

1672 Wir bekämpfen den sich immer stärker abzeichnenden Fachkräftemangel in Hessen.
1673 Rückgrat aller wirtschaftlichen Entwicklung sind gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen
1674 und Mitarbeiter. In Zeiten des demografischen Wandels und der Digitalisierung stellt sich diese
1675 Herausforderung für Hessen besonders. Deswegen wollen wir die Förderung der wirtschaftlichen
1676 Entwicklung unseres Landes und die Maßnahmen der Fachkräftesicherung in unserem Land
1677 in einem Ministerium bündeln. Wir werden eine

1678 **Stabsstelle für Fachkräfte „STAFF“** Hessen gründen und die strategische sowie prakti-
1679 sche Arbeit dort bündeln. Wir wollen Hessens Berufsschüler fit machen. Deshalb inves-
1680 tieren wir in die hessischen Berufsschulen, damit sie bestens ausgestattet sind für die
1681 Arbeitswelt von morgen.

1682 Wir wollen eine **Ausbildungsgarantie** für jeden jungen Menschen unter 35 Jahren. Dazu
1683 werden wir ein Programm auflegen, das jedem und jeder einen Anspruch auf eine beruf-
1684 liche Qualifikation eröffnet. Jeder junge Mensch, der heute über keinen berufsqualifizie-
1685 renden Abschluss verfügt, soll bis zu einem erfolgreichen Abschluss alle erforderlichen
1686 Angebote und Unterstützungen erhalten, wenn er oder sie es wünscht. Dabei hat für uns
1687 die duale Ausbildung Vorrang vor überbetrieblicher und diese vor außerbetrieblicher
1688 Ausbildung. Die Ausbildungsgarantie werden wir mit einer verbesserten Berufsorientie-
1689 rung in der Schule flankieren.

1690 Wir werden passgenaue zusätzliche Unterstützungs- und Hilfsangebote ermöglichen,
1691 damit auch diejenigen jungen Menschen eine Berufsausbildung absolvieren können, die
1692 mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Das können fehlende Kinderbetreu-
1693 ungsmöglichkeiten bei jungen Eltern sein oder individuelle Problemlagen wie Sucht, Ver-
1694 haltensauffälligkeiten, eine Behinderung oder eine chronische Krankheit. Andere finden
1695 keine Ausbildungsstelle, da sie mit ihren vorhandenen Qualifikationen von Betrieben als
1696 nicht „ausbildungsreif“ angesehen werden.

1697 Eine weitere Gruppe, die besonderer Unterstützung beim Übergang in den Beruf bedarf,
1698 sind junge Geflüchtete, bei denen neben der Sprachförderung teils auch nachträgliche
1699 schulische Ausbildung notwendig ist, um ihnen den Einstieg in eine Berufsausbildung zu
1700 ermöglichen. Daraus kann vor allem mittelfristig eine Chance für unser Land und die Si-
1701 cherung von Fachkräften erwachsen. Integrationsbemühungen sollen belohnt werden:
1702 Wir setzen uns für einen Abschiebestopp von Menschen ein, die sich in Ausbildung be-
1703 finden. Wer hier eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen hat, soll sich leichter
1704 um einen dauerhaften Aufenthaltstitel bewerben können. Ergänzend dazu setzen wir
1705 uns auf Bundesebene für ein Einwanderungsgesetz ein, das den Erfordernissen des Fach-
1706 kräftebedarfs Rechnung trägt.

1707 Aus- und Weiterbildung ist nicht mit Schule und Studium oder Berufsausbildung zu Ende
1708 – wir werden die Weiterbildung von Fachkräften zum Schwerpunkt machen. Laufende
1709 Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss auch stärker unabhän-
1710 gig vom Betrieb möglich sein.

1711 Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, langfristig ein bezahlbares breites Wei-
1712 terbildungsangebot in Berufen mit akademischer Bildung anbieten. Unser Ziel ist es, die
1713 akademische Weiterbildung im Erwerbsleben zu stärken und die Transferzeiten von aka-
1714 demischem Fortschritt in die berufliche Praxis zu verkürzen.

1715 Unternehmen wollen wir bei der Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
1716 genauso unterstützen wie außerbetriebliche Bildungseinrichtungen der Wirtschaft und
1717 der Gewerkschaften.

1718 Besondere Potenziale sehen wir bei der Erwerbstätigkeit von Frauen, älteren Menschen
1719 und Menschen mit Handicap. Wir wollen deshalb Möglichkeiten für alle Altersklassen
1720 ausbauen, einen **Berufsabschluss nachzuholen**. Kein Unternehmen soll den Standort
1721 Hessen verlassen oder meiden, weil ihm qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

1722 fehlen. Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik sind hier gleichermaßen gemeinschaftlich gefordert.
1723

1724 Wir werden in Hessen ein kostenfreies Meisterprogramm einführen. Im Bund werden wir uns dafür einsetzen, dass Empfänger des Meister-Bafögs, wie beim studentischen Bafög, nicht mehr als 50 % der Fördersumme als Darlehen zurückzahlen müssen.
1725
1726

1727 Bestrebungen der Europäischen Union, den Meisterbrief abzuschaffen, erteilen wir eine klare Absage. Der Meisterbrief ist Garant für die hohe Qualität des deutschen Handwerks und nicht zuletzt sichert er Ausbildung. Die Novellierung der Handwerksordnung in inzwischen 53 zulassungsfreien Gewerken hat zu erheblichen Qualitätsverlusten und einem Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in diesen Berufen geführt und sollte daher zurückgenommen werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird dazu Initiativen ergreifen.
1728
1729
1730
1731
1732
1733
1734

1735 **7. Nachwuchs für den Mittelstand gewinnen – Selbstverwaltung erhalten**

1736 64 % aller Beschäftigten in Hessen arbeiten in kleinen oder mittleren Unternehmen (KMU), nur 36 % in Großunternehmen. Mittelständische Unternehmen haben im Jahr 1737 2014 159,5 Milliarden Euro Umsatz, 35,4 % des hessischen Gesamtumsatzes, generiert. 1738 Damit stellt der hessische Mittelstand eine unverzichtbare Wirtschaftsgröße dar. Der 1739 Fachkräftemangel ist zu einem großen Risikofaktor für eine weiterhin gute wirtschaftliche Entwicklung von Mittelstand und Handwerk geworden. Zunehmend fällt es schwer, 1740 qualifiziertes Personal zu finden. Schulen müssen vermitteln, welche guten Perspektiven die duale Ausbildung bietet, die Berufsorientierung muss gestärkt werden. Neben 1741 dem Fachkräftemangel liegt eine weitere Gefahr für den Mittelstand und das Handwerk im Rückgang von Gründungen und in den erheblichen Schwierigkeiten bei der Unternehmensnachfolge. Jeder fünfte Handwerksbetrieb sucht in den nächsten fünf Jahren 1742 einen Nachfolger. Viele junge Menschen scheuen aber das Risiko der Selbstständigkeit. Die Selbstständigenkultur muss daher schon in der Schule mit praxisorientierten Angeboten und Beispielen erfolgreicher Unternehmer angeregt werden.
1743
1744
1745
1746
1747
1748
1749

1750 Neben dem Handwerk gehören freie Berufe wie Rechtsanwälte, Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieure, Gesundheitsberufe wie Hebammen, Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker, Krankengymnastinnen und Krankengymnasten oder 1751 Berufe aus dem Bereich der Sprache, Wissenschaft und Kunst zu den wichtigsten Säulen des selbstständigen Mittelstands. Sie tragen wesentlich zu unserer Wirtschaftskraft bei und sind drittstärkster Ausbilder. Wir stehen daher zu dem System der berufsständischen Selbstverwaltung und sind gegen weitere Liberalisierungen von Kosten- und Honorarordnungen der freien Berufe. Bestehende Berufszugangsvoraussetzungen dürfen 1752 nicht aufgeweicht werden. Zur Anpassung an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der freien Berufe sollen Beratungsleistungen und Förderungen nicht nur im Bereich der Gründungsförderung weiter 1753 ausgebaut, sondern auch durch eigene Landesmittel ergänzt werden.
1754
1755
1756
1757
1758
1759
1760
1761

1762 Wir stehen zur Selbstverwaltung der Handwerkskammern sowie der Industrie- und Handelskammern.
1763

1764

1765 8. Forschung und Entwicklung stärken – Innovationen und Kreativität fördern

1766 Für die Finanzierung der Forschungsförderung benötigt vor allem der Mittelstand der
1767 Industrie klare und konstante Rahmenbedingungen. Die Forschungsk Kooperation muss
1768 unbürokratischer und einfacher und die Förderansätze müssen erhöht werden. Kleinere
1769 Unternehmen sollten eine höhere Förderung erhalten.

1770 Wir werden den Austausch zwischen Hochschulforschung sowie Forschung und Ent-
1771 wicklung in der Wirtschaft systematisch fördern und ausbauen. Zur Förderung des Mit-
1772 telstandes müssen zudem regionale Netzwerke und die Kooperation mit regional wir-
1773 kenden Wissensträgern wie Fachhochschulen gestärkt werden. Für kleine und mittlere
1774 Unternehmen sind Forschungsförderung und Förderung des Nachwuchses auf akademi-
1775 scher Ebene und auf der Ebene der dualen Berufsausbildung nicht zu trennen und sollten
1776 gemeinsam verstärkt adressiert werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich
1777 auf Bundesebene für die bessere steuerliche Absetzbarkeit von Forschung und Entwick-
1778 lung gerade für kleine und mittelständische Unternehmen einsetzen.

1779

**1780 9. Innovationsgeschwindigkeit erhöhen – Gründerinnen und Gründer sowie junge
1781 Unternehmen unterstützen**

1782 Gerade aufgrund der Bildungslandschaft in Hessen, seiner Universitäten und Hochschu-
1783 len, der beruflichen Schulen und der Bildungsangebote der hessischen Wirtschaft haben
1784 wir ein hohes Maß an Kompetenz, Kreativität und Wissen in unserem Land. Dieses wol-
1785 len wir vernetzen und unterstützen. Vielen jungen Unternehmen mangelt es an einfach
1786 zugänglichem Wachstumskapital. Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung des Landes
1787 und mit Akteuren des Finanzstandorts Frankfurt/Rhein-Main wollen wir Lösungen erar-
1788 beiten, schnell wachsenden Unternehmen Eigenkapital und Managementunterstüt-
1789 zung durch erfahrene Gründerinnen und Gründer zur Verfügung zu stellen.

1790 Zudem werden wir Kommunen unterstützen, dort günstige Flächen für kleine Unterneh-
1791 men und Gründerinnen und Gründer zur Verfügung stellen, wo der Immobilienmarkt
1792 angespannt ist. Hierbei braucht es insbesondere Kreativität für Umnutzung und Ent-
1793 wicklung sich veränderter Quartiere.

1794 Wir wollen Gründer in den ländlichen Regionen mit den international vernetzten Kno-
1795 tenpunkten (Hubs), wie dem Social Impact Lab (Gründerzentrum in Frankfurt, wo junge
1796 Menschen mit Migrationshintergrund und Social Entrepreneurs an Geschäftsideen und
1797 ihrer beruflichen Entwicklung zusammenarbeiten), dem TechQuartier (Zentrum für Fi-
1798 nanztechnologie in Frankfurt) oder dem House of Logistics and Mobility (HOLM), stärker
1799 vernetzen, um die Geschäftsmodelle – auch sozial orientierter Unternehmungen –
1800 schneller entwickeln zu können.

1801 Außerdem unterstützen wir ein breites Netzwerk einfach zugänglicher Beratungsange-
1802 bote und echte finanzielle und fachliche Unterstützung in der Startphase, um den Schritt
1803 in die Selbstständigkeit zu erleichtern. Auch Tech-Zentren, Gründerwettbewerbe und -
1804 preise fördern eine Kultur des Unternehmertums.

1805

1806

10. Strukturförderung für eine gute Entwicklung unseres Landes

1807 Wir wollen die bestehenden industriellen Strukturen in Hessen fördern und verstärken,
1808 wie beispielsweise die Optoelektronik in Mittelhessen, die Chemie- und Pharmaindus-
1809 trie im Rhein-Main-Gebiet, die Kautschuk- und Gummiindustrie im Odenwald oder den
1810 Erneuerbare-Energien-Schwerpunkt in Nordhessen. Es sollen die vorhandenen regiona-
1811 len Verbünde für alle Akteure aus Wirtschaft und Gewerkschaften weiterentwickelt wer-
1812 den. Hessische Stärken in den Bereichen IT, Sicherheit, Pharmazie und Chemie, Erneuer-
1813 bare Energien, Transport und Logistik wollen wir weiter strukturpolitisch unterstützen
1814 und gemeinsam mit allen Akteuren in den betreffenden Wirtschaftsbereichen weiter-
1815 entwickeln. Aufgrund der besonderen Stärke der Gesundheitsindustrie in Hessen wollen
1816 wir eine stärkere Beteiligung des Wirtschaftsressorts bei Themen der Gesundheitswirt-
1817 schaft umsetzen.

1818 Unser Ziel ist der Erhalt der Arbeitsplätze im hessischen Kalibergbau. Voller Sorge um die
1819 Zukunft des Kalibergbaus und um die direkt und indirekt damit verbundenen Arbeits-
1820 plätze haben wir die Politik der willkürlichen und ohne strukturpolitischen Plan vorge-
1821 genommenen Eingriffe der schwarz-grünen Landesregierung in den Kalibergbau kritisiert.
1822 Wir unterstützen die dezentralen Gewinnung von Bau- und Rohstoffen durch heimische
1823 Betriebe, um unnötige Transportwege und die damit verbundenen Lärm- und Umwelt-
1824 belastungen zu vermeiden und kostengünstige Angebote für die öffentliche Hand, die
1825 hessischen Industriekunden und alle anderen örtlichen Verbraucher zu ermöglichen. Die
1826 ausufernde Dauer der Genehmigungsverfahren für diese Branche wollen wir unter Wah-
1827 rung der Beteiligung aller Betroffenen straffer gestalten.

1828

1829

**11. Flughafen Frankfurt im Dialog fortentwickeln: Arbeitsplätze sichern und Anwoh-
ner sowie Umwelt schützen**

1830

1831 Die hessischen Unternehmen in Mittelstand und Industrie brauchen die Anbindung an
1832 die internationalen Handelsströme. Der Flughafen Frankfurt ist ein wichtiger Motor der
1833 wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen und damit Arbeitgeber für viele Zehntausende
1834 Beschäftigte. Wir wollen dieses Potenzial weiter fördern, um gute Arbeit und Ausbildung
1835 in Hessen zu sichern.

1836 Wir wollen den Konsens in der Region, der den wirtschaftlichen Erfolg des Flughafens
1837 Frankfurt, gute Arbeit für die Beschäftigten und Schutz der Bevölkerung und der Umwelt
1838 vor Fluglärm miteinander in Einklang bringt, wiederherstellen.

1839 Unser Ziel ist, dass der Flughafen Frankfurt und die Luftverkehrswirtschaft in Hessen ihre
1840 wirtschaftliche Stärke behalten und sich im Wettbewerb behaupten können. Wir strei-
1841 ten dafür, dass dies nicht auf Kosten der Rechte der Beschäftigten und der Gesundheit
1842 der Anwohnerinnen und Anwohner erfolgt.

1843

1844 Billigfluggesellschaften, die Arbeitnehmerrechte mit Füßen treten, stehen nicht für eine
1845 gute Zukunft des Flughafens Frankfurt. Daher lehnen wir eine weitere Ansiedlung von

1846 Fluggesellschaften, die sich nicht an das deutsche Tarifrecht und grundlegende Arbeit-
1847 nehmerrechte halten, ab. Wir werden auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene Initiativen er-
1848 greifen, um unlauteren Wettbewerb zulasten der Flughafen- und Airline-Beschäftigten
1849 zu verhindern. Wir setzen auf die erfolgreiche Systempartnerschaft zwischen dem Flug-
1850 hafen Frankfurt und der Deutschen Lufthansa AG. Außerdem wollen wir, dass die Flug-
1851 gastkontrollen in die Verantwortung einer Landesgesellschaft übergehen, um gute Qua-
1852 lifikation und Bezahlung für die Beschäftigten sicherzustellen und damit ein hohes Si-
1853 cherheitsniveau zu erreichen.

1854 Wir wollen die Luftverkehrswirtschaft von den Belastungen durch die Luftverkehrs-
1855 steuer befreien, indem wir Investitionen in zusätzliche moderne, leisere Fluggeräte för-
1856 dern. Damit verbessern wir die Wettbewerbsbedingungen der Luftverkehrswirtschaft
1857 und leisten gleichzeitig einen aktiven Beitrag zum Lärmschutz.

1858 Das für den wirtschaftlichen Erfolg notwendige Wachstum des Flughafens Frankfurt als
1859 internationales Drehkreuz muss mit einem Mehr an Lärmschutz einhergehen. Andern-
1860 falls verlieren wir die Akzeptanz der Anwohnerinnen und Anwohner.

1861 Daher wollen wir eine rechtssicher festsetzbare Lärmobergrenze einführen, die die Gren-
1862 zen der Lärmbelastung regional sowie lokal bestimmt und zugleich die Entwicklungsfä-
1863 higkeit des Flughafens gewährleistet. Darüber hinaus wollen wir die lärmabhängige
1864 Komponente der Start- und Landegebühren sowie die durch das Nachtflugverbot von
1865 23.00 bis 05.00 Uhr gewonnene nächtliche Ruhephase weiter optimieren, um ein
1866 „Nachtflugverbot+“ zu erreichen.

1867 Um die Kompensation von Lasten der Bevölkerung sowie der Kommunen durch den
1868 Flugbetrieb in Frankfurt zu verbessern, wollen wir das Regionallastenausgleichsgesetz
1869 verstetigen und entfristen. Außerdem werden wir ein Immobilienmanagement in den
1870 besonders stark belasteten Wohngebieten im Umfeld des Flughafens Frankfurt instal-
1871 lieren, das es den Bewohnerinnen und Bewohnern von selbst genutzten Immobilien er-
1872 leichtert, ohne finanzielle Einbußen in ruhigere Gebiete umzuziehen. Im Bund und bei
1873 der EU werden wir uns für eine Überarbeitung der Luftverkehrs- und Fluglärmgesetze
1874 einsetzen, um einen besseren Schutz vor Fluglärm zu erreichen.

1875

1876 **12. Für einen Finanzplatz Frankfurt in sozialer Verantwortung**

1877 Frankfurt ist der zentrale Finanzplatz in Kontinentaleuropa. Finanzdienstleistungen sind
1878 eine wichtige Branche der hessischen Wirtschaft. Aufgrund der Krisen der letzten Jahre
1879 waren eine strenge Regulierung des Finanzsektors und ein Wandel des Denkens und
1880 Handelns in den Führungsetagen der Finanzhäuser erforderlich. Beide Prozesse sind vo-
1881 rangekommen, aber noch nicht am Ende. Wir müssen die Regulierung der Finanzmärkte
1882 weiter vorantreiben. Denn der Finanzmarkt ist kein Spielcasino. Der Grundsatz muss gel-
1883 ten: Die Marktakteure müssen an den Kosten beteiligt werden, die sie selbst verursacht
1884 haben. Deswegen werden wir uns weiterhin für die Einführung der Finanztransaktions-
1885 steuer einsetzen. Wir wollen die ehrbaren Kaufleute vor den Akteuren schützen, die ihren
1886 Gewinn auf Kosten der Allgemeinheit machen.

1887 Der Brexit und die damit verbundenen Verlagerungen aus Großbritannien heraus kommen zu einem Zeitpunkt, an dem sich auch der Finanzstandort Frankfurt einigen Herausforderungen und Branchentrends stellen muss.
1888
1889
1890 Durch die Unterstützung der Ansiedlung britischer Finanzmarktunternehmen können wir die notwendigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltig positive Entwicklung des Finanzstandorts Deutschland mit Frankfurt als Zentrum schaffen. Einhergehen muss damit aber zwingend, etwaige negative Auswirkungen zu verhindern und mit Neuansiedlungen verbundene Zuwächse an Einkommen und Steuerkraft in der Region zu nutzen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, öffentliche Schulen zu stärken und den ÖPNV deutlich auszubauen.
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897 Die Börse ist ein entscheidender Baustein für den deutschen und europäischen Finanzplatz. Eine SPD-geführte Landesregierung wird partnerschaftlich die Börse weiterentwickeln, die Chancen, die sich aus dem Brexit ergeben, nutzen und gleichzeitig sicherstellen, dass die Entscheidungen über das Börsengeschäft weiterhin in der Eurozone getroffen werden.
1898
1899
1900
1901
1902

1903 **13. Landeswirtschaftsförderung ordnen**

1904 Hessen als wirtschaftlich starkes Bundesland braucht eine stark aufgestellte Landeswirtschaftsförderung. Eine Zersplitterung in Mehrfachzuständigkeiten sowie unterschiedliche Ansprechpartner für Wirtschaft, Regionen und Kommunen sind ineffizient und gehen an den Bedürfnissen des Landes vorbei. Wir werden im Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften und der Kommunalpolitik die bestehenden Strukturen der Wirtschaftsförderung des Landes überprüfen und neu justieren.
1905
1906
1907
1908
1909
1910 Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, müssen insbesondere die Angebote an bezahlbarem Wohnraum und die Unterstützung der Wirtschaft beim Strukturwandel auf ein mit anderen Ländern vergleichbares Niveau deutlich ausgeweitet werden. Derzeit ist die Förderung in Hessen nicht im gleichen Maße wie in anderen Bundesländern möglich, da die WIBank kaum in der Lage ist, Förderangebote auf eigene Rechnung ohne Belastung des Landeshaushaltes zu entwickeln. Um ohne den erweiterten Einsatz von Haushaltsmitteln die Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu steigern und den hessischen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen und Kommunen eine im Bundesvergleich konkurrenzfähige Förderung zu bieten, sollte die Risikotragfähigkeit der WIBank nach dem Modell anderer Landesförderbanken erhöht werden.
1911
1912
1913
1914
1915
1916
1917
1918
1919
1920
1921 Die Richtlinien für bestehende Förderprogramme des Landes Hessen werden wir überprüfen und wo notwendig anpassen. Wir wollen erreichen, dass Verwaltungsaufwendungen gesenkt und Förderprogramme kostengünstig abgewickelt werden können. Unsere Förderprogramme werden wir für digitale Vertriebskanäle öffnen und Förderprogramme für die Digitalisierung in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft weiterentwickeln. Um auf den Wandel in allen Regionen Hessens angemessen reagieren zu können, ist eine regelmäßige Strukturberichterstattung auf der Landesebene erforderlich.
1922
1923
1924
1925
1926
1927
1928

1929

1930

14. Soziales, innovatives und nachhaltiges Wirtschaften fördern

1931 Wir wollen, dass im Rahmen der Wirtschaftsförderung soziale, innovative und nachhal-
1932 tige Kriterien berücksichtigt werden, um unserem Anspruch auf gute Arbeit zur Umset-
1933 zung zu verhelfen. Die öffentliche Hand hat hier eine besondere Verantwortung.
1934 Schlechte Entlohnung und prekäre Beschäftigung sollen so eingedämmt werden.

1935 Wir werden uns in Hessen auf zwei Förderschwerpunkte konzentrieren: erstens auf eine
1936 niedrigschwellige Grundförderung über zinsgünstige Hausbankendarlehen und Direkt-
1937 finanzierungen für Unternehmen, die aufgrund ihres Geschäftsmodells bei Geschäfts-
1938 banken auf Finanzierungsschwierigkeiten stoßen. Hier können auch Landesbürgschafts-
1939 ten ein Angebot sein, das den Landeshaushalt schont. Zweitens werden intensivere För-
1940 derungen auf die Unterstützung des Strukturwandels konzentriert: einerseits auf die In-
1941 novationsförderung bei Unternehmensgründungen und Neuentwicklungen insbeson-
1942 dere im Bereich Digitalisierung/Wirtschaft 4.0 und andererseits auf die Effizienzrevolu-
1943 tion wie beispielsweise der energetischen Optimierung und der CO₂-Einsparung.

1944 Wir wollen die Kombination öffentlicher und privater Finanzierungsangebote intensi-
1945 vieren (Konsortialfinanzierung) sowie die Förderung durch das Bereitstellen von Eigen-
1946 kapital ausbauen. Wir wollen Landesbürgschaften zur niedrigschwelligen Förderung mit
1947 effizientem Einsatz von Haushaltsmitteln einsetzen. Wir wollen eine einheitliche Struk-
1948 tur für staatliche Beteiligungen mit einer Hessen Holding schaffen, um Unternehmens-
1949 gründungen, Wachstumsrunden und Unternehmensnachfolgen begleiten zu können.

1950

1951

15. EU-Förderung effektiv nutzen

1952 Gerade in der Strukturpolitik bieten europäische Fördermittel Chancen für unser Land,
1953 die bislang nur unzureichend für Hessen eingesetzt werden können. Eine SPD-geführte
1954 Landesregierung wird daher die Beratung von Unternehmen und Kommunen beim Ab-
1955 ruf europäischer Mittel in einer Hand bündeln und effektiv aufstellen. Das betrifft ins-
1956 besondere den Abruf von EU-Fördermitteln für die Regionalentwicklung (EFRE) und den
1957 EU-Sozialfonds (ESF).

1958

1959

16. Für eine hessische Außenwirtschaft mit Konzept

1960 Viele hessische Unternehmen sind Teil der internationalen Arbeitsteilung, viele Arbeits-
1961 plätze hängen davon ab, dass hessische Unternehmen in das europäische und auch au-
1962 ßereuropäische Ausland exportieren können. Umgekehrt sind viele ausländische Unter-
1963 nehmen in Hessen mit Verwaltungen und Produktionsanlagen präsent. Eine proaktive
1964 Außenwirtschaftspolitik ist für Hessen unverzichtbar. Wir werden die außenwirtschafts-
1965 politischen Aktivitäten auf der Basis eines in Zusammenarbeit mit Unternehmen und
1966 Gewerkschaften erstellten und regelmäßig evaluierten und fortgeschriebenen Außen-
1967 wirtschaftskonzepts bündeln.

Mein Hessen von morgen ...

1968 ... mit mehr Sicherheit und einer starken Demo- 1969 kration

1970

1971 Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf öffentlich garantierte Sicherheit. Dem
1972 wird eine SPD-geführte Regierung Rechnung tragen.

1973 Wir nehmen die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst. Wenn alle Menschen Sicher-
1974 heit erfahren, schaffen wir mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir wollen mehr
1975 Polizei auf den Straßen einsetzen, um Straftäter abzuschrecken und die Menschen vor
1976 Alltagskriminalität zu schützen.

1977 Die hessische CDU hat in ihrer Regierungszeit seit 1999 den Abbau von 1.000 Polizeivoll-
1978 zugsstellen und 600 Tarifstellen zu verantworten – und das bei neuen Aufgaben und
1979 zusätzlichen Belastungen für die Polizeibediensteten. Die CDU trägt damit die Verant-
1980 wortung für den personellen Notstand und die Überlastung der hessischen Polizei. Die
1981 zuletzt vorgenommenen Neueinstellungen können die Personallücke nicht schließen.
1982 Polizistinnen und Polizisten in Hessen haben bereits jetzt ein sehr hohes Arbeitspensum.
1983 Es fehlt vielfach an ausreichenden Regenerationszeiten und einer Planbarkeit der
1984 Dienste. Wir werden deshalb einen Funkstreifenwagen mehr je Station rund um die Uhr
1985 auf die Straßen bringen.

1986 Auch bei der Justiz gibt es nach 19 Jahren CDU-geführter Regierungen Missstände zu be-
1987 seitigen. Verfahren dauern in Hessen länger als anderswo, die Gefängnisse sind in einem
1988 schlechten Zustand. Das werden wir ändern, denn Prävention und Resozialisierung lei-
1989 den unter diesen Bedingungen.

1990 Die SPD in Hessen steht für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft ein. Wir
1991 werden extremistisches Gedankengut – egal von wem und gegen wen es sich richtet –
1992 konsequent bekämpfen und junge Menschen in ihrem demokratischen Bewusstsein und
1993 in ihrer kritischen Meinung dauerhaft stärken. Zu Extremismusbekämpfung benötigen
1994 wir einen gut ausgestatteten, aber demokratisch kontrollierten Verfassungsschutz. Für
1995 eine starke Demokratie wollen wir eine plurale Medienlandschaft erhalten, mehr Ver-
1996 mittlung von kritischer Medienkompetenz in allen Altersgruppen, gerade in Bezug auf
1997 digitale Medien und Datenschutzstandards, die den Anforderungen der digitalen Gesell-
1998 schaft gewachsen sind.

1999

2000 1. Neue sicherheitspolitische Herausforderungen zielgenau annehmen

2001 Die Terroranschläge in Berlin und in unseren Nachbarstaaten führen bei vielen Men-
2002 schen zu Verunsicherung und Angst. Extremisten wollen unsere freie Gesellschaft be-
2003 drohen. Um diesen großen Herausforderungen begegnen zu können, brauchen wir ne-
2004 ben einer umfangreichen Präventionsarbeit eine mit modernster Technik ausgestattete

2005 und auf diese Anforderungen speziell hin ausgebildete Polizei. Dazu gehören einerseits
2006 spezialisierte Einsatzgruppen, andererseits müssen alle Polizistinnen und Polizisten ge-
2007 schult und ausgerüstet sein, um kurzfristig auf Terrorlagen reagieren zu können. Auch
2008 beim Informationsaustausch mit Sicherheitsbehörden des Bundes und der anderen Bun-
2009 desländer gibt es immer noch Verbesserungsbedarf, den wir angehen werden.
2010 Ein zweites neues Handlungsfeld ist die Cyberkriminalität. Die Taten im und unter Nut-
2011 zung des Internets sind vielfältig: Menschen werden Opfer eines Identitätsdiebstahls,
2012 Kreditkartenbetrugs oder Datendiebstahls. Kriminelle handeln mit Waffen oder Kinder-
2013 pornografie. Unternehmen, Behörden und wichtige Infrastrukturen werden mit Cy-
2014 berangriffen attackiert. Wir legen deshalb einen besonderen Schwerpunkt unserer Si-
2015 cherheitspolitik auf die Bekämpfung von Cybercrime. Wir wollen dazu die personelle
2016 und technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden in Hessen wesentlich verbessern.
2017 Für kritische Infrastrukturen wie Versorgungseinrichtungen oder Krankenhäuser wollen
2018 wir Mindeststandards, für den Schutz gegen Hackerangriffe und andere Gefahren defi-
2019 nieren wie regelmäßige Software-Updates und die verpflichtende Einsetzung von Beauf-
2020 tragten für digitale Sicherheit.
2021 Um den neuen Herausforderungen wie Terrorismus, Wirtschaftskriminalität oder Cyber-
2022 kriminalität auch in der Justiz begegnen zu können, schaffen wir in einzelnen Berufsfel-
2023 dern, z. B. bei der Staatsanwaltschaft, Assistenzstellen, das heißt spezialisierte Mitarbei-
2024 ter, die etwa als Wirtschaftsprüfer oder IT-Fachleute der Staatsanwaltschaft zuarbeiten
2025 können.

2026

2027 **2. Mehr Polizei dort, wo sie gebraucht wird**

2028 Die CDU-geführten Landesregierungen haben zahlreiche Stellen im Innenministerium
2029 und in Führungsstäben geschaffen, die Polizei vor Ort jedoch vernachlässigt. Rechtsfreie
2030 Räume entstehen durch Abwesenheit der Polizei.

2031 Um die Menschen auch vor Alltagskriminalität, wie Diebstahl, Wohnungseinbrüche,
2032 Vandalismus, besser zu schützen und Straftäter abzuschrecken, setzen wir uns für mehr
2033 Polizei im öffentlichen Raum ein. Die Polizei soll wieder Ansprechpartnerin aller Men-
2034 schen in Hessen sein.

2035 Die SPD wird deshalb die Zahl der Polizistinnen und Polizisten sowie die der Tarifbeschäf-
2036 tigten langfristig auf ein Niveau heben, das eine leistungsfähige Sicherheitsarchitektur
2037 garantiert. Das führt zu einer Entlastung aller, die bei der hessischen Polizei Dienst tun.
2038 Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit der Polizei ein System entwickeln, mit dem
2039 die neuen Kräfte sinnvoll dorthin verteilt werden, wo die polizeilichen Kernaufgaben ge-
2040 leistet werden müssen: in den Streifendienst der Reviere und Stationen und in die Er-
2041 mittlungsdienststellen, die unverzichtbare Arbeit leisten, um Straftäter zu ermitteln und
2042 aus dem Verkehr zu ziehen.

2043 Auf Basis der bestehenden Reviere und Stationen wollen wir einen Funkstreifenwagen
2044 mehr je Station rund um die Uhr auf die Straßen bringen.

2045 Daneben benötigen wir weitere Maßnahmen, die kurzfristig eine Entlastung bringen.
2046 Unsere Polizistinnen und Polizisten sollen sich auf Sofortmaßnahmen, Ermittlungen und

2047 Prävention konzentrieren können. Sie müssen deshalb von **Verwaltungsaufgaben und**
2048 **von sachfremden Aufgaben**, wie z. B. der Begleitung von Schwertransporten, schnellst-
2049 möglich befreit werden. Gerade in der zunehmend digitalen Welt brauchen wir die Kom-
2050 petenz der Polizei in der Fläche, um im Sinne einer Bürgerpolizei den Menschen im Re-
2051 vierbereich eine fachliche Anlauf- und Beratungsstelle sein zu können. Denn die virtu-
2052 ellen Tatorte im Internet verschmelzen mehr und mehr mit den realen.
2053

2054 **3. Attraktivität des Polizeiberufs steigern**

2055 Die Arbeit der hessischen Polizistinnen und Polizisten verdient Anerkennung und Res-
2056 pekt. Dies sollte sich auch in einer angemessenen Besoldung wiederfinden. Zudem wer-
2057 den wir ein besseres und faires Beförderungssystem entwickeln. Eine SPD-geführte Lan-
2058 desregierung wird die Polizeizulage wieder ruhegehaltfähig machen und in die Tarifge-
2059 meinschaft der Länder (TdL) zurückkehren. Diese Maßnahmen können auch die Attrak-
2060 tivität des Polizeiberufs steigern, um für die hessische Polizei die besten Bewerberinnen
2061 und Bewerber zu finden. Hierbei sollten insbesondere Bewerberinnen und Bewerber mit
2062 Migrationshintergrund angesprochen werden, um die interkulturelle Kompetenz der Po-
2063 lizei zu stärken und die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung auch bei der Polizei wieder zu
2064 spiegeln. Wir werden dem hohen Krankenstand bei unserer Polizei durch mehr Gesund-
2065 heitsförderung und -vorsorge entgegenwirken und Möglichkeiten für eine Altersteilzeit
2066 einführen.

2067 Wir wollen, dass das Land Hessen wieder ein Arbeitgeber wird, bei dem die Mitarbeite-
2068 rinnen und Mitarbeiter gern arbeiten. Gute Beschäftigungsbedingungen sind die Vo-
2069 raussetzung dafür, dass der öffentliche Dienst in Hessen gegenüber anderen Arbeitgebern
2070 konkurrenzfähig wird.
2071

2072 **4. Häuser des Jugendrechts ausbauen**

2073 Wir wollen die Häuser des Jugendrechts, die auf Initiative der SPD erfolgreich in Hessen
2074 eingeführt wurden, auf weitere Standorte ausweiten. Die Häuser des Jugendrechts er-
2075 möglichen ein abgestimmtes und schnelles Reagieren auf strafbares Verhalten junger
2076 Menschen und sind damit ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung von Jugendkrimina-
2077 lität.
2078

2079 **5. Dem Opferschutz einen höheren Stellenwert einräumen.**

2080 Hessen ist beim Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit Schlusslicht. Das werden wir ändern.
2081 Wir wollen einen Opferfonds initiieren. Dieser soll in bestimmten Fällen Opfern von
2082 Straftaten unverzüglich und unbürokratisch finanziell helfen – beispielsweise, wenn
2083 man des Täters nicht habhaft werden konnte.

2084 Beratungsstellen für Kriminalitätsoffer müssen vollumfänglich vom Land finanziert
2085 werden, damit sie ihre zentrale Aufgabe der Opferhilfe und -beratung wahrnehmen kön-
2086 nen. Wir wollen nicht nur in allen Landgerichtsbezirken, sondern bei allen Land- und
2087 Amtsgerichten Zeugenzimmer mit professioneller Betreuung, um Kriminalitätsopfern
2088 und -zeugen zu helfen und Begegnungen mit Angeklagten außerhalb des Gerichtsaals
2089 zu vermeiden.
2090

2091 **6. Sicherheit im Justizvollzug gewährleisten**

2092 Mittlerweile sind viele hessische Gefängnisse marode und absolut sanierungsbedürftig.
2093 Solche Gefängnisse sind eine Gefahr für die Sicherheit in Hessen. Eine SPD-geführte Lan-
2094 desregierung wird diesen Sanierungsstau auflösen. Marode Gefängnisse müssen saniert
2095 werden. Hessen braucht ausreichend Personal im allgemeinen Vollzugsdienst und bei
2096 den Fachdiensten.

2097 Durch eine Überbürokratisierung des Justizvollzugs sind insbesondere die Fachdienste
2098 enorm belastet. Engmaschig zu schreibende Vollzugspläne schaffen einen erhöhten Ver-
2099 waltungsaufwand und nehmen Zeit in Anspruch, die für Gespräche und Auseinander-
2100 setzung mit den Gefangenen und deren Angehörigen tatsächlich fehlt. Wir setzen daher
2101 auf ausreichend Fachpersonal, damit genügend Zeit bleibt, sich den Gefangenen zu wid-
2102 men.

2103 Die von der CDU betriebene Privatisierung des Justizvollzugs lehnen wir strikt ab. Der
2104 Vollzug von Freiheitsstrafe, also der Entzug von Freiheit, ist für uns eine unveräußerbar
2105 staatlich-hoheitliche Aufgabe. Die Nachteile für Organisation und Abläufe sind zudem
2106 markant, eine Ersparnis ist nicht nachgewiesen. Wir werden uns daher dafür einsetzen,
2107 die Teilprivatisierung der JVA Hünfeld schnellstmöglich zu beenden.
2108

2109 **7. Kriminalitätsbekämpfung durch verbesserte Resozialisierung**

2110 Für die zunehmende Zahl psychisch auffälliger und kranker Strafgefangener werden wir
2111 für ausreichend qualifiziertes Fachpersonal in den Justizvollzugsanstalten sorgen, um
2112 entsprechend auf diese Gefangenen einwirken zu können und so die Resozialisierung
2113 erleichtern.

2114 Um eine bessere Verzahnung von Übergangs- und Entlassungsmanagement zu gewähr-
2115 leisten, werden wir die Schaffung eines Resozialisierungsgesetzes prüfen. Ziel ist die Ver-
2116 besserung der Zusammenarbeit der verschiedenen mit der Resozialisierung von Straftä-
2117 tern befassten sozialen Dienste.

2118 In der Bewährungshilfe wurde gegen erhebliche Widerstände die sogenannte Risikoori-
2119 entierung eingeführt. Dies führt zu mehr Bürokratie, während offen ist, ob die damit
2120 verbundenen Ziele erreicht werden. Wir werden dies zeitnah nach einer Regierungsüber-
2121 nahme prüfen. Priorität hat für uns, dass die allgemeine Bewährungshilfe personell so
2122 ausgestattet wird, dass sie ihre Hauptaufgabe, die Resozialisierung von Straftätern, an-
2123 gemessen erfüllen kann.

2124 **Bewährungshilfe und Gerichtshilfe** wollen wir zukunftsicher ausgestalten. Wir lehnen
2125 die Zusammenlegung der Bewährungs- und Gerichtshilfe ab. Wir wollen eine eigenstän-
2126 dige Gerichtshilfe, die bei den Staatsanwaltschaften angegliedert ist und ihre Aufgaben,
2127 wie z. B. die Vermittlung und Überwachung gemeinnütziger Arbeit, erfüllen kann.
2128

2129 **8. Justiz wieder voll handlungsfähig machen**

2130 Wir werden für eine technisch und personell gut ausgestattete Justiz sorgen, um in Zei-
2131 ten des internationalen Terrorismus, der organisierten Steuerkriminalität und der Inter-
2132 netkriminalität den Herausforderungen gerecht werden zu können. In Hessen werden
2133 Strafverfahren wegen einer überlasteten Justiz teilweise ergebnislos eingestellt. Verfah-
2134 ren dauern länger als in anderen Bundesländern. Diese Missstände sind von den CDU-
2135 geführten Landesregierungen spätestens seit dem massiven Personalabbau 1999 zu ver-
2136 antworten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird diese Missstände beenden. Wir ste-
2137 hen für eine starke Justiz, die effizient und bürgernah ist, das heißt für den rechtsuchen-
2138 den Bürger da ist. Dafür muss die Justiz personell und sachlich stets angemessen ausge-
2139 stattet sein. Wir werden deswegen das Personal im nichtrichterlichen Dienst aufstocken.
2140 Eine gut funktionierende Justiz setzt gute Arbeitsbedingungen voraus. Dazu gehören at-
2141 traktive Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung und regelmäßige Fortbil-
2142 dungsmöglichkeiten. Viele Justizbedienstete haben seit Jahren nur befristete Verträge
2143 und „hangeln sich von Vertrag zu Vertrag“, ohne Gewissheit für ihre eigene Zukunft zu
2144 haben. Das wollen wir grundlegend ändern. Befristete Verträge müssen auch im Justiz-
2145 bereich die Ausnahme werden.

2146 Wir werden die Beförderungssituation in der Justiz verbessern. Eine kluge, zukunftsge-
2147 richtete Personalauswahl ist für die Justiz von größtem Interesse. Die Mitbestimmungs-
2148 rechte des Richterwahlausschusses werden wir deshalb erweitern.

2149 Wir wollen, dass die Justiz bei der Ausbildung in allen Berufsgruppen (vom Justizwacht-
2150 meister bis zum Rechtspfleger) eine Vorbildrolle einnimmt und bei den einzelnen Ge-
2151 richten wieder mehr ausbildet.

2152 Wir wollen auch im Bereich der Justiz die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** stärken
2153 und stehen wir für den Erhalt und bei Bedarf den Ausbau von Justizkindergärten. Als
2154 moderner Arbeitgeber werden wir die Telearbeit im Einklang mit den Bediensteten aus-
2155 bauen. Die in der hessischen Justiz mittlerweile übliche Praxis, Stellen über längere Zeit-
2156 räume unbesetzt zu lassen, werden wir ändern.

2157 Für die Bediensteten schaffen wir bedarfsgerechte, regelmäßige Fortbildungsangebote
2158 vor Ort.
2159

2160 **9. Die Justiz in der Fläche erhalten**

2161 Die CDU-geführten Landesregierungen haben zahlreiche Gerichtsstandorte geschlos-
2162 sen. In vielen Fällen müssen rechtsuchende Bürgerinnen und Bürger nun lange Wege auf
2163 sich nehmen, um zu ihrem Recht zu kommen. Wir wollen, dass die Justiz in allen Regio-

2164 nen erreichbar bleibt, und werden dazu modellhaft an geeigneten Standorten die Wie-
2165 dereinführung von Arbeitsgerichtstagen erproben, wie dies in Rheinland-Pfalz bereits
2166 der Fall ist.
2167

2168 **10. E-Justice mit Augenmaß einführen**

2169 Der Bundesgesetzgeber hat mit dem „Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechts-
2170 verkehrs mit den Gerichten“ den Startschuss für einen grundlegenden Umwandlungs-
2171 prozess gegeben. Wir wollen, dass die Umstellung auf E-Justice Schritt für Schritt nach
2172 Erfahrungen aus der Praxis (z. B. Modellversuche an einzelnen Gerichten) unter Beteili-
2173 gung der Beschäftigten und der Nutzerinnen und Nutzer und bei Mitbestimmung der
2174 Vertretungsgremien erfolgt. Für diesen Umwandlungsprozess müssen die erforderli-
2175 chen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Für uns
2176 steht fest: E-Justice darf nicht den Menschen als gesetzlichen Richter ersetzen, sie dient
2177 nur als Hilfsmittel.

2178 Die Mitbestimmungsrechte der Personal-, Staatsanwalts- und Richterräte werden wir
2179 durch eine Novelle des Hessischen Richtergesetzes und Hessischen Personalvertreterge-
2180 setzes stärken.

2181 Die Unabhängigkeit der Justiz erfordert es auch, dass die Datensicherung bzw. -speiche-
2182 rung ausschließlich bei ihr stattfindet. Bei der Datensicherheit im Justizbereich darf
2183 nicht gespart werden – im Gegenteil: Sie ist in höchstem Maße zu garantieren.
2184

2185 **11. Alternative Streitbeilegung stärken**

2186 Wir wollen die alternative Streitbeilegung stärken, denn sie dient in vielen Fällen der
2187 Herstellung von Rechtsfrieden und entlastet die Gerichte. Dazu gehören für uns die Me-
2188 diation, das Güterichterverfahren und das Schiedsamtswesen.

2189 Insbesondere beim Schiedsamtswesen wollen wir die Zuständigkeiten erweitern. Um
2190 dieses noch bekannter zu machen, starten wir eine Informations- und Imagekampagne.
2191

2192 **12. Feuerwehren und Rettungskräfte flächendeckend einsatzfähig halten**

2193 Die mehr als 2.600 freiwilligen Feuerwehren in den 423 Gemeinden und Städten in Hes-
2194 sen sichern mit ihrem ehrenamtlichen Engagement den Brand- und Katastrophenschutz
2195 in Hessen. In den Kinder- und Jugendfeuerwehren, den Einsatzabteilungen und den Eh-
2196 ren- und Altersabteilungen sowie den Feuerwehrvereinen wird ein vorbildliches bürger-
2197 schaftliches Engagement geleistet. Diese Arbeit unterstützen und fördern wir.
2198

2199 Wir wollen die Kinder- und Jugendarbeit in der Feuerwehr stärken und dabei die Chan-
2200 cen von Integration und Inklusion nutzen. Wir wollen, dass Brandschutzerziehung Be-
2201 standteil des Schulunterrichts wird. Wir unterstützen das Freiwillige Soziale Jahr in der
2202 Feuerwehr und werden den Übergang von Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilung mit

2203 geeigneten Programmen verbessern, damit die ehrenamtlichen Feuerwehren auch in
2204 Zukunft überall voll einsatzfähig bleiben.

2205 Wir werden ehrenamtliche Leitungsaufgaben attraktiver gestalten, indem wir die Füh-
2206 rungskräfte von Berichtspflichten und Verwaltungsaufgaben entlasten. Wir stehen für
2207 ein flächendeckendes System des Brandschutzes durch den Erhalt der Ortsteilfeuerweh-
2208 ren, die zehnminütigen Hilfsfristen und die Stärkung der dezentralen integrierten Leit-
2209 stellen in allen Landkreisen durch eine zukunftsfähige Technik. Bei Arbeitgebern wollen
2210 wir für die wichtige Arbeit der Hilfsorganisationen werben, damit Freistellungen für
2211 Übung, Ausbildung und Einsatz reibungslos funktionieren. Neben einer auskömmlichen
2212 Mittelzuweisung in Höhe von mindestens 35 Millionen Euro insbesondere für die Be-
2213 schaffung von technischem Gerät fördern wir Initiativen der Vereine und Verbände zur
2214 Mitgliedergewinnung. Die hessische SPD wird die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren
2215 durch finanzielle Anreize und weitere Maßnahmen aufwerten. Zur Qualitätssicherung
2216 schaffen wir genügend Ausbildungsmöglichkeiten für Feuerwehrangehörige.

2217 Neben den Feuerwehren tragen auch die Ehrenamtlichen in den Hilfsorganisationen im
2218 Katastrophenschutz einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit bei. Im Ret-
2219 tungsdienst bilden qualifizierte Dauerarbeitsplätze, Mitbestimmung und Tarifvereinba-
2220 rungen die Grundlage eines stabilen Systems mit öffentlichen, karitativen und privaten
2221 Leistungserbringern. Von privaten Trägern fordern wir, dass sie sich auch aktiv in den
2222 Katastrophenschutz einbringen.

2223 Wir fordern Wertschätzung gegenüber den Einsatzkräften von Polizei, Rettungsdienst
2224 und Feuerwehr und werden gegen die zunehmende Zahl von Angriffen geeignete Maß-
2225 nahmen ergreifen.

2226 Wir werden der steigenden Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft gegen Polizeibe-
2227 dienstete, Einsatzkräfte von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst ent-
2228 schieden entgegentreten. Die Täter müssen konsequent verfolgt und bestraft werden.
2229 Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte über mehr Respekt gegenüber Ein-
2230 satzkräften, die für unsere Sicherheit sorgen und Menschen in Notlagen helfen. Ein Fo-
2231 kus wollen wir auf die Präventionsarbeit legen. Kindern und jungen Menschen zu ver-
2232 mitteln, wie wichtig Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst für unsere Gesellschaft sind,
2233 ist ein erster Schritt, den zunehmenden Angriffen entgegenzuwirken.

2234 Nach belastenden Einsätzen lassen wir die Helfer nicht alleine, sondern gewährleisten
2235 eine psychosoziale Einsatznachsorge, indem wir ein Netzwerk dieser Dienste aufbauen.

2236

2237 **13. Extremismusprävention für eine weltoffene, demokratische Gesellschaft**

2238 Wir stehen für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft ein. Wir nehmen nicht
2239 hin, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft,
2240 ihrer Sprache, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung, ihrer sexuellen Identität, ihrer
2241 Behinderung oder ihres Geschlechts Anfeindungen ausgesetzt sind, dass rechtsextreme
2242 Parolen lauter werden, dass Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte zunehmen,
2243 dass politisch-religiöser Extremismus zunimmt bis hin zu terroristischen Anschlägen.

2244 Wir wollen extremistisches Gedankengut konsequent bekämpfen und junge Menschen
2245 in ihrem demokratischen Bewusstsein dauerhaft stärken.

2246 Wir unterstützen das Engagement der zahlreichen Träger, Initiativen und Vereine, die
2247 sich für die Demokratie und gegen menschenverachtende Ideologien einsetzen. Ihre In-
2248 terventions-, Bildungs- und Präventionsarbeit stellt einen unverzichtbaren Beitrag zur
2249 Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft dar. Deswegen setzen wir uns für nach-
2250 haltige und dauerhaft finanzierte Strukturen ein. Für uns ist die Übernahme von erfolg-
2251 reichen Konzepten in die staatlichen Regelstrukturen ein wichtiger Schritt. Zeitlich be-
2252 fristete Programme reichen nicht aus und schaden den Trägern und ihren Beschäftigten.
2253 Ihre Arbeit darf nicht dadurch erschwert werden, dass eine Extremismusklausel durch
2254 die Hintertür in Hessen eingeführt wird.

2255 Um die ehrenamtliche Präventionsarbeit zu stärken, bedarf es einer unbürokratischen
2256 Förderung. Für Opfer extremistischer Straftaten werden wir ein flächendeckendes und
2257 dauerhaftes Beratungs- und Unterstützungsangebot gewährleisten.

2258 Wir werden Demokratielernen, politische Bildung und Extremismusprävention stärker
2259 in der frühkindlichen und schulischen Bildung verankern und unter Einbeziehung der
2260 Vielfalt externer Träger mit Projekttagen und -wochen umsetzen. Wir wollen, dass Mit-
2261 sprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten in Kita und Schule gelebt werden. Die Voraus-
2262 setzungen dafür in der Schule, in der Schulsozialarbeit und bereits in der Fort- und Aus-
2263 bildung der Erzieher/-innen, Lehrer/-innen und Sozialpädagogen und -pädagoginnen
2264 werden wir schaffen. Wir wollen gemeinsam mit den Jugendverbänden, Jugendbil-
2265 dungswerken und Trägern der außerschulischen Bildung die politische Bildung auch im
2266 Bereich der außerschulischen Jugendbildung stärken. Informationsfreiheit ist notwen-
2267 dige Voraussetzung für Partizipation und Mitbestimmung in einer modernen, lebendi-
2268 gen Demokratie. Wir werden deshalb den Zugang zu Informationen der Verwaltung er-
2269 heblich erleichtern, um eine sinnvolle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu ermög-
2270 lichen.

2271

2272 **14. Klassische und digitale Beteiligungsformen ausbauen**

2273 Wir werden digitale Technologien nutzen, um Bürgerinnen und Bürger stärker in den
2274 gesamten politischen Prozess zu integrieren. Für Bürgerinnen und Bürger, die keinen Zu-
2275 gang zu den digitalen Medien haben, wird das nicht zu Ausgrenzung führen. Digitale
2276 Beteiligungsverfahren erweitern die Möglichkeiten der Partizipation und fördern die Zu-
2277 sammenarbeit zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft.
2278 Wir setzen uns dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger an den Prozessen innerhalb
2279 der kommunalen Gremien stärker beteiligt werden. Jugendliche sollen über ihre Belange
2280 vor Ort mitentscheiden können. Wir wollen deshalb, dass Jugendliche bei Kommunal-
2281 wahlen schon ab 16 Jahren mitwählen dürfen.

2282 Für eine gelingende Integrationspolitik ist es unerlässlich, dass Migrantinnen und Mig-
2283 ranten stärker an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Wir wollen des-
2284 halb das kommunale Wahlrecht für alle in Hessen lebenden Migrantinnen und Migran-
2285 ten einführen.

2286 Unter einer SPD-Landesregierung wird Hessen die Nummer eins in Deutschland beim E-
2287 Government werden. Hessen wird von Unternehmen, Start-ups und digitalen Bürgerini-
2288 tiativen lernen und sich das Ziel stecken, alle Verwaltungsvorgänge für den Bürger on-
2289 line verfügbar zu machen. Dabei wird die Landesverwaltung alle Teile des digitalen Pro-
2290 zesses – von der sicheren Datensicherheit bis hin zur Archivierung – in der Cloud durch-
2291 gehen.

2292 Wir brauchen ein echtes Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das diesen Namen auch ver-
2293 dient. Begleitend zum IFG braucht es eine Förderung der Nutzung von Daten durch Ver-
2294 waltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

2295 Wir werden die Stelle eines Ombudsmannes im Sinne eines Bürgerbeauftragten schaf-
2296 fen, der Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber der Verwaltung nach-
2297 geht.

2298

2299 **15. Für einen demokratischen und transparenten Verfassungsschutz**

2300 Aufgaben des Verfassungsschutzes sind das frühzeitige Erkennen und die Abwehr von
2301 Gefahren für unser friedliches und demokratisches Zusammenleben durch Extremismus
2302 jeglicher Art. Wir benötigen einen modernen und transparenten Verfassungsschutz mit
2303 spezifisch für diesen Aufgabenbereich ausgebildeten Beamtinnen und Beamten, der ei-
2304 ner wirksamen parlamentarischen und rechtsstaatlichen Kontrolle unterworfen ist. Die
2305 Aufarbeitung des rechtsextremistisch motivierten Mordes an Halit Yozgat im Untersu-
2306 chungsausschuss des Landtags hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz dazu grundle-
2307 gend reformiert und deutlich transparenter werden muss. Wir erkennen das grundsätz-
2308 liche Erfordernis von Geheimschutzregelungen im Verfassungsschutz an, die Geheim-
2309 haltung darf jedoch nicht zu Abschottung, Intransparenz und Kommunikationsunfähig-
2310 keit des Verfassungsschutzes führen. Die derzeitige Praxis werden wir kritisch überprü-
2311 fen und entsprechend ändern. Für diese Umgestaltung steht die hessische SPD.

2312 Wir werden für klare und eindeutige Regelungen seiner Eingriffsbefugnisse sorgen. Der
2313 Verhältnismäßigkeitsgrundsatz muss gewahrt und ein angemessener Ausgleich zwi-
2314 schen Grundrechtseingriffen und dem Schutz der Bevölkerung geschaffen werden. Ins-
2315 besondere müssen dringend die Anwerbung und der Einsatz von Vertrauenspersonen
2316 gesetzlich geregelt werden.

2317 Wir werden den Verfassungsschutz in Hessen einer wirksamen parlamentarischen Kon-
2318 trolle unterwerfen. Hier gibt es erheblichen Nachholbedarf. Dazu bedarf es effektiver In-
2319 formations- und Kontrollrechte des Parlamentes wie ein eigenständiges Akteneinsichts-
2320 recht. Die Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission sollen in der Verfassung
2321 verankert werden, um Minderheitenrechte tatsächlich zu gewährleisten. Wir werden in-
2322 terkulturelle Kompetenz und Lernen aus Fehlern als wesentliche Elemente im Leitbild
2323 des Verfassungsschutzes verankern.

2324

2325

2326 16. Recht auf Datenschutz verteidigen

2327 Das Grundrecht auf Datenschutz ist weder verkäuflich noch verhandelbar. Es ist Voraus-
2328 setzung der persönlichen Freiheit jeder Bürgerin und jedes Bürgers in der digitalen Infor-
2329 mationsgesellschaft. Über die Verwendung seiner Daten muss der Einzelne grundsätz-
2330 lich selbst bestimmen können. Der Missbrauch von Daten wie z.B. im Facebook-Skandal
2331 muss verhindert werden. Die europäische Datenschutz-Grundverordnung setzt dafür
2332 klare Regeln, die wir in Hessen vollständig anwenden werden. Gleichzeitig sind Daten zu
2333 einem neuen wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden („Big Data“). Die Nutzung von Da-
2334 ten von Bürgerinnen und Bürgern und von Unternehmen soll möglich sein, allerdings
2335 nur, wenn die Endkunden dafür ihr Einverständnis gegeben haben. Dieses Einverständ-
2336 nis muss auf einer klaren, transparenten und verständlichen Zusammenfassung beru-
2337 hen, wofür wer wie welche Daten nutzt. Wir setzen uns dafür ein, dass es für die wirt-
2338 schaftliche Nutzung von personenbezogenen Daten klare Regeln und Grenzen gibt.
2339 Auch die Privatsphäre von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss in einer digitalen
2340 Wirtschaft gegenüber dem Arbeitgeber gewahrt bleiben.

2341 Wir wollen den verantwortungsvollen Umgang mit persönlichen Daten als bildungspo-
2342 litischen Auftrag an den Schulen verankern und auch für ältere Menschen Bildungsan-
2343 gebote für den Umgang mit der digitalen Welt entwickeln.

2344 Wir werden den Datenschutzbeauftragten unseres Landes weiter als unabhängige Be-
2345 hörde stärken und mit den notwendigen Mitteln und Möglichkeiten ausstatten, um um-
2346 fassende Beratungs- und Kontrollmöglichkeiten zur Sicherung der Rechte der Bürgerin-
2347 nen und Bürger vorhalten zu können.

2348

2349 17. Medienpolitik und Medienkompetenz im digitalen Wandel gestalten

2350 Die hessische SPD bekennt sich zu einer pluralen Medienordnung, in der private wie öf-
2351 fentlich-rechtliche Anbieter gleiche Chancen für ihre Entwicklung haben. Gerade unter
2352 den Bedingungen der digitalen Welt ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk wichtiger
2353 denn je: Er stellt für die gesamte Gesellschaft eine Grundversorgung mit Informationen,
2354 Bildung und Unterhaltung zur Verfügung. Insbesondere starke Informationsangebote
2355 bieten den Menschen verlässliche und vertrauenswürdige Orientierungspunkte in einer
2356 zunehmend unübersichtlich werdenden Medienwelt. In der aktuellen Diskussion um das
2357 Gleichgewicht zwischen öffentlichen-rechtlichen Anbietern und privaten Zeitungsverle-
2358 gern werden wir auf einen Kompromiss hinwirken, der das Interesse der Bürgerinnen
2359 und Bürger an Vielfalt und Qualität in den Mittelpunkt stellt.

2360 Auch die privaten Rundfunkanbieter tragen eine gesellschaftliche Verantwortung, de-
2361 mokratische Teilhabe zu ermöglichen und bestimmte gesellschaftlich relevante Ange-
2362 bote auszustrahlen.

2363 Die SPD wird die Vielfalt der Presse in Hessen erhalten und fördern. Eine freie Presse ist
2364 für eine gelingende Demokratie von großer Bedeutung. Deshalb werden wir Rahmenbe-
2365 dingungen schaffen, die es Zeitungen ermöglichen, mit ihren Geschäftsmodellen erfolg-
2366 reich zu sein, um ihren Kunden Qualitätsjournalismus anbieten zu können. Nach dem

2367 Vorbild von NRW werden wir eine Stiftung zur Sicherung der Vielfalt im Lokaljournalis-
2368 mus gründen. Das Medienkonzentrationsrecht werden wir im Licht der digitalen Ent-
2369 wicklungen überprüfen.
2370 Wir sind uns bewusst, dass gerade auch neue Onlineangebote auf dem Markt drängen.
2371 Diese sind eine gute und wichtige Ergänzung zu den bestehenden Printmedien. Mei-
2372 nungs- und Informationsfreiheit zu schützen heißt für uns vor allem, die Grundlagen für
2373 Chancengleichheit beim technischen und inhaltlichen Zugang zu den Medien herzustellen.
2374 Es gilt, die digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.
2375 Das veränderte Medienangebot und die veränderte Nutzung von Medien erfordert eine
2376 stärkere Verankerung von kritischer Medienkompetenz im Erziehungs- und Bildungssys-
2377 tem, über alle Altersgruppen hinweg. Sowohl im vorschulischen Bereich als auch in der
2378 Schule und Hochschule sowie in der Jugend- und vor allem in der Erwachsenenbildung
2379 sind passende Lehr- und Lernangebote für die Vermittlung von Medienkompetenz und
2380 digitale Alphabetisierung (digital literacy) zu schaffen. Medienbildung sehen wir als
2381 wichtigen Bestandteil eines selbstbestimmten und souveränen Handelns mit Medien.
2382 Wer Wahrheit nicht von Unwahrheit, Fakes nicht von News und echte nicht von unech-
2383 ten Bildern unterscheiden kann, wird zum manipulierbaren Spielball von Interessen.
2384 Wir setzen uns für juristische Mindeststandards auf nationaler, europäischer und inter-
2385 nationaler Ebene im Kinder-, Jugend- und Verbraucherschutz ebenso wie in Bereichen
2386 der Sicherheit und im Urheberrecht ein.

2387 **Mein Hessen von morgen ...**

2388 **... mit sozialer Gerechtigkeit und Zusammenhalt**

2389

2390 Nur in einer solidarischen, gerechten Gesellschaft ist der soziale Frieden gewährleistet.
2391 Jede und jeder soll die gleiche Chance auf ein erfülltes Leben haben. Leitgedanke unserer
2392 Sozialpolitik ist die Inklusion. Sie bedeutet, dass trotz aller Unterschiede bei Geschlecht,
2393 Alter, physischer, psychischer und geistiger Konstitution, sozialer, ethnischer oder kultu-
2394 rer Herkunft und sozialem Status, jeder Mensch von Anfang an die gleiche Chance auf
2395 ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben hat.

2396 Dazu benötigen wir einen aktiven und vorbeugenden Sozialstaat, der unterstützt und
2397 fördert, ohne zu bevormunden. Ein vorbeugender Sozialstaat verhindert Benachteiligun-
2398 gen, bevor sie entstehen. Er nützt nicht nur den unmittelbar Betroffenen, sondern der
2399 gesamten Gesellschaft, indem er „Reparaturkosten“, wie sie etwa durch Krankheit, Ar-
2400beitslosigkeit oder Kriminalität entstehen, verhindert und indem er die Grundlagen ei-
2401 nes friedlichen, gleichberechtigten und solidarischen Zusammenlebens schafft. Wir for-
2402 dern die Aufnahme der Inklusion als Grundrecht in die Hessische Verfassung.

2403

2404 **1. Soziale Infrastruktur wieder aufbauen**

2405 Durch die CDU-geführten Landesregierungen seit 1999 wurden in Hessen zentrale Ele-
2406 mente eines aktiven, vorausschauenden, ausgleichenden und vorsorgenden Sozialstaats
2407 zerschlagen. Deren Sozialpolitik erschöpft sich bis heute weitgehend in Modellvorhaben,
2408 Schaufensterprojekten ohne dauerhafte Konsequenzen und teure PR-Aktionen ohne
2409 nennenswerten Mehrwert. Die finanzielle und operative Verantwortung wurde und
2410 wird vor allem auf die unterfinanzierten Kommunen abgeschoben. Wir werden einen
2411 grundlegenden Richtungswechsel einleiten.

2412 Für uns ist es die zentrale Aufgabe der Landessozialpolitik, die soziale Infrastruktur, ohne
2413 die ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit nicht möglich ist, zu erhalten und auszu-
2414 bauen. Dazu gehören Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Einrichtungen der Jugend-
2415 hilfe und der Altenhilfe, Frauenhäuser und Frauennotrufe, Gesundheitsschutz und Prä-
2416 vention, Hilfsangebote für Menschen mit Behinderungen und in sozialen Notlagen, Ar-
2417beitsförderung, Migrationsberatungsstellen und andere Beratungsangebote und sozia-
2418 ler Wohnungsbau. Diese Angebote der Daseinsvorsorge schaffen Sicherheit und Stabili-
2419 tät und ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben. Mit einem konzeptionell von Grund
2420 auf erneuerten sowie auskömmlich und nachhaltig finanzierten Sozialbudget werden
2421 wir die soziale Infrastruktur gemeinsam mit den Betroffenen, mit Wohlfahrtsverbänden
2422 und Kommunen wiederaufbauen und eine neues tragfähiges soziales Netz für Hessen
2423 knüpfen.

2424 Landeszuschüsse müssen im Fall von Tarifsteigerungen entsprechend erhöht werden,
2425 damit angemessene Löhne nicht zu Kürzungen des Angebots führen.

2426 2. Gute Arbeitsbedingungen für gute Leistung in den sozialen Einrichtungen

2427 Gute soziale Arbeit ist nur bei guten Arbeitsbedingungen möglich. Wir werden uns des-
2428 halb dafür einsetzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sozialen Einrich-
2429 tungen angemessen entlohnt und vor Überlastung geschützt und Mindeststandards für
2430 Alten- und Krankenpflege definiert werden. Ein neues soziales Netz für Hessen kann nie-
2431 mals allein von der Landespolitik geknüpft werden, sondern nur in enger Zusammenar-
2432 beit mit den Trägern, Verbänden und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, den
2433 Kirchen, den Sozialpartnern, dem Land und den Kommunen sowie dem Landeswohl-
2434 fahrtsverband entstehen.
2435

**2436 3. Armuts- und Reichtumsbericht wiedereinführen und Aktionsprogramm Armuts-
2437 bekämpfung**

2438 Wir werden eine Sozialberichterstattung schaffen, die diesen Namen verdient. Sie wird
2439 die Grundlage einer neuen Kultur der bedarfsgerechten sozialen Förderung in ganz Hes-
2440 sen bilden. Sie muss konsequent in Form eines Reichtums- und Armutsberichts des Lan-
2441 des Hessen Armut, Reichtum und weitere soziale Unterschiede landesweit abbilden. Wir
2442 werden sicherstellen, dass ein solcher Bericht fristgerecht vorgelegt wird und dass die
2443 darin enthaltenen Empfehlungen Richtschnur der Politik werden.
2444 Die Zahl der armen oder an der Armutsgrenze lebenden Menschen hat in den letzten
2445 Jahren zugenommen. Insbesondere Familien mit Kindern, vor allem Alleinerziehende,
2446 zunehmend jüngere Erwachsene, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behin-
2447 derung sind betroffen. Schwierigkeiten durch Arbeitslosigkeit, Überschuldung oder
2448 Sucht bedingen den Verlust der sozialen Integration, bis hin zu Obdachlosigkeit. Unser
2449 Ziel ist es, Strukturen und Angebote zu gewährleisten, die die Armutsfolgen und Armuts-
2450 wirkungen beseitigen und allen eine gleiche Teilhabechance ermöglichen. Eine zentrale
2451 Aufgabe der Armutsbekämpfung ist die Teilhabe an Arbeit und der Zugang zu Bildung,
2452 Mobilität, gesundheitlicher Versorgung und kulturellen Angeboten, Sport und Begeg-
2453 nung. Wir werden die durch die „Operation düstere Zukunft“ von der CDU zerschlagene
2454 soziale Infrastruktur zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Armutsfolgen
2455 wieder aufbauen. Wir werden ein Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung auflegen.
2456 Dazu gehören die Neuordnung und Unterstützung von Gemeinwesenarbeit und Ar-
2457 mutsbekämpfung, Schuldnerberatung, Beratung für Migranten und Flüchtlinge, Ob-
2458 dachlosenhilfe und Hilfe für Haftentlassene, lokale Beschäftigungsinitiativen und Ju-
2459 gendberufshilfe, Frauenhäuser, Frauennotrufe und Frauen in besonderen Lebenslagen,
2460 Projekte gegen Gewalt an Kindern und Notruftelefone, Mädchenarbeit und Jungenar-
2461 beit, Mütterzentren und Erziehungsberatung, Suchthilfe, sozialpsychiatrische Dienste,
2462 Psychiatrieerfahrene und Angehörige, und alle Formen der Hilfe zur Selbsthilfe und vie-
2463 les mehr.
2464
2465

2466 **4. Ehrenamt und Vereinsarbeit als Kitt der Gesellschaft stärken**

2467 Zivilgesellschaftliche Organisationen, Ehrenamt und individueller Einsatz für andere
2468 sind eine wesentliche Säule unserer Demokratie und die Grundlage für Lebensqualität
2469 über die staatliche Absicherung der Daseinsvorsorge hinaus. Wir setzen auf starke Kom-
2470 munen, die ehrenamtliches Engagement wertschätzen. Wir werden den Kommunen
2471 helfen, Beratung und die Förderung unterstützender, bedarfsgerechter hauptamtlicher
2472 Strukturen für das Ehrenamt anzubieten.

2473 Wir wollen neue Wege der Beteiligung insbesondere auch von jungen Menschen erpro-
2474 ben sowie – u. a. in Kooperation von Schule und zivilgesellschaftlichen Organisationen –
2475 Engagement als gesellschaftliche Teilhabe erfahrbar zu machen.

2476 Sport und Vereine leben vom ehrenamtlichen Engagement vieler Frauen und Männer,
2477 die ihre persönlichen Erfahrungen und ihr berufliches Know-how einbringen. Passge-
2478 naue Weiterbildungs- und Beratungsangebote für Ehrenamtliche, die Förderung von
2479 Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung sowie von Netzwerken si-
2480 chern diese personellen Grundlagen von Vereinen und Verbänden.

2481

2482 **5. Mit Sportförderung Zusammenhalt, Gesundheit und Teilhabe für alle Altersklas-**
2483 **sen erreichen**

2484 Wir wollen mit einem Programm „Sport in Hessen 2025“ die Umsetzung des Staatsziels
2485 Sport stärken. Für nahezu jede Sportart benötigen wir geeignete Sportanlagen. Unser
2486 Ziel ist deshalb, in Hessen eine zeitgemäße und gut ausgestattete Sportstätteninfra-
2487 struktur zu schaffen. Wir wollen Kommunen und Vereine bei Neubau und Sanierung von
2488 Schwimmbädern und Sportanlagen unterstützen und fördern die interkommunale Zu-
2489 sammenarbeit. Wir wollen neue Sportarten und Angebotsformen berücksichtigen und
2490 der demografischen Entwicklung sowie unterschiedlichen Sportbedürfnissen, beispiele-
2491 wise für Menschen mit Behinderung und ältere Menschen, Rechnung tragen.

2492 Sportpolitik ist für uns auch aktive Sozialpolitik. Denn Sport bringt Menschen unabhän-
2493 gig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Herkunft, sozialem und kulturellem
2494 Hintergrund, Nationalität sowie individuellen körperlichen und intellektuellen Voraus-
2495 setzungen zusammen und stärkt damit den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die-
2496 ses Potenzial verlangt eine Sportpolitik, die ein Netzwerk in alle Politikbereiche spannt
2497 und deren Zusammenarbeit unterstützt. Wir wollen, dass sich möglichst viele Menschen
2498 zum Einstieg oder Wiedereinstieg in Sport und Bewegungsaktivitäten entscheiden.

2499 Eine SPD-Landesregierung wird die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen auf
2500 Augenhöhe fördern und alle nötigen Voraussetzungen für vielfältige Angebote in Ganz-
2501 tagsschulen und Schulen mit freiwilligen Nachmittagsangeboten schaffen, damit der
2502 Ganztagschulausbau nicht zulasten der Nachwuchsarbeit der Vereine geht. Wir wollen
2503 alle Schulen mit Ganztags- und Nachmittagsangeboten organisatorisch und personell in
2504 die Lage versetzen, Kooperationen mit den Sportvereinen in ihrem Umfeld aufzubauen

2505 und mehr Schülerinnen und Schüler aus allen Schichten für Sport und Ehrenamt begeis-
2506 tern. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Zusammenarbeit von Schulen und
2507 Sportvereinen auf Augenhöhe fördern.

2508 Wir wollen junge Menschen im Wettkampf- und Spitzensport fördern. Dies hilft nicht
2509 nur bei der Entfaltung ihrer Talente, sondern schafft zugleich wichtige Vorbilder und
2510 Identifikationsmöglichkeiten für andere Jugendliche. Dies werden wir durch die Bereit-
2511 stellung der notwendigen Strukturen unterstützen. Fairness und humaner Spitzensport
2512 sind dabei der Gradmesser für die Integrität von Vereinen und Verbänden.

2513

2514

2515 **6. Gleiche Rechte und Toleranz für Menschen aller sexueller Identitäten**

2516 Wir fordern gleiche Rechte für Menschen, die gleichgeschlechtlich lieben oder eine sexu-
2517 elle Identität haben, die jenseits der heterosexuellen Mehrheit liegt. Wir bekämpfen
2518 Hass und Diskriminierung, gleich aus welcher Richtung, und werden Maßnahmen ergrei-
2519 fen, um ein Klima der Offenheit und Toleranz für verschiedene Lebensentwürfe bereits
2520 in den Bildungsreinrichtungen zu verankern.

2521 Angelehnt an bestehende Initiativen werden wir ein Gütesiegel „Schule der Vielfalt“
2522 schaffen. Schulen, die ein Diversity-Konzept in ihrem Schulprogramm verankern, wer-
2523 den wir unterstützen. Beauftrage Lehrkräfte für Vielfalt werden wir fortbilden, vernet-
2524 zen und für ihre Arbeit entlasten und Initiativen und Projekte fördern, die eine nied-
2525 rigschwellige Einführung in das Themengebiet ermöglichen. Vielfältige Lebensweisen
2526 sollen nicht nur punktuell behandelt, sondern in den Alltag integriert sein. Die Einbin-
2527 dung von Projekten wie „SCHLAU“ können das Verständnis steigern.

2528 Um zielgenaue Maßnahmen planen zu können, werden wir eine wissenschaftliche Un-
2529 tersuchung initiieren, die ermittelt, welche Haltungen gegenüber vielfältigen Lebens-
2530 weisen und Identitätsmerkmalen an hessischen Schulen in welchem Umfang verbreitet
2531 sind.

2532 Auch jenseits des Projekts „SCHLAU“ wollen wir alle Schulen für das Problem der Diskri-
2533 minierung von Schwulen, Lesben und transsexuellen Menschen sensibilisieren. Wir wer-
2534 den die Schulen mit geeigneten Konzepten in die Lage versetzen, solche Probleme früh-
2535 zeitig zu erkennen, einzugreifen und Betroffene zu schützen.

2536 Wir unterstützen die Einrichtung einer Landesfachstelle, die diesbezüglich Angebote für
2537 die in der Jugendarbeit Tätigen bzw. für öffentliche und freie Träger macht.

2538 Wir unterstützen regionale Jugendzentren, Anlaufstellen und Beratungs- und Unter-
2539 stützungsangebote für Jugendliche mit sexuellen Identitäten jenseits der heterosexuel-
2540 len. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen erreichen, dass in allen Regionen Hes-
2541 sens entsprechende Angebote vorhanden sind.

2542

2543 **Mein Hessen von morgen ...**2544 **... mit Vorbildfunktion als Arbeitgeber**

2545 Nach 19 Jahren CDU-geführten Regierungen in Hessen ist für die Wertschätzung der Be-
2546 schäftigten im öffentlichen Dienst ein Politikwechsel dringend erforderlich. Jahrelang
2547 mussten sie als Sparsbüchse der Landesregierung erhalten. Keine oder nur geringe Be-
2548 soldungs- und Tariferhöhungen, die längste Wochenarbeitszeit bundesweit und Kürzun-
2549 gen der Beihilfe sind nur einige Beispiele.

2550 Wir werden den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, den Gewerkschaften und den Be-
2551 rufsverbänden eine Vereinbarung für den öffentlichen Dienst unter dem Motto „Ver-
2552 trauen gegen Vertrauen“ anbieten, der durch einen respektvollen Umgang miteinander
2553 und durch Wertschätzung der geleisteten Arbeit geprägt sein wird.

2554 Für uns ist es wichtig, dass das Besoldungsrecht dem Tarifrecht folgt und alle Beschäf-
2555 tigten des öffentlichen Dienstes angemessen an der Einkommensentwicklung teilhaben
2556 können. Besoldungsdiktate und Nullrunden wird es mit uns nicht geben.

2557 Seit den 1990er-Jahren gilt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe ein Tarifver-
2558 trag. Das Land Hessen hat mit dem Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder 2004
2559 diesen Weg leider mitbestritten. Wir werden im Fall eines Wahlsieges das Land Hessen
2560 in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, der alle anderen Bundesländer angehören,
2561 zurückführen. Für Beamtinnen und Beamte der Polizei, der Feuerwehr und des Justizvoll-
2562 zugs werden wir die Ruhegehaltfähigkeit der Zulagen einführen. Wir setzen uns außer-
2563 dem für die Erhöhung der Erschwerniszulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten ein.
2564 Die Attraktivität des Landes Hessen als Arbeitgeber im öffentlichen Sektor hängt jedoch
2565 nicht nur von finanziellen Rahmenbedingungen ab. Für uns spielen auch die Gestaltung
2566 von flexiblen (Lebens-)Arbeitszeitmodellen sowie Aus- und Fortbildungsangebote und
2567 Qualifizierungsmaßnahmen eine entscheidende Rolle. Wir werden die Wochenarbeits-
2568 zeit der hessischen Beamtinnen und Beamten ebenso wie bei den Tarifbeschäftigten auf
2569 40 Stunden in der Woche zurückführen.

2570 Die zahlreichen Ruhestandsversetzungen in den nächsten Jahren sind vor dem Hinter-
2571 grund des erheblichen Personalabbaus CDU-geführter Landesregierungen eine große
2572 Herausforderung. Daher müssen wir jetzt die Weichen dafür stellen, dass der öffentliche
2573 Dienst auch in Zukunft handlungsfähig und vor allem wettbewerbsfähig ist. Wir wollen
2574 deshalb in den Nachwuchs investieren und einen Schwerpunkt bei der Ausbildung und
2575 der Übernahme junger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen.

2576 Die verbreitete grundlose Befristung von Arbeitsverträgen verstetigt prekäre Beschäfti-
2577 gung und verbaut jungen Menschen die Perspektive zur Familiengründung. Wir werden
2578 darauf hinwirken, dass das Land als Arbeitgeber und seine Betriebe und Beteiligungen
2579 auf grundlose Befristungen verzichten.

2580 Die Verwaltung in Hessen werden wir gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitar-
2581 beitern zukunftsfähig gestalten. Um eine bessere Mitwirkung bei Reform- und Organi-
2582 sationsentwicklungen zu ermöglichen, wollen wir eine Novellierung des Hessischen Per-
2583 sonalvertretungsgesetzes vornehmen. Wir werden gemeinsam mit den Beschäftigten

ZUKUNFT JETZT MACHEN

SPD-Regierungsprogramm 2019–2024 – Leitantrag für den Landesparteitag am 09.06.2018

- 2584 einen Entwicklungsprozess zu einer umfassenden Staatsmodernisierung im Sinne einer
2585 bürgernahen, effektiven und modernen Verwaltung in Gang bringen.
2586

2587 **Mein Hessen von morgen ...**

2588 **... für Zugewanderte und ihre Familien**

2589

2590

2591 **1. Integration als Erfolgsgeschichte fortschreiben**

2592

2593 Hessen ist seit Jahrzehnten ein in hohem Maße erfolgreiches Einwanderungsland. Zuge-
2594 wanderte Menschen und ihre Familien mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen sind
2595 heute aus unserer Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik nicht mehr wegzudenken.
2596 Gleichwohl gibt es für die erfolgreiche Integration aller Zugewanderten und ihrer Fami-
2597 lien immer noch vieles zu tun und zu verbessern. Für uns ist Integration deshalb eine der
2598 wichtigsten politischen Zukunftsaufgaben der kommenden Landesregierungen.

2599 Unser Ziel ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusam-
2600 menleben aller Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Status in
2601 einer unserem Grundgesetz verpflichteten Rechts- und Wertegemeinschaft. Menschen
2602 mit Migrationshintergrund müssen auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen
2603 gleiche Chancen zur aktiven Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kul-
2604 turellen Leben haben. Wir brauchen ein Integrationsgesetz für Hessen, um alle Aspekte
2605 der Landespolitik im Hinblick auf Anforderungen in diesem wichtigen Zukunftssektor
2606 sinnvoll zu gestalten.

2607 Unsere Integrationspolitik setzt einen Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen. Wir
2608 wollen

- 2609 • möglichst frühe und individuelle Förderung, um Benachteiligungen gar nicht erst
2610 entstehen zu lassen,
- 2611 • gezielte Ansprache, Beratung und Einbeziehung der Eltern,
- 2612 • interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit, Wissen für den täglichen Um-
2613 gang mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Mentalitäten als Schwer-
2614 punkt der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte und
- 2615 • mehr Lehr- und Erziehungskräfte mit Migrationshintergrund.

2616 Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für Integra-
2617 tion. Wir werden deshalb für mehr alltagsintegrierte bedarfsgerechte Angebote zur
2618 Sprachförderung sorgen.

2619 Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund gezielt bei der Integration in den Aus-
2620 bildungs- und Arbeitsmarkt unterstützen, insbesondere beim Übergang von der schuli-
2621 schen in die berufliche Ausbildung. Eine erleichterte Anerkennung ausländischer Ab-
2622 schlüsse ist sowohl für die Betroffenen als auch für die heimische Wirtschaft wichtig,

2623 damit vorhandene Qualifikationen optimal genutzt werden können. Wir wollen den An-
2624 teil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund, sowohl in den Verwaltungen, als auch
2625 in den öffentlichen Einrichtungen erhöhen – ebenso in Führungspositionen.

2626 Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, ihre Ausländerbehörden zu Integrations-
2627 behörden und zu Serviceeinrichtungen weiterzuentwickeln. Wir wollen das gesellschaft-
2628 liche Engagement von Zugewanderten stärker fördern.

2629

2630 **2. Integrationskraft der Schulen weiter stärken**

2631 Zentral für das Gelingen schulischer Integration von Kindern und Jugendlichen mit Mig-
2632 rationshintergrund ist das Ende der aussondernden, trennenden Schulpolitik. Obwohl
2633 engagierte Lehrkräfte und Schulen bei der Integration starke Leistungen erbringen, ist
2634 die immer noch vorhandene Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der kulturellen
2635 Herkunft gegenüber allen betroffenen Kindern ungerecht und ein Problem für den ge-
2636 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit unserer Schulpolitik sorgen wir deshalb dafür, dass
2637 die bestehenden Benachteiligungen in unserem Schulsystem, die nicht nur, aber in be-
2638 sonderem Ausmaß Kinder aus Zuwanderungsfamilien treffen, beseitigt werden.

2639 Wir wollen die Integrationskraft unserer Schulen stärken. Wir werden sie mehr als bisher
2640 in die Lage versetzen, sich auf die zunehmende Vielfalt unserer Gesellschaft einzustel-
2641 len. Wir werden die Herkunftssprachen als Fremdsprachen an hessischen Schulen auf-
2642 werten, um die sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen von Schülerinnen und
2643 Schülern und Lehrkräften sowie ihre spezifischen Fähigkeiten zu fördern. Gleichzeitig
2644 werden wir einen Schwerpunkt auf die fehlerfreie Beherrschung der deutschen Sprache
2645 in Wort und Schrift als zentrale Kommunikationssprache und wichtigen Faktor für den
2646 Zugang zum Arbeitsmarkt und für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe set-
2647 zen.

2648

2649 **3. Gleichberechtigung und Teilhabe für Hessinnen und Hessen mit Migrationshin-** 2650 **tergrund**

2651 Gleichberechtigung setzt politische Teilhabe voraus. Wir treten daher für das aktive und
2652 passive kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen ein. Wir werden die Ar-
2653 beit der kommunalen Ausländerbeiräte und ihrer Dachorganisation weiter aktiv unter-
2654 stützen. Wir unterstützen die Erweiterung der Rechte und Befugnisse der Ausländerbei-
2655 räte in der Hessischen Gemeindeordnung, insbesondere ein klar geregeltes Rede- und
2656 Antragsrecht in den kommunalen Parlamenten und das aktive Wahlrecht eingebürger-
2657 ter Personen zu den Ausländerbeiräten.

2658 Wir stehen zur verfassungsrechtlich garantierten Ausübung der Religionsfreiheit in un-
2659 serem Land. Die Vielfalt der Glaubens- und Religionsgemeinschaften ist selbstverständ-
2660 licher Teil unserer Gesellschaft. Der Islam als Religion, die religiösen Gemeinschaften
2661 und Verbände und die Muslime sind Teil unserer Gemeinschaft. Wir wollen den bekennt-
2662 nisorientierten islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Schulaufsicht auswei-
2663 ten und die Studiengänge für islamische Religionspädagogik und Theologie ausbauen.

2664 Die konsequente Bekämpfung und Verfolgung von Diskriminierung sowie gruppenbe-
2665 zogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie sind
2666 elementare Bestandteile sozialdemokratischer Integrationspolitik. Wir werden ein Lan-
2667 desantidiskriminierungsgesetz vorlegen, damit sich Betroffene auch in den Bereichen
2668 rechtlich besser zur Wehr setzen können, die nicht vom Allgemeinen Gleichbehand-
2669 lungsgesetz (AGG) des Bundes abgedeckt sind.
2670

2671 **4. Integration beginnt am Tag der Einreise**

2672 Das Recht auf Asyl und Schutz vor Verfolgung, wie es in der Allgemeinen Erklärung der
2673 Menschenrechte niedergelegt ist, ist für uns unantastbar. Auch wenn die Zahl der Asyl-
2674 anträge gegenwärtig rückläufig ist, suchen immer noch viele Menschen Schutz in unse-
2675 rem Land. Um Integration von vornherein zur Erfolgsgeschichte zu machen, wollen wir
2676 Sprachkurse und Bildungsangebote von Anfang an ermöglichen.

2677 Wir befürworten den Familiennachzug für alle dauerhaft hier lebenden Menschen, auch
2678 für unter subsidiärem Schutz Lebende, erstens aus humanitären Gründen, zweitens auf-
2679 grund des grundgesetzlich geforderten Schutzes für Ehe und Familie und drittens, weil
2680 sich Familiennachzug positiv auf den Integrationswillen und -erfolg auswirkt.

2681 Für uns beginnt Integration am ersten Tag der Einreise. Bis sie erreicht ist, sollen Asylbe-
2682 werberinnen und Asylbewerber würdig untergebracht werden. Dazu gehören einheitli-
2683 che verbindliche Mindestanforderungen für Aufnahme- und Gemeinschaftsunter-
2684 künfte. Wir wollen alle zu uns kommenden Menschen frühzeitig mit unseren Werten
2685 und Normen und unseren Regeln und Gesetzen für ein demokratisches und tolerantes
2686 Miteinander vertraut machen.

2687 Populistische Forderungen von rechter und konservativer Seite nach Leistungskürzun-
2688 gen für Schutzsuchende unter das soziokulturelle Existenzminimum lehnen wir ab, da
2689 sie die Integration erschweren und zur Ausgrenzung der Betroffenen aus dem gesell-
2690 schaftlichen Leben führen.

2691 Wir setzen uns für eine unabhängige Verfahrensberatung für neu ankommende schutz-
2692 suchende Menschen ein, die ihnen hilft, das komplizierte Asylverfahren zu durchlaufen
2693 und ihre Rechte wahrzunehmen. Wir stärken die soziale Betreuung, auch bei dezentral
2694 untergebrachten Flüchtlingen. Wir werden geeignete Versorgungsstrukturen für beson-
2695 ders schutzbedürftigen Personen wie unbegleitete Minderjährige, Behinderte, Alte,
2696 Schwangere, Alleinerziehende, Personen mit schweren körperlichen oder psychischen
2697 Erkrankungen und traumatisierte Flüchtlinge aufbauen.

2698 Wir wollen die Arbeit der Helferinnen und Helfer noch stärker unterstützen. Dieses eh-
2699 renamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe ist unersetzlich und erfüllt uns mit Stolz.
2700 Damit die Integrationsarbeit für Flüchtlinge nicht zulasten der Kommunen geht, werden
2701 wir die Städte und Gemeinden bei den Kosten für Unterbringung und Betreuung von
2702 Flüchtlingen auskömmlich finanzieren.

2703 An den Schulen wollen wir gewährleisten, dass Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinstei-
2704 gern beim Ankommen im Klassenverbund und in die Schulgemeinde begleitet werden.
2705 Wir werden die Anzahl der Wochenstunden in den sogenannten Intensivklassen und die

2706 Besuchsdauer dem tatsächlichen Nachholbedarf anpassen. Daneben werden wir die
2707 nachholende Bildungsarbeit ausbauen. Für Quereinsteiger werden wir die Altersberech-
2708 tigung zum Schulbesuch auf 27 Jahre erhöhen, damit insbesondere Flüchtlinge einen
2709 Schulabschluss an beruflichen Schulen oder Schulen für Erwachsene erwerben können.
2710 Wir wollen Intensivklassen an allen Schulformen.
2711 Hessen ist stolz darauf, ein hilfsbereites Land zu sein, das Menschen, die Schutz und Hilfe
2712 benötigen, aufnimmt. Genauso wirken wir darauf hin, dass alle, die kein Anrecht auf un-
2713 seren Schutz oder auf ein dauerndes Aufenthaltsrecht genießen, das Land wieder verlas-
2714 sen. Abschiebungen aus „Schutzräumen“, etwa aus Schulen oder psychiatrischen Ein-
2715 richtungen, lehnen wir ab. Wir unterstützen Menschen, die freiwillig ausreisen, und wol-
2716 len ihnen helfen, sich in ihrem Heimatland eine neue Perspektive aufzubauen.
2717 Wir wollen es ermöglichen, dass Menschen, die als Flüchtlinge hier leben, durch eigene
2718 Integrationsanstrengungen und -leistungen ein dauerhaftes Bleiberecht und die Mög-
2719 lichkeit zur Einbürgerung erwerben können, um zusätzliche positive Anreize für die In-
2720 tegration zu setzen.

2721 **Mein Hessen von morgen ...**

2722 **... für Menschen mit Behinderung**

2723

2724

2725 Mit dem Beitritt zur UN-Behindertenrechtskonvention hat sich die Bundesrepublik
2726 Deutschland dazu verpflichtet, Menschen mit Behinderung die vollumfängliche Teil-
2727 habe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Wir wollen ihren Anspruch auf ein
2728 selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft mit Leben füllen. Behindertenrechte
2729 sind Menschenrechte. Darum ist es unser Ziel auch in Hessen, eine alle Gesellschafts-
2730 und Lebensbereiche umfassende inklusive Gesellschaft aufzubauen und zu erhalten.

2731

2732 **1. Inklusion von der Kita bis in den Beruf**

2733 Für die nächste Generation soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne
2734 Behinderung selbstverständlich sein: Wir wollen inklusive Bildung von der Kita über die
2735 Grundschulen und weiterführenden Schulen bis zu weiteren Bildungseinrichtungen
2736 ohne Qualitätsverlust und Nachteile ermöglichen. Dies erfordert neben der Barrierefrei-
2737 heit in jeglicher Hinsicht auch die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit den not-
2738 wendigen therapeutischen, pflegerischen und sächlichen Mitteln.

2739

2740 Die CDU-geführten Landesregierungen der vergangenen 19 Jahre sind die Inklusion von
2741 Kindern mit Beeinträchtigung in die Regelschulen zu spät, zu halbherzig und ohne zu
2742 Ende gedachtes Konzept angegangen. Das daraus resultierte Inklusionschaos hat dem
2743 Ziel der Teilhabe behinderter Kinder mancherorts eher geschadet als genützt. Das wer-
2744 den wir ändern. Behinderte Kinder haben ein Recht auf Einbeziehung in die Gemein-
2745 schaft. Inklusion hat Vorteile für beide Seiten, wenn sie richtig durchgeführt wird. Wir
2746 werden die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stellen so-
2747 wie insbesondere die Aus-, Fort- und Weiterbildungskapazitäten in der Lehrerbildung
2748 ausweiten, damit zukünftig alle Schulen ihren Aufgaben bei der Inklusion besser und
2749 ohne Qualitätsverlust gerecht werden können. Alle Kinder, auch die mit Behinderung,
2750 haben das Recht, eine Schule wohnortnah zu besuchen. Jede Schule muss deshalb in die
2751 Lage versetzt werden, inklusiv zu arbeiten. Den Einsatz von Förderpädagogen an den all-
2752 gemeinen Schulen werden wir transparenter und vor allem verlässlicher gestalten. Wir
2753 werden die Einführung der Gebärdensprache als Fremdsprache unterstützen.

2754 Wir werden die neuen technischen und medialen Möglichkeiten im Sinne der Inklusion
2755 vorantreiben. Zudem werden wir die Ausbildungskapazitäten an unseren Universitäten
2756 und Studienseminaren so erhöhen, dass wir so schnell wie möglich die nötige sonderpä-
2757 dagogische Grundversorgung erreichen. Außerdem wollen wir, dass die Grundlagen des
2758 inklusiven Unterrichtens Bestandteil jeder Lehrerausbildung werden.

2759 Mit einem **Masterplan Inklusion** werden wir die verschiedenen Etappen auf dem Weg zu
2760 einem inklusiven Schulsystem definieren. Bestehenden Förderschulen für behinderte
2761 Kinder wollen wir die Möglichkeit eröffnen, sich zu inklusiven Schulen weiterzuentwi-
2762 ckeln, und werden Fusionen mit Regelschulen unterstützen. Ein solcher Masterplan
2763 muss langfristig und somit über eine einzelne Wahlperiode hinaus angelegt sein.
2764 Wir werden unsere Anstrengungen zur **Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen**
2765 **für Menschen mit Behinderung** weiter verstärken mit dem Ziel, möglichst vielen Men-
2766 schen eine geeignete sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbieten zu können.
2767 Dazu gehören die Gründung virtueller Behindertenwerkstätten, der Ausbau von Assis-
2768 tenzen und unterstützter Beschäftigung, ein persönliches Budget für Arbeit, ein flächen-
2769 deckendes Angebot an Integrationsbetrieben, der Ausbau des Integrationsfachdienstes
2770 sowie die Förderung und die Bildung von Netzwerken aller Akteure auf dem Ausbil-
2771 dungs- und Arbeitssektor, insbesondere auch von Arbeitgebern, um ein entsprechendes
2772 Stellenangebot zu sichern. Das Land Hessen hat als Arbeitgeber bei der Ausbildung und
2773 Beschäftigung von Menschen mit Behinderung eine Vorbildfunktion.
2774 Wir wollen eine Hochschule für alle. Dazu gehören auch Barrierefreiheit und Unterstüt-
2775 zung für behinderte und chronisch kranke Studierende.
2776 Menschen mit Behinderung benötigen eine andere und intensivere Gesundheitsvor-
2777 sorge und andere Behandlungen als Menschen ohne Behinderung. Wir wollen dafür sor-
2778 gen, dass sie diese bekommen.
2779

2780 **2. Barrieren weiter abbauen**

2781 Wir schaffen Barrierefreiheit für Menschen mit körperlichen, psychischen und chroni-
2782 schen Einschränkungen in allen Bereichen der Landespolitik. Wir werden alle wesentli-
2783 chen Veröffentlichungen des Landes auch in **leichter Sprache** vorhalten. Wir wollen ei-
2784 nen Rechtsanspruch auf Bescheide und Dokumente hessischer Behörden in leichter
2785 Sprache einführen.
2786 Darüber hinaus setzen wir uns für die staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte,
2787 Mehrgenerationenhäuser und behindertengerechte Wohnungen sowie eine barriere-
2788 freie bzw. barrierearme Bauweise ein.
2789

2790 **3. Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung stärken**

2791 Wir werden die politische Vertretung und die Mitspracherechte von Menschen mit Be-
2792 hinderung auf allen Ebenen stärken und ausbauen. Die Interessenvertretung von Men-
2793 schen mit Behinderung soll auf allen politischen Ebenen durch die Wahl oder Berufung
2794 von Behindertenräten oder -beiräten sowie Behindertenbeauftragten verbessert wer-
2795 den. Dies gilt auch für die Bildung von Psychiatriebeiräten und anderen demokratischen
2796 Formen der Mitbestimmung wie Besuchskommissionen und Beschwerdestellen. Lan-
2797 desbehindertenrat und Landesbehindertenbeirat sollen zusammengeführt und ange-
2798 messen ausgestattet werden und den Landesbehindertenbeauftragten vorschlagen
2799 können.

2800 Wir werden das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung stärken. Dazu
2801 gehört das Recht, den Wohnort selbst zu bestimmen. Dazu werden wir ein differenzier-
2802 tes Angebot an Wohnformen für Menschen mit Behinderung voranbringen. Auch die
2803 Wahlfreiheit zum persönlichen Budget soll gestärkt werden durch ein flächendeckendes
2804 System für Information, Beratung, Motivation und Begleitung.
2805

2806 **4. Frauen mit Behinderung vor Mehrfachdiskriminierung schützen**

2807 Frauen mit Behinderungen sind oftmals von mehrdimensionaler Diskriminierung in na-
2808 hezu allen Lebensbereichen betroffen. Behinderte Frauen bilden das Schlusslicht auf
2809 dem Arbeitsmarkt, gleich welche Qualifikation sie erworben haben. Wir als SPD setzen
2810 uns für den besonderen Schutz dieser Frauen und für eine konsequente Umsetzung der
2811 UN-Behindertenrechtskonvention ein.
2812

2813 **5. Verlässliche Unterstützung für den Landeswohlfahrtsverband**

2814 Auch in Zukunft halten wir den Landeswohlfahrtsverband, der als überörtlicher Träger
2815 der Sozialhilfe und als Integrationsamt für wichtige Teilhabeleistungen für Menschen
2816 mit Behinderung in Hessen zuständig ist, für unverzichtbar. Er ist zudem Träger von För-
2817 derschulen und von Frühförderstellen für sinnesbeeinträchtigte Kinder sowie Kranken-
2818 haus- und Einrichtungsträger in Hessen.
2819 Auf Bundesebene wird sich eine SPD-geführte Landesregierung stärker dafür einsetzen,
2820 dass der Bund die Kosten für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung
2821 vollständig übernimmt.
2822

2823 **Mein Hessen von morgen ...**

2824 **... für aktive Seniorinnen und Senioren**

2825

2826 Die älter werdende Gesellschaft ist eine Chance für unser Land. Wir wollen die Erfahrung
2827 und Verantwortungsbereitschaft der Älteren vertrauensvoll nutzen. Wir wollen eine Ge-
2828 sellschaft, in der die Erfahrung der Älteren und die Dynamik der Jugend gleich viel gelten.
2829 Wir setzen uns ein für gesundes Altern, gesundheitliche Vorsorge, jederzeit rasche Arzt-
2830 termine und armutsfeste Renten. Viele ältere Menschen leisten wertvolle Arbeit – un-
2831 entgeltlich. Sie betreuen Enkelkinder oder helfen z.B. Jugendlichen als Ausbildungspaten
2832 bei der Ausbildungsplatzsuche. Das Ehrenamt im Sport und Vereinsleben ist vielerorts
2833 ohne Ältere kaum denkbar.

2834 Glücklicherweise steigt unsere Lebenserwartung von Jahr zu Jahr an, unsere Gesellschaft
2835 wird an Jahren älter. Wir nehmen die Herausforderung an, eine Gesellschaft des aktiven
2836 und selbstbestimmten längeren Lebens zu gestalten. Wir wollen, dass jede und jeder bis
2837 ins hohe Alter alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bekommt, selbstbestimmt
2838 zu handeln und selbstständig zu wohnen und zu leben.

2839 Wir werden die Landesseniorenvertretung stärken und unterstützen. Eine wirkliche Mit-
2840 wirkung muss durch die flächendeckende Einrichtung von Seniorenbeiräten gewährleis-
2841 tet werden. Wir werden die Landesseniorenvertretung stärken und unterstützen und die
2842 Chancen eines Seniorenmitwirkungsgesetzes prüfen.

2843

2844

2845 **1. Altersgerechtes Wohnen zum Schwerpunkt der Wohnraumförderung machen**

2846 Wir wollen, dass das Land konsequent in den Bau bezahlbarer Wohnungen, gerade auch
2847 für ältere Menschen, investiert. Insbesondere alleinlebende ältere Menschen brauchen
2848 eine Wohnumgebung in einem sicheren Umfeld mit einer guten Infrastruktur. Deshalb
2849 wollen wir durch generationsübergreifendes Wohnen ein Wohnangebot fördern, in dem
2850 die Bedürfnisse von jungen Familien und älteren Menschen gleichermaßen berücksich-
2851 tigt werden. Menschen, die der Pflege bedürfen, sollen eine Auswahl aus unterschiedli-
2852 chen Angeboten treffen können, angepasst an ihren Bedarf, jeweils mit der Möglichkeit
2853 zu ergänzen, wenn der Pflegebedarf wächst.

2854 Wir wollen barrierefreies und altersgerechtes Wohnen in einem sicheren Umfeld für alle
2855 ermöglichen. Dazu gehören eine Ausweitung der Wohnraumberatung und die Unter-
2856 stützung von älteren Menschen bei Organisation und Finanzierung ihres Bedarfs. Für die
2857 Einrichtungen des betreuten Wohnens wollen wir eine unabhängige Schiedsstelle, die
2858 dafür sorgt, dass Menschen, die sich für diese Wohnform entscheiden, ihre Rechte wahr-
2859 nehmen können, wenn ihre Kräfte nachlassen.

2860

2861 Derzeit ist „betreutes Wohnen“, also Wohnen in einem seniorenrechtlichen Umfeld mit
2862 der Möglichkeit, bei Bedarf hauswirtschaftliche Dienstleistungen, Pflegedienste oder Es-
2863 sen auf Rädern anzufordern, kein geschützter Begriff. Um alte Menschen und ihre Ange-
2864 hörigen vor bösen Überraschungen zu bewahren, wollen wir erreichen, dass Mindestan-
2865 forderungen für Werbung mit diesem Begriff verbindlich festgelegt und kontrolliert
2866 werden.

2867

2868 **2. Altersgerechte Mobilität**

2869 Ein verlässlicher, regelmäßiger, barrierefreier und bezahlbarer Personennahverkehr
2870 muss die Mobilität verbessern, insbesondere im ländlichen Raum. Zusätzlich wollen wir
2871 ehrenamtliches und genossenschaftliches Engagement dabei unterstützen, eine Haus-
2872 zu-Haus-Mobilität sicherzustellen. Barrierefreie Fahrzeuge und beleuchtete, überdachte
2873 und mit ausreichend Sitzplätzen ausgestattete Haltestellen wollen wir zur Regel ma-
2874 chen.

2875

2876 **3. Kultur- und Bildungsangebote für Ältere**

2877 Lernen ist ein lebenslanges Bedürfnis, der Zugang zu Angeboten der Kultur und Bildung
2878 muss auch für die ältere Generation möglich sein. Dies betrifft Universitäten ebenso wie
2879 Volkshochschulen und Bibliotheken. Kurze Wege zu niedrigschwelligen Angeboten müs-
2880 sen durch eine angemessene Unterstützung und Förderung durch das Land ermöglicht
2881 werden. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen den barrierefreien und bezahlbaren
2882 Zugang zu allen Orten der Bildung, der Kultur und des Erinnerens gewährleisten.
2883 Ohne Weiterbildung auch im Alter ist eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und
2884 technischen Fortschritt nur schwer möglich. Die zukünftigen Assistenzsysteme in allen
2885 Lebensbereichen können leichter genutzt werden, wenn sich der Einzelne auch nach sei-
2886 nem Berufsleben entsprechend weiterentwickelt.

2887

2888 **4. Sicherheit älterer Bürgerinnen und Bürger gewährleisten**

2889 Kriminalität, die die Situation alter Menschen gezielt ausnutzt, ist besonders perfide. Wir
2890 werden Beratungsangebote und polizeiliche Schutzmaßnahmen in Bereichen verstär-
2891 ken, in denen Seniorinnen und Senioren gezielt zum Opfer von Verbrechen werden.

2892 **Mein Hessen von morgen ...**

2893 **... mit guter und erreichbarer Gesundheitsver-**
2894 **sorgung**

2895 Das Gesundheitswesen braucht eine gute Steuerung. Wir wollen, dass in Hessen nir-
2896 gendwo Unterversorgung droht. Gleichzeitig wollen wir auch örtliche Überversorgung
2897 vermeiden, um nicht notwendige Kosten für die Allgemeinheit zu verhindern, etwa
2898 durch eine bessere Krankenhausplanung. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig
2899 von ihrem Einkommen, Wohnort oder Alter Zugang zu einer optimalen medizinischen
2900 Versorgung bekommen.

2901 Wir werden ein auf die jeweiligen Regionen abgestimmtes Konzept zur Gesundheitsver-
2902 sorgung sicherstellen. Notwendig sind eine vollständige Überarbeitung der Bedarfsbe-
2903 messung, Kooperationen im Gesundheitsbereich, mehr Einfluss für die Kommunen, Ge-
2904 sundheitszentren/Nahversorgungszentren, Einsatz von besonders geschulten Pflege-
2905 fachkräften sowie E-Health, aber auch Motivation und Qualifikation der Studierenden in
2906 der Medizin, um sie für unterversorgte Regionen zu gewinnen.

2907 Armut macht krank, und Krankheit macht arm. In Deutschland leben arme Menschen
2908 über zehn Jahre kürzer als reiche Menschen, und sie sind länger krank. Wir werden die
2909 Möglichkeiten des Präventionsgesetzes nutzen und mit eigenen Projekten ergänzen, die
2910 die Gesundheitschancen benachteiligter Bevölkerungsteile spürbar verbessert.

2911

2912 **1. Ärztemangel auf dem Land angehen und überall erreichbare Versorgung sichern**

2913 Es gibt insgesamt mehr Medizinerinnen und Mediziner als jemals zuvor. Dennoch steht
2914 die medizinische Versorgung gerade auf dem Land vor erheblichen Herausforderungen.
2915 Viele junge Ärztinnen und Ärzte wollen im Ballungsgebiet oder im Angestelltenverhält-
2916 nis arbeiten.

2917 Nur jeder zweite Hausarzt findet derzeit einen Nachfolger für seine Praxis. Um die ge-
2918 gegenwärtige Versorgung zu halten, müssten mindestens doppelt so viele Fachärzte für
2919 Allgemeinmedizin ausgebildet werden. Wir setzen uns deshalb für die Schaffung weite-
2920 rer Medizinstudienplätze ein und für mehr Praxisanteile und eine verbesserte Verknüp-
2921 fung von Theorie und Praxis.

2922 Im bestehenden Gesundheitssystem werden Ärztinnen und Ärzte benachteiligt, die sich
2923 an Orten mit wenigen Privatpatienten niederlassen. Die aktuelle Trennung in privat und
2924 gesetzlich Versicherte verschärft somit das Problem der Unterversorgung in vielen Regi-
2925 onen. Wir setzen uns auf Bundesebene für einen Abbau der Zweiklassenmedizin und
2926 langfristig für die Einführung einer Bürgerversicherung ein.

2927 Einzige Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung ist die flächendeckende Sicherstel-
2928 lung der ärztlichen Versorgung, die nicht überall erfolgreich gelingt. Wir werden uns des-
2929 halb dafür einsetzen, dass den kommunalen Gebietskörperschaften ein vorrangiges

2930 Recht zur Übernahme vakanter Vertragsarztsitze mit dem Ziel der Einrichtung kommu-
2931 naler Versorgungsstrukturen zukommt. Damit kann Versorgung bedarfsgerecht gesteu-
2932 ert und es können familiengerechte, flexible Arbeitsplätze für Ärztinnen und Ärzte an-
2933 geboten werden.

2934 Wir unterstützen die Anstellung von Vertragsärztinnen und -ärzten oder von Ärztinnen
2935 und Ärzten in einem der medizinischen Versorgungszentren, in denen haus- und fach-
2936 ärztliche Versorgung angesiedelt werden können. Wir wollen daneben eine Förderung
2937 für Praxisübernahmen und neue Niederlassungen von Hausärzten im ländlichen Raum,
2938 wo Unterversorgung droht. Eine grundlegende Gesundheitsversorgung muss für jede
2939 und jeden gut erreichbar sein – überall in Hessen. So genannte „Gemeindeschwestern“
2940 oder „Versorgungsassistentinnen und Versorgungsassistenten“ können Hausärztinnen
2941 und Hausärzte erheblich entlasten und damit einen Beitrag zur Sicherstellung der ge-
2942 sundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum leisten. Diese besonders geschulten
2943 Fachkräfte übernehmen vielfältige Aufgaben für die individuelle Betreuung von Patien-
2944 tinnen und Patienten. Mit dem Konzept der qualifizierten Gemeindeschwester schaffen
2945 wir einen niedrighwelligen Zugang zur Gesundheitsversorgung und entlasten Haus-
2946 und Facharztpraxen. Dadurch wird die Erreichbarkeit verbessert und Wartezeiten wer-
2947 den verringert.

2948 Ergänzende Leistungen durch das E-Health werden immer wichtiger: Bis 2018 sollen
2949 Arztpraxen und Krankenhäuser flächendeckend an die Telematikinfrastruktur ange-
2950 schlossen sein. Damit besteht vor allem für ländliche unterversorgte Räume die Mög-
2951 lichkeit, ohne lange Wege für die Patienten auf Expertise von Fachärzten zurückzugrei-
2952 fen. Den wichtigen Arzt-Patienten-Kontakt können und wollen wir durch digitale Mög-
2953 lichkeiten aber nicht gänzlich ersetzen.

2954 Wir werden der besonderen Verantwortung des Landes für Akutkrankenhäuser als wich-
2955 tige Infrastruktureinrichtungen im ländlichen Raum gerecht.

2956

2957 **2. Krankenhausversorgung sinnvoll ordnen und Mindeststandards für Personalbe-** 2958 **setzung einführen**

2959 Wir brauchen eine vernünftige Krankenhausplanung durch das Land, um örtliche Über-
2960 bzw. Unterversorgung zu vermeiden.

2961 Wir werden mit verbindlichen Mindeststandards gegen den Personalmangel in Kranken-
2962 häusern und Pflegeheimen vorgehen. Um die Pflegeberufe attraktiver zu gestalten und
2963 die Qualität zu gewährleisten, wollen wir eine der Verantwortung angemessene Bezah-
2964 lung und gesetzlich festgelegte Mindeststandards für die Personalausstattung in Kran-
2965 kenhäusern und Pflegeeinrichtungen durchsetzen.

2966 Wir wollen den ambulanten und den stationären Bereich stärker verzahnen. Um dem
2967 Bedarf an medizinischen und pflegerischen Leistungen sowohl im stationären als auch
2968 im ambulanten Bereich entsprechen zu können, setzen wir uns für die verbesserte und
2969 engere Verzahnung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärztinnen und
2970 Ärzte und der stationären Versorgung im Krankenhaus ein.

2971 Für Patientinnen und Patienten ist der Unterschied zwischen ambulanten und stationären
2972 Anlaufstellen in Notfallsituationen nicht nachvollziehbar. Wir wollen deshalb die Zu-
2973 sammenlegung der Leitstellen für Rettungsdienste und die des ärztlichen Notdienstes
2974 forcieren.
2975

2976 **3. Hebammenversorgung und Geburtsnachsorge sicherstellen**

2977 Wir werden die Hebammenversorgung verbessern. Wir werden ein Hebammenregister
2978 erstellen, ein Konzept zur Beseitigung von Unterversorgung entwickeln, eine geeignete
2979 Versorgungsplanung einführen und für mehr Ausbildungsplätze für Hebammen und
2980 Entbindungspfleger sorgen, um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Insbe-
2981 sondere werden wir uns für eine Senkung der finanziellen Belastung der Hebammen
2982 durch Versicherungsbeiträge einsetzen.
2983 Hebammen sind Müttern und Kindern nicht nur während der Geburt eine verlässliche
2984 Stütze, sondern stellen vor allem in der Vor- und Nachsorge eine der wichtigsten An-
2985 sprechpersonen dar. Wir werden nicht zulassen, dass junge Familien nach der Geburt auf
2986 sich allein gestellt sind.

2987 **Mein Hessen von morgen ...**

2988 **... für Pflegebedürftige und ihre Familien**

2989 Viele Menschen pflegen ihre Angehörigen, andere sind auf Pflegeeinrichtungen und -
2990 dienste angewiesen. Wir wollen, dass Menschen, die Betreuungs- und Pflegeleistungen
2991 benötigen, im Alter gut versorgt sind und ihr Leben auch mit Pflegebedürftigkeit weit-
2992 gehend nach ihren Vorstellungen gestalten können. Gute Versorgung bedeutet für uns,
2993 dass Menschen, die krank sind und der Pflege bedürfen, nicht nur medizinisch und tech-
2994 nisch auf dem neuesten Stand, sondern vor allem auch mit menschlicher Zuwendung
2995 behandelt werden.

2996 Wir wollen Angebote schaffen, die die pflegenden Angehörigen entlasten und dafür sor-
2997 gen, dass die Pflege der jeweiligen Situation angepasst ist. Dazu gehören Wohnraumbe-
2998 ratung, Hilfen bei notwendigen Umbauten und ein passgenaues flexibles Pflegeange-
2999 bot.
3000

3001 **1. Dem Pflegefachkräftemangel entgegenwirken und Mindestpersonalstärken ein-**
3002 **führen**

3003 Eine der dringendsten Aufgaben, der sich eine SPD-geführte Landesregierung annehmen
3004 wird, ist die Abwendung eines sich weiter verschärfenden Fachkräftemangels in der
3005 Pflege. Nach aktuellen Schätzungen werden bundesweit im Jahr 2035 in Pflege- und Ge-
3006 sundheitsberufen rund 270.000 Fachkräfte fehlen. Wir wollen dazu beitragen, die At-
3007 traktivität des Pflegeberufs zu steigern, indem wir Arbeitsbedingungen verbessern, den
3008 bürokratischen Aufwand reduzieren, damit mehr Zeit für die Menschen bleibt. Wir wer-
3009 den die Einhaltung von Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und Arbeitszeiten forcieren und un-
3010 terstützen eine Bezahlung, die der Arbeitsbelastung und der Verantwortung von Pflege-
3011 kräften angemessen ist.

3012 Um die Arbeitsbelastung zu senken und die Qualität der Pflege zu verbessern, wollen wir
3013 verbindliche Mindestpersonalzahlen, differenziert nach Berufsgruppen und Qualifikati-
3014 onen sowie Erkrankungsschwere der zu versorgenden Patienten und Art der Station. Die
3015 Patientensicherheit steht nachweislich in direktem Zusammenhang mit der Personalbe-
3016 messung.
3017

3018 **2. Pflegestützpunkte und Service für pflegende Angehörige ausbauen**

3019 Wir wollen das Netzwerk hessischer Pflegestützpunkte dezentral ausbauen und weitere
3020 Angebote der Hilfe und Beratung für Angehörige schaffen, um die Unterstützung zu bie-
3021 ten, die sie zur Bewältigung des Alltags und zur Vereinbarung von Beruf und Pflege be-
3022 benötigen. Dazu gehören vor allem Betreuungs- und Entlastungsleistungen.

3023 Wir wollen einen Landespflegeplan zur Bestandserhebung, Bedarfsermittlung und Maß-
3024 nahmenrahmenplanung einführen, der die Grundlage für die Schaffung einer bedarfs-
3025 gerechten Infrastruktur mit wohnortnahen Versorgungsangeboten sein soll.
3026

3027 **3. Mehr Servicewohnen und ambulante Wohngemeinschaften für Pflegebedürf-**
3028 **tige**

3029 Wir wollen, dass das selbstbestimmte Leben auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit
3030 gewährleistet wird. Die meisten Seniorinnen und Senioren wollen in ihrem gewohnten
3031 Lebensumfeld bleiben. Dabei sind das vertraute Quartier und die städtische Integration
3032 von großer Bedeutung. Seniorinnen und Senioren brauchen nicht nur geeigneten und
3033 bezahlbaren Wohnraum, sondern auch eine begleitende Infrastruktur. Wir wollen des-
3034 halb die Vielfalt der Wohnraumangebote, wozu auch das Servicewohnen und ambu-
3035 lante Wohngemeinschaften gehören, fördern. Wir setzen uns für eine Differenzierung
3036 der verschiedenen Einrichtungen ein, um bestehende, aber auch neue Wohnformen wie
3037 Wohngemeinschaften und ambulante Hausgemeinschaften besser zu berücksichtigen
3038 und damit der Lebenswirklichkeit von älteren Menschen besser gerecht werden zu kön-
3039 nen.

3040 **Mein Hessen von morgen ...**

3041 **... für die Gleichberechtigung von Frauen und**
3042 **Männern**

3043
3044 Auch in Hessen ist die verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Frauen
3045 und Männern noch immer in vielen Bereichen nicht gesellschaftliche Realität. Frauen
3046 und Männer genießen im täglichen Leben zwar formal dieselben Rechte. Gesellschaftli-
3047 che, politische, wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheiten bestehen aber weiterhin.
3048 Für uns ist die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungs-
3049 prozessen eine der Grundbedingungen einer demokratischen Gesellschaft. Deswegen
3050 setzen wir uns für eine Änderung der Hessischen Verfassung ein, die beinhaltet, dass das
3051 Land, seine Gebietskörperschaften und andere Träger der öffentlichen Verwaltung die
3052 tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert
3053 und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt.

3054 Wir wollen eine emanzipative Frauenpolitik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen für
3055 Geschlechtergerechtigkeit sorgt. Deswegen bedarf es einer Überprüfung aller Gesetzes-
3056 initiativen nach Genderaspekten und einer geschlechtersensiblen Haushaltspolitik.
3057

3058 **1. Gleiche Aufstiegschancen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

3059 Wir wollen, dass Frauen genauso gut verdienen und nach gleichen Kriterien entlohnt
3060 werden wie ihre männlichen Kollegen. Frauen verdienen immer noch, auch in Hessen,
3061 wie der regionale Lohnatlas zeigt, weniger und sind in Führungspositionen unterreprä-
3062 sentiert. Häufig von Frauen ergriffene Berufe werden auch bei großer damit verbunde-
3063 ner Verantwortung schlechter honoriert als klassische Männerberufe. Aber auch bei glei-
3064 cher Arbeit verdienen Frauen im Durchschnitt weniger.

3065 Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die **Transparenz von**
3066 **Entgeltregelungen**, die in Unternehmen über 200 Beschäftigten gilt, auch auf klein- und
3067 mittelständische Betriebe erweitert wird.

3068 Wir unterstützen eine Aufwertung und bessere Entlohnung verantwortungsvoller Be-
3069 rufe, in denen vor allem Frauen tätig sind – so wollen wir die Eingangsbesoldung für das
3070 Grundschullehramt anderen Lehrämtern angleichen. Gleichzeitig wollen wir bereits in
3071 der Schule eine **Berufs- und Studienorientierung von jungen Frauen** fördern, die sie dabei
3072 unterstützt, klassische Geschlechterrollen bei der Berufswahl zu überwinden und für
3073 besser bezahlte naturwissenschaftlich-technische Fächer und Berufe und ebensolche
3074 Studiengänge zu sensibilisieren. Ein „Girls‘Day“ pro Jahr ist hierfür nicht hinreichend.

3075 Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, die Lohnkluft zwischen Männern und Frauen
3076 abzubauen.
3077

3078 2. Mehr Familienfreundlichkeit im Job hilft Männern und Frauen

3079 In der „Rushhour“ des Lebens, in der Berufstätigkeit mit der Betreuung von (Klein-)Kin-
3080 dern und/oder der Pflege von Angehörigen zusammentrifft, wollen viele Frauen und
3081 auch immer mehr Männer besonders eines: Flexibilität. Die Digitalisierung bietet dabei
3082 Chancen, die sowohl Arbeitnehmer/-innen als auch Arbeitgeber/-innen nutzen (kö-
3083 nen). Homeoffice oder Shared-office-Systeme sowie flexible Arbeitszeitmodelle erleich-
3084 tern es, Familienzeiten und Arbeitszeiten nach ihrem Bedarf über den Tag zu verteilen.
3085 Diese Möglichkeiten müssen nicht nur gesetzlich verordnet, sondern auch politisch ge-
3086 wollt und praktisch umgesetzt und reguliert werden. Hierfür setzen wir uns als SPD ein.
3087 Wir werden jedoch dafür Sorge tragen, dass die Erwerbsarbeit und Freizeit auch in fle-
3088 xiblen Modellen zeitlich klar voneinander abgrenzbar bleiben. Wir sind überzeugt, dass
3089 in Zeiten des demografisch bedingten Fachkräftemangels solche Modelle für Unterneh-
3090 men zunehmend attraktiv werden, um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu
3091 halten.

3092

3093 3. Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit

3094 Vor allem Frauen sind von der sogenannten Teilzeitfalle betroffen, das heißt, sie können
3095 nach einer Arbeitszeitreduzierung für die Familie nicht wieder in Vollzeit zurückkehren.
3096 Dies wirkt sich negativ auf Einkommen, Rente und soziale Absicherung aus. Wir wollen
3097 Frauen die Möglichkeit geben, die Planung über Karriere und Berufsleben selbst in die
3098 Hand zu nehmen.

3099 Wir wollen, das Recht gesetzlich verankern, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitar-
3100 beit auf die frühere Arbeitszeit zurückkehren zu können. Deswegen begrüßen wir, dass
3101 die SPD im Koalitionsvertrag der großen Koalition auf Bundesebene das Rückkehrrecht
3102 von Eltern in Vollzeit durchgesetzt hat. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich für
3103 eine möglichst schnelle und unbürokratische Umsetzung und für die Förderung flexibler
3104 Rückkehrmodelle, zum Beispiel durch Telearbeit, stark machen. Wir werden dazu beitra-
3105 gen, dass alle Eltern über ihre neuen Rechte informiert werden.

3106

3107 4. (Wieder-)Einstieg in die Erwerbstätigkeit

3108 Zunehmend mehr Frauen und auch Männer können von den Verbesserungen bei der El-
3109 ternzeit und bei der Pflege von Angehörigen nicht profitieren, da sie sich nicht in regulä-
3110 ren Arbeitsverhältnissen befinden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Regelungen der
3111 Bundesagentur für Arbeit besser an die Bedürfnisse dieser Menschen angepasst werden
3112 und vor allem, dass die Landesförderung für Wiedereinstiegsprogramme und -projekte
3113 deutlich ausgeweitet wird.

3114

3115

3116 5. Hessisches Gleichberechtigungsgesetz verbindlicher ausgestalten

3117 Wir wollen, dass der öffentliche Dienst Vorbild im Bereich der Gleichberechtigung ist.
3118 Wir wollen dazu ein wirkungsvolles Hessisches Gleichberechtigungsgesetz (HGIG). Die
3119 bisherigen Veränderungen am HGIG zeigen keine Wirkung. Es gibt nach wie vor Ministe-
3120 rien in der Landesregierung, die auf der Ebene der Abteilungsleiterstellen frauenfreie Zo-
3121 nen sind: das Innenministerium, das Wirtschaftsministerium und das Finanzministe-
3122 rium.

3123 Deshalb ist es notwendig, die Frauenbeauftragten zu stärken, sie angemessen auszu-
3124 stellen und ihnen starke Instrumente an die Hand zu geben, um Gleichberechtigung tat-
3125 sächlich durchsetzen zu können. Dafür müssen Sanktionsmöglichkeiten und Kontroll-
3126 mechanismen im HGIG festgeschrieben werden.

3127 Zudem treten wir für eine tatsächliche paritätische Gremienbesetzung und für die Aus-
3128 weitung des Geltungsbereichs des HGIG ein. Unter anderem soll der Geltungsbereich auf
3129 Unternehmen ausgeweitet werden, an denen das Land bzw. die Kommunen mehrheit-
3130 lich Anteilseigner ist.

3131

3132 6. Frauen in der Wissenschaft gleichstellen

3133 Obwohl der Anteil von Frauen an den Studierenden und im Mittelbau der Universitäten
3134 ständig gestiegen ist, sind sie im Bereich der Professuren an den Hochschulen in Hessen
3135 noch immer unterrepräsentiert. Auf Teilzeitstellen und befristeten Stellen sind Frauen
3136 deutlich überrepräsentiert. Wir werden die Wissenschaftslaufbahn durch bessere Ver-
3137 einbarkeit mit Familie attraktiver für weibliche Nachwuchskräfte machen und streben
3138 einen Frauenanteil von 50 % der Professuren an. Auf die Verankerung von Zielquoten bei
3139 Promotionen und Habilitationen werden wir hinwirken, um den Frauenanteil in diesem
3140 Bereich erkennbar zu erhöhen. Insgesamt wollen wir prekäre Arbeitsverhältnisse an
3141 Hochschulen ebenso wie befristete Arbeitsverträge zugunsten unbefristeter Stellen ab-
3142 bauen, davon profitieren mehrheitlich Frauen.

3143 Über 12.000 Menschen arbeiten an hessischen Hochschulen im nichtwissenschaftlichen
3144 Bereich, der überwiegende Teil davon sind Frauen. Ihre Fortbildungs-, Qualifizierungs-
3145 und Aufstiegsmöglichkeiten müssen von den Hochschulen geplant und dokumentiert
3146 und vom Land kontrolliert werden.

3147

3148 7. Frauenanteil in Führungspositionen erhöhen

3149 Wir wollen erreichen, dass Frauen gleichermaßen in Führungspositionen gelangen wie
3150 Männer. In einer Vielzahl von Unternehmen mit Beteiligung des Landes Hessen gibt es
3151 keine Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. In gerade einmal zehn von 47 Unterneh-
3152 men mit Landesbeteiligung gibt es Frauenförderpläne. Die Anzahl von Frauen in Auf-
3153 sichtsräten und Geschäftsführungen von Unternehmen mit Landesbeteiligung liegt
3154 zum Teil bei 0 Prozent. Das werden wir ändern und diesbezüglich eine Ausweitung des
3155 Geltungsbereichs des HGIGs vornehmen.

3156

8. Diskriminierung bekämpfen

3158 Frauen sind häufig Opfer von Diskriminierung. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Die
3159 Diskriminierung von Frauen muss auf allen Ebenen bekämpft werden. Wir wollen keine
3160 herabwürdigenden Frauenbilder in der Öffentlichkeit.
3161

9. Frauen im Alter unterstützen

3163 Ältere und hochbetagte Frauen sind besonders häufig von Altersarmut bedroht – eine
3164 direkte Folge jahrzehntelanger Benachteiligung im Berufsleben und daraus resultieren-
3165 der niedrigerer Rentenansprüche. Wir unterstützen die SPD auf Bundesebene bei der
3166 Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente, die Familien- und Pflegezeiten be-
3167 rücksichtigt. Gleichzeitig stärken wir durch mehr Gleichstellung im Berufsleben die Ren-
3168 tenansprüche zukünftiger Generationen.

3169 Auch im fortgeschrittenen Alter engagieren sich Frauen in Familie, Politik und Gesell-
3170 schaft. Dabei sind sie es, die häufig die unterstützenden Aufgaben wahrnehmen und im
3171 Hintergrund bleiben. Daraus ist erklärbar, dass bei allen Ehrungen, die das Land Hessen
3172 vergibt, allein bei der Pflegemedaille die Frauen die Mehrzahl der Geehrten darstellen.
3173 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass auch andere Kriterien für die Ehrungen des Landes
3174 berücksichtigt werden.
3175

10. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

3177 Unser Sozialstaat erwartet von jeder erwerbstätigen Person bis zum Rentenalter Er-
3178 werbstätigkeit. Dies setzt eine partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Männern
3179 und Frauen voraus. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss deshalb Angelegen-
3180 heit von beiden Elternteilen sein. Strukturen, die faktisch dazu führen, dass die Famili-
3181 entätigkeiten weiterhin den Frauen aufgebürdet werden und dafür sorgen, dass Er-
3182 werbsunterbrechungen (ob durch Kinder oder zu pflegende Angehörige), Teilzeitarbeit
3183 und Minijobs das Armutsrisiko bei Frauen erhöhen, müssen aufgebrochen werden.

3184 Wir setzen uns im Rahmen dieses Programms für zahlreiche Verbesserungen ein, die es
3185 Männern und Frauen erleichtern, Familie und Beruf zu vereinbaren. Dazu gehören der
3186 weitere Ausbau von Kinderbetreuung, die gebührenfreie Bildung von Anfang an in
3187 Krippe und Kita, ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Grundschulbereich so-
3188 wie mehr Entlastungsmöglichkeiten bei der Pflege von Angehörigen.
3189

3190

3191 11. Alleinerziehende stärken

3192 Alleinerziehende – zumeist Frauen – sind im alltäglichen Leben besonderen Schwierig-
3193 keiten ausgesetzt und verdienen daher besondere Unterstützung. Sie tragen ein sehr ho-
3194 hohes Armutsrisiko. Ausschlaggebend dafür ist oft, dass sich Betreuungszeiten an Kitas
3195 und Schulen nicht mit zur Verfügung stehenden Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten
3196 vereinbaren lassen. Hierfür wollen wir in Zusammenarbeit mit Kommunen und Jobcen-
3197 tern geeignete Möglichkeiten schaffen und Alleinerziehenden Vorrang bei der Auswahl
3198 von passenden Betreuungsangeboten und Schulen mit entsprechenden Angeboten ge-
3199 ben.
3200

3201 12. Zugewanderten Frauen Teilhabe ermöglichen

3202 Zugewanderte und geflüchtete Frauen sind in Deutschland oftmals in mehrfacher Hin-
3203 sicht benachteiligt. Wir werden diese Frauen deshalb gezielt fördern. Wir setzen uns da-
3204 für ein, dass alle Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können und am gesellschaft-
3205 lichen Leben teilhaben. Dazu gehören Sprachförderung sowie Aus- und Weiterbildung,
3206 Partizipationsangebote und Nachbarschaftsprojekte.
3207 Flüchtende Frauen und Kinder haben ein höheres Risiko, auf der Flucht von Gewalt be-
3208 troffen zu sein. Für traumatisierte Menschen müssen wir deshalb mehr Möglichkeiten
3209 der psychologischen und sozialpädagogischen Betreuung gewährleisten.
3210 Damit bestehende Bildungsangebote von geflüchteten und zugewanderten Frauen ge-
3211 nutzt können, muss es eine gute soziale Infrastruktur geben. Kostenfreie frühkindliche
3212 Bildung ist nicht nur für Kinder eine Integrationsvoraussetzung.
3213

3214 13. Frauen vor Gewalt schützen

3215 Frauen sind häufig Opfer von körperlicher, aber auch von psychischer Gewalt. Wir wollen
3216 die Situation der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen in Hessen verbessern. Sie
3217 sind Anlaufstellen für Betroffene, für Fachleute, für die Polizei und für die Sozialämter.
3218 Es bedarf aus unserer Sicht einer personellen und finanziellen Aufstockung sowie einer
3219 kontinuierlichen Erfassung der in Hessen zur Verfügung stehenden Frauenhausplätze
3220 und Frauenberatungsstellen. Dabei achten wir auf die Berücksichtigung der besonderen
3221 Situation von Frauen mit Migrationshintergrund und von Frauen mit Behinderung, in-
3222 dem wir für unabhängige Übersetzerinnen sowie fachlich geschulte Betreuerinnen und
3223 barrierefreie Frauenhausplätze und Beratungsstellen sorgen.
3224 Wir sehen Handlungsbedarf bei der Soforthilfe für Opfer von sexuellen Straftaten. Wir
3225 werden, aufbauend auf die bereits durch die Frauennotrufe initiierten Programme in
3226 einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten, eine flächendeckende Ausweitung der Sofort-
3227 hilfe unterstützen.
3228
3229

3230 **14. Mehr Frauen in politische Verantwortung**

3231 Wir brauchen mehr Frauen in der Politik, auch, um Frauenrechte besser durchsetzen zu
3232 können. Die SPD geht diesen Missstand mit der parteiinternen Frauenquote, aber auch
3233 mit Mentoringprogrammen zur Unterstützung von jungen Politikerinnen an. Wir wer-
3234 den gemeinsam mit den Kommunen Wege suchen und Modellprojekte anstoßen, um
3235 mehr Frauen nicht nur für Politik zu interessieren und begeistern, sondern auch Mög-
3236 lichkeiten zu schaffen, politisches Engagement mit anderen Verpflichtungen vereinba-
3237 ren zu können.

3238 **Mein Hessen von morgen ...**

3239 **... mit innovativer Wissenschaft und Forschung**

3240 Hessen braucht wieder eine durchdachte Hochschulentwicklungsplanung.

3241 Gute Hochschulen bieten Raum für die persönliche Entwicklung der Studierenden. Sie
3242 sind neben der dualen Ausbildung einer der beiden Hauptwege zu einer qualifizierten
3243 Bildung. Daneben sind die Hochschulen mit grundlegender und angewandter Forschung
3244 eine gesellschaftliche Antriebskraft für Innovationen. Wir treten für eine transparente,
3245 plurale, kritisch-reflexive Wissenschaft ein.

3246 Wir wollen, dass unsere Studierenden nicht nur eine wissenschaftlich begründete beruf-
3247 liche Qualifizierung erhalten, sondern dass sie eine umfassende Persönlichkeitsbildung
3248 erfahren und dass kritische Reflexion sowie Selbstreflexion und die Entfaltung möglichst
3249 vieler Talente gefördert werden.

3250 Problematisch ist die Tatsache, dass die zu erwartende Zahl der Hochschulabsolventen
3251 geringer ist als der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in Hessen – das wollen wir
3252 ändern.

3253

3254 **1. Hochschulen eine stabile und tragfähige Finanzgrundlage zurückgeben**

3255 Es ist eine der zentralen Aufgaben eines Bundeslandes wie Hessen, die Rahmenbedin-
3256 gungen für gute Bildung herzustellen. Dieser Aufgabe ist die CDU-geführte Regierung
3257 nur in Grenzen nachgekommen. Sie hat inzwischen zwar wie die anderen Bundesländer
3258 die Finanzmittel für die Hochschulen erhöht, um den steilen Anstieg der Studierendenzahl
3259 abzufedern. Allerdings ging das zulasten der Qualität des Studiums. So ist die Anzahl
3260 der Studierenden pro Lehrkraft steil angestiegen und damit gute Lehre und Betreuung
3261 schwieriger geworden. Finanziell wird dieser Sachverhalt in den weiter sinkenden
3262 Ausgaben pro Studierendem deutlich. Das wollen wir schrittweise korrigieren.

3263 Wir werden die Planbarkeit der Hochschulfinanzen erhöhen, indem wir die verlässliche
3264 Grundfinanzierung gegenüber den sonstigen Finanzierungsanteilen stärken werden.
3265 Alle Studierenden, die nicht mehr als zwei Semester über der Regelstudienzeit sind, müs-
3266 sen in die Finanzierung einbezogen werden. Langfristig muss die Mittelberechnung an
3267 die in der Realität entstehenden Kosten angepasst werden. Damit wollen wir die Quali-
3268 tät an den Hochschulen langfristig sichern. Wir wollen erreichen, dass die Betreuungs-
3269 relationen zwischen Lehrenden und Studierenden langfristig auf ein verantwortbares
3270 und international vergleichbares Maß gesenkt werden.

3271 Ein weiteres Vorhaben ist die Verstetigung der Mittel zur Qualitätsverbesserung und
3272 ihre Anpassung an die gestiegenen Studierendenzahlen. Wir wollen weiterhin eine ver-
3273 lässliche Finanzierung im Hochschulbau und diese auf der Grundlage einer landesweiten
3274 Hochschulentwicklungsplanung fortschreiben. Mit einer Fortschreibung des Programms
3275 LOEWE gewährleisten wir eine stabile Forschungsförderung.

3276 Wir werden prüfen, ob kleinere Bauprojekte bei entsprechender Mittelausstattung von
3277 den Hochschulen selbst geplant und durchgeführt werden können und ob sie so schnell-
3278 ler und bedarfsgerechter realisierbar sind.

3279 Wir werden unsere bundespolitischen Möglichkeiten einsetzen, um das Kooperations-
3280 verbot komplett zu beseitigen und eine ausreichend dotierte Fortschreibung des Hoch-
3281 schulpakts 2020 zu erreichen. Die dafür bislang nur bis 2020 zur Verfügung stehenden
3282 Landesmittel werden wir in einem ersten Schritt verstetigen.
3283

3284 **2. Digitalisierung der Hochschulen unterstützen**

3285 Wir werden die Digitalisierung der Hochschulen unterstützen. Nach dem derzeitigen
3286 Stand der Erfahrung entscheidet eine konsistente Hochschulstrategie über Erfolg oder
3287 Misserfolg eines Digitalisierungsprozesses. Eine solche Strategie ist auch die Grundlage
3288 für einen effektiven Ressourceneinsatz. Wir werden deshalb die Entwicklung bezie-
3289 hungsweise Weiterentwicklung von Digitalisierungsstrategien einschließlich der Finan-
3290 zierung von Beratungsleistungen unterstützen. Dabei setzt die SPD im Bereich der Lehre
3291 auf „blended learning“ als hochschuldidaktisch leistungsfähiges Konzept. In diesem
3292 Konzept ergänzt digitales Lernen die bisherigen Angebote, aber es ersetzt sie nicht. Da-
3293 bei darf es nicht darum gehen, Arbeitsplätze einzusparen, sondern die Arbeit an den
3294 Hochschulen zu unterstützen. Parallel dazu müssen wir noch mehr dafür tun, dass sich
3295 neue Erkenntnisse rascher und leichter verbreiten. Ein zentraler Baustein hierfür ist der
3296 freie Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen über das Internet.

3297 In Hochschulpaketverhandlungen müssen der Aufbau und Betrieb digitaler Infrastruktur
3298 einen eigenen Rahmen erhalten ebenso wie eine gemeinsame Finanzierung für Ange-
3299 bote, die über den Rahmen einer Hochschule hinausgehen wie z.B. das Streaming von
3300 Vorlesungen.
3301

3302 **3. Außeruniversitäre Forschung**

3303 In 39 außeruniversitären Forschungseinrichtungen, unter anderem der Max-Planck-Ge-
3304 sellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft, zeigt sich Hessens
3305 Forschungsvielfalt. Hervorzuheben sind dabei die Hessische Stiftung Friedens- und Kon-
3306 fliktforschung, die unter immer neuen Aspekten Konflikte untersucht und Lösungsvor-
3307 schläge unterbreitet, das Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrum, ge-
3308 meinsam mit dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) und der Goethe-Uni-
3309 versität gegründet, das Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtech-
3310 nik IWES und das innovative neue Max-Planck-Institut für empirische Ästhetik. Zusam-
3311 men mit den anderen Instituten zeigen sie, was interdisziplinäre Forschung zu leisten
3312 vermag und haben dabei unsere Unterstützung. Gemeinsam mit den Instituten und den
3313 Hochschulen wollen wir das Zusammenwirken von universitärer und außeruniversitärer
3314 Forschung verbessern.
3315

3316 **4. Klare Transparenzregeln für drittmittelfinanzierte Forschung**

3317 In Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Landtag sollen Regeln für die Annahme
3318 und Durchführung von Drittmittelforschung vereinbart werden. Sie sollen dafür sorgen,
3319 dass die Forschungsziele offengelegt, die Finanzierung der Projekte und die Verwertung
3320 ihrer Ergebnisse transparent gestaltet werden. Die Universitäten geben sich in eigener
3321 Verantwortung Zivilklauseln zum Ausschluss von militärischer Forschung.
3322

3323 **5. Produktive Forschung stärker in Verbindung mit guter Lehre fördern**

3324 Für die SPD sind Forschung und Lehre gleichrangig und gleichwertig. Wir wollen sie stärker
3325 als bisher verzahnen. Um forschendes Lernen überall zu ermöglichen, muss nicht nur
3326 die Lehre an den Hochschulen kontinuierlich verbessert, sondern auch die Forschung ein-
3327 schließlich der dafür nötigen Infrastruktur gestärkt werden.

3328 Spitzenforschung und die damit verbundenen Forschungsschwerpunkte wollen wir
3329 nachhaltig fördern, besondere Leistungen in der Lehre honorieren. Zur Verbesserung der
3330 Lehre an den Hochschulen werden wir die Hochschuldidaktik stärken und sie zu einem
3331 festen Bestandteil der Ausbildung für eine Hochschullaufbahn machen.

3332 Die an einzelnen Hochschulen bereits entwickelten Qualitätssicherungssysteme für Pro-
3333 motionen sollen miteinander abgestimmt und zu einem gemeinsamen Konzept weiter-
3334 entwickelt werden.

3335 Wir bleiben beim eigenständigen Promotionsrecht der Hochschulen für angewandte
3336 Wissenschaften (ehemalige Fachhochschulen). Darüber hinaus wollen wir die Verbesse-
3337 rung von Möglichkeiten für kooperative Promotionen von diesen Hochschulen mit Uni-
3338 versitäten erreichen. Für alle geeigneten Studierenden wollen wir einen Zugang zur Pro-
3339 motion ermöglichen.

3340 Gute Lehre und gute Forschung brauchen eine gute Infrastruktur. Bibliotheken, Vorle-
3341 sungsfolien und Skripte sollen leicht zugänglich sein. Dazu gehört eine gute Bausub-
3342 stanz, schnelles und kostenloses Internet, ausreichend Arbeitsplätze in Hörsälen, Labo-
3343 ren und Bibliotheken und der Zugang zu elektronischen Zeitschriften und Büchern. Auch
3344 ausreichend Druckmöglichkeiten zum fairen Preis, gut ausgestattete Bibliotheken, aktu-
3345 elle Fachliteratur und genügend Lehrbücher auch zur Ausleihe müssen vorhanden sein.
3346 Mit dem schrittweisen Aufbau eines Infrastrukturbudgets wollen wir uns für diese Ver-
3347 besserungen starkmachen.

3348 Damit die Wissensvermittlung weiterhin gesichert wird, wollen wir, dass Studierende im
3349 Rahmen ihres Studiums Unterrichtstexte an Hochschulen digital nutzen dürfen.

3350 In vielen geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern gibt es eine hohe
3351 Pluralität an Lehrmeinungen. Wir werden in einen Dialog mit den hessischen Hochschu-
3352 len darüber eintreten, wie wir diese wissenschaftliche Pluralität besser in den Hochschu-
3353 len abbilden, sodass die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit gestärkt und das Studien-
3354 angebot verbreitert wird.

3355 Wir wollen anregen, dass die Hochschulen Studiengänge einrichten, die für die Studie-
3356 renden später breitere Berufsfelder als bisher eröffnen. Hoch spezialisierte Masterstudi-
3357 engänge sollen auch in Kooperation von mehreren Hochschulen eingerichtet werden
3358 können.
3359

3360 **6. Die Hochschullehre bei der Öffnung nach außen unterstützen**

3361 Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, langfristig ein bezahlbares breites Wei-
3362 terbildungsangebot in Berufen mit akademischer Bildung anzubieten. Unser Ziel ist es,
3363 die akademische Weiterbildung im Erwerbsleben zu stärken und die Transferzeiten von
3364 akademischem Fortschritt in die berufliche Praxis zu verkürzen.
3365

3366 **7. Frauen in der Wissenschaft gleichstellen**

3367 Die SPD setzt sich für gleiche Chancen für Männer und Frauen ein. Frauen sollen nicht
3368 nur gefördert werden, sie sollen auch ermutigt werden, in Wissenschaft und Forschung
3369 zu bleiben. Langfristig wollen wir einen Gleichstand von Professorinnen und Professoren
3370 erreichen. Dazu gehört auch ein Umgang mit Berufungen, der diesem Ziel verbindlicher
3371 Rechnung trägt, und ein Programm zur Förderung von Professorinnen. Auf die Veranke-
3372 rung von Zielquoten bei Promotionen und Habilitationen werden wir hinwirken, um den
3373 Frauenanteil in diesem Bereich erkennbar zu erhöhen.
3374

3375 **8. Wissenschaft und Hochschulbesuch für alle ermöglichen**

3376 Wir wollen eine Hochschule für alle und streben einen Hochschulsozialpakt an. Neben
3377 materiell ausreichenden Bedingungen muss es auch Unterstützung durch Beratung, Be-
3378 treuung und durch nach Lebenssituation differenzierte offene und flexible Bildungsan-
3379 gebote geben. Dazu gehört die Unterstützung für mehr Frauen in der Wissenschaft, Stu-
3380 dierende, die in ihrer Familie als Erste studieren und Studierende mit chronischen oder
3381 psychischen Erkrankungen, familiengerechte Regelungen in allen Studiengängen und
3382 der Hochschullaufbahn und die besondere Förderung von ausländischen Studierenden
3383 und Studierenden mit Behinderung.

3384 Die SPD will familienfreundliche Hochschulen, die attraktiv sind für Studierende, den
3385 wissenschaftlichen Nachwuchs sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für
3386 Lehrende sowie Forschende.

3387 Wir setzen uns für eine flexible Studiengestaltung ein, die ein Teilzeitstudium sowie
3388 Maßnahmen zur familiengerechten Hochschule einschließlich einer integrierten Kinder-
3389 betreuung ermöglicht. Dazu gehören auch Studienangebote am Abend. Wir wollen ver-
3390 besserte Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch für Wissen-
3391 schaftler und Wissenschaftlerinnen und ihre Familien an Hochschulen schaffen. Dazu
3392 gehören z. B. Telearbeitsplätze und eine lebensphasenorientierte Arbeitsgestaltung.

3393 Wir begrüßen und unterstützen, wenn Hochschulen die aktuellen Erkenntnisse und De-
3394 batten jenseits von Studienangeboten und Forschungstransfer in öffentlichen Veran-
3395 staltungen und Diskussionsrunden einem breiteren Publikum zugänglich machen.
3396 Ausländische Studierende sind in Hessen willkommen. Wir werden für ausländische Stu-
3397 dierende keine zusätzlichen Hürden aufbauen und Studierende aus Migrantenfamilien
3398 gezielt fördern. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, geflüchteten Studie-
3399 renden und Akademikern möglichst schnell angemessene Angebote zur Förderung der
3400 Integration in den regulären Wissenschaftsbetrieb zu unterbreiten.
3401 Behinderten und chronisch kranken Studierenden soll das Absolvieren von Studien- und
3402 Prüfungsleistungen unter gleichwertigen Bedingungen wie nicht behinderten Studie-
3403 renden barrierefrei ermöglicht werden. Dabei sind studienzeitverlängernde Auswirkun-
3404 gen einer Behinderung in den Lehrordnungen zu berücksichtigen. An notwendigen Hilfs-
3405 mitteln oder Assistenzleistungen und dem Erbringen von Studien- und Prüfungsleistun-
3406 gen in einer anderen Form soll das Studium für diese Gruppe nicht scheitern.
3407 Der zunehmenden Heterogenität der Studienanfänger und -anfängerinnen wollen wir
3408 dadurch begegnen, dass wir die Hochschulen dabei unterstützen spezielle Orientie-
3409 rungsphasen einzurichten. Dazu gehören auch die rechtlichen und finanziellen Rahmen-
3410 bedingungen. Dabei wollen wir auf der einen Seite die Studienpioniere aus Familien, in
3411 denen noch nie jemand studiert hat, besonders unterstützen. Auf der anderen Seite wol-
3412 len wir in Kooperation mit IHK und Handwerkskammer auch Entscheidung für andere
3413 Berufswege ermöglichen.

3414

3415 **9. Innovation für Hessen durch Transfer von Konzepten, Ideen und Technologien**

3416 Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern, unter denen Forschungswissen, neue
3417 praktikable Ideen und Innovationen schnell ihren Weg in Gesellschaft, Wirtschaft und
3418 Technik finden. Neben der einer international wettbewerbsfähigen Ressourcenausstat-
3419 tung der Hochschulen brauchen wir dafür in Hessen angemessene Schnittstellen zwi-
3420 schen der Forschung in Praxis und der Praxis in Forschung. Hochschulen und Betriebe,
3421 gesellschaftliche Institutionen und Organisationen können von diesem Austausch pro-
3422 fitieren. Denn nicht nur gibt die Wissenschaft Anregungen für die Praxis. Auch umge-
3423 kehrt ist der Austausch mit der außeruniversitären Anwendungspraxis eine wichtige Er-
3424 kenntnisquelle für die Forschung. Wir wollen deshalb Beratung und Interaktion mit den
3425 Hochschulen und ihrem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld optimieren und
3426 ausbauen.

3427 Wir treten dafür ein, eine engere Kooperation von Grundlagenforschung, angewandter
3428 Forschung und Entwicklung in Hochschulen, Forschungseinrichtungen und den For-
3429 schungs- sowie Entwicklungsabteilungen von Unternehmen mit allen an der Forschung
3430 Interessierten zu diskutieren und zu vereinbaren. Dazu wollen wir eine regional- und
3431 strukturpolitisch begründete Landesforschungscoordination, die längerfristige Perspek-
3432 tiven eröffnet und für Synergie zwischen Grundlagenforschung anwendungsorientierter
3433 und Forschung und Entwicklung in der Wissenschaft und den Unternehmen sorgt.

3434 Wir werden einen hessischen **Forschungs- und Innovationsrat** einrichten, in dem Hoch-
3435 schulen, Parlament und gesellschaftliche Gruppen gemeinsam darüber beraten, wie For-
3436 schung Innovation in Gesellschaft und Wirtschaft vorantreiben kann. Dieser erhält einen
3437 begrenzten Etat zur Anschubfinanzierung von gemeinsam identifizierten Innovations-
3438 projekten und vergibt in diesem Rahmen Forschungsprojekte einschließlich des notwen-
3439 digen Personals. Die Projekte selbst werden an hessischen Hochschulen durchgeführt.
3440 Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung sind für die ganze Gesellschaft da. Dort, wo es
3441 angebracht ist, können sie auch über Patentierung und Lizenzierung einer Vermarktung
3442 zugunsten der Hochschulen zugeführt werden. Die hierfür in Hessen bestehenden Ein-
3443 richtungen werden wir unterstützen und konzeptionell in eine landesweite Struktur ein-
3444 binden.

3445

3446 **10. Ein Kodex für gute Arbeitsbedingungen an Hochschulen etablieren**

3447 Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Wissenschaftssystem.
3448 Dazu wollen wir einen Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen an Hoch-
3449 schulen und zum Schutz vor prekärer Beschäftigung – auch für studentische Hilfskräfte
3450 – einführen, der auch den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umsetzt.

3451 Wir werden uns dafür engagieren, dass der Anteil unbefristeter Arbeitsverhältnisse er-
3452 höht wird und Mindestvertragslaufzeiten eingehalten werden. Auf Bundesebene setzen
3453 wir uns für die Streichung der möglichen „sachgrundlosen Befristung“ von Arbeitsver-
3454 hältnissen ein. Außerdem werden wir die Möglichkeiten zur Entfristung der Lehrkräfte
3455 für besondere Aufgaben im Landesrecht novellieren. Den ständigen Druck zur Drittmit-
3456 telakquise, der auf vielen Beschäftigungsverhältnissen lastet, wollen wir durch eine bes-
3457 sere und verlässlichere Grundausrüstung der Hochschulen senken.

3458

3459 **11. Die demokratische Hochschule stärken**

3460 Wir wollen die demokratische Hochschule. Wir werden die **demokratisch direkt legiti-**
3461 **mierten Gremien der Hochschulen stärken** und den Hochschulrat im Gegenzug auf eine
3462 rein beratende Funktion zurückführen. Dort, wo es rechtlich möglich ist, werden wir die
3463 Mitwirkungsmöglichkeiten der Studierenden ausbauen.

3464 Wir bleiben bei der Verfassten Studierendenschaft und werden diese – im Hinblick auf
3465 die politische Bildung der Studierenden – wieder mit einem allgemeinpolitischen Man-
3466 dat ausstatten. Eine Koppelung von Wahlbeteiligung und Finanzierung der Verfassten
3467 Studierendenschaft lehnen wir ab, da die Aufgaben der ASTen unabhängig von der Wahl-
3468 beteiligung festgeschrieben sind.

3469

3470

3471 **12. Duales Studium ausbauen**

3472 Wir wollen das duale Studienkonzept weiterführen und passgenaue Studienangebote
3473 insbesondere für das Gesundheit- und Pflegewesen sowie die soziale Arbeit schaffen.
3474 Wir unterstützen regionale Lösungen auch mit anderen Studienangeboten durch enge
3475 Kooperation mit Landkreisen, Gemeinden und Partnerunternehmen. Wir setzen uns da-
3476 für ein, dass die Dachmarke „Duales Studium“ fortgeführt werden, dass Rahmenbedin-
3477 gungen angeglichen werden, dass eine noch höhere soziale Durchlässigkeit dualer Stu-
3478 diengänge ermöglicht wird. Wir wollen erreichen, dass Praxis und Theorie im Studium
3479 noch besser verzahnt werden.
3480

3481 **13. Künstlerische Hochschulen als besonderes Element der Hochschullandschaft an-**
3482 **erkennen**

3483 Wir sind uns der besonderen Struktur der künstlerischen Hochschulen bewusst und wol-
3484 len in einer umfassenden Bestandsaufnahme die Basis dafür legen, dass mit dieser be-
3485 sonderen Struktur angemessen umgegangen wird. Dazu gehört ein angemessenes Kon-
3486 zept für die Beschäftigung der Vielzahl der Lehrbeauftragten ebenso wie eine Unterstüt-
3487 zung der Forschung im künstlerischen Bereich.
3488

3489 **14. Dem Parlament mehr Verantwortung für die Hochschulpolitik geben**

3490 Damit die Politik ihrer Verantwortung für eine gute Bildung gerecht werden kann, wol-
3491 len wir die Steuerungsmöglichkeiten des Hessischen Landtags in der Hochschulpolitik
3492 stärken. Hierfür brauchen wir eine neue Art von Zielvereinbarungen, in denen der Land-
3493 tag Eckpunkte beschließt, die dann von der Landesregierung in konkrete Vereinbarun-
3494 gen umgesetzt werden. Dabei bleibt es für uns bei der eingespielten Balance zwischen
3495 gesellschaftlicher Verantwortung für Bildung und der Autonomie der Hochschulen.

3496 **Mein Hessen von morgen ...**

3497 **... mit einer produktiven und kreativen Kultur-**
3498 **landschaft**

3499

3500 Unsere hessische Kultur ist geprägt durch das fruchtbare Nebeneinander von geistig-
3501 künstlerischem Erbe und Modernität sowie von regionalen Traditionen und einer welt-
3502 offenen internationalen Szene. Wir sehen die Aufgabe von Kulturpolitik in Hessen darin,
3503 dieses vielfältige Spektrum auf anspruchsvollem Niveau zu erhalten und zu fördern, ge-
3504 meinsam mit den vielfältigen regionalen und kommunalen Kulturangeboten.

3505

3506 Unsere Ziele sind:

- 3507 • die Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen von Künstlerinnen und
3508 Künstlern,
- 3509 • die Sicherung der Entwicklungsmöglichkeiten kultureller Einrichtungen und
3510 • die Teilhabe an der Kultur für alle.

3511

3512 Unser Leitbild ist geprägt durch Offenheit gegenüber allen Äußerungsformen der Krea-
3513 tivität, die Verteidigung der Freiheit der Kunst und Gesprächsbereitschaft gegenüber
3514 Künstlern und kulturellen Einrichtungen.

3515 Kunst ist ein menschliches Grundbedürfnis. Wir fördern die Vernetzungen der Kunst mit
3516 der Bildung, mit humanen und geistigen Idealen, mit dem Begriff eines ganzheitlichen
3517 aufgeklärten Menschenbildes, mit Motiven der Identität und der Orientierung. Dazu ge-
3518 hört auch die Befähigung zum freien Denken, zum Dialog, zur kritischen Analyse, zum
3519 Umdenken.

3520 Neben geistiger Produktivkraft sind Kunst und Kultur zudem ein nicht zu unterschätzen-
3521 der Wirtschaftsfaktor, dem wir mehr politische Aufmerksamkeit geben wollen. Auf Bun-
3522 desebene muss die rechtliche Absicherung künstlerischer Leistungen (Urheberrecht, Fol-
3523 gerecht) verbessert und das Engagement von Mäzenen erleichtert werden. Auf Landes-
3524 ebene hingegen könnte eine Art künstlerischer Tarifvereinbarungen für gerechte Hono-
3525 rare sorgen.

3526 Digitalisierung ist für Kultur- und Gedächtnisinstitutionen essenziell in vielen Bereichen,
3527 von der Archivierung über Präsentation und Zugänglichkeit bis zur Pädagogik. Das Land
3528 Hessen fördert Wachstum und Austausch bei Innovation und Kompetenz in diesem Be-
3529 reich durch eine landeseigene Koordinierungsstelle.

3530 1. Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen

3531 Die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen stellt für die hessische SPD einen
3532 besonderen Schwerpunkt unserer Kulturpolitik dar. **Kulturelle Bildung bedeutet gesell-**
3533 **schaftliche Teilhabe.** Sie fördert die Entwicklung der Persönlichkeit und trägt somit zur
3534 sozialen Gerechtigkeit bei. Kulturelle Bildung als Bildungserlebnis soll immer auch das
3535 Selbermachen und die Selbsterfahrung einbeziehen.

3536 Wir wollen die Leselust fördern, die Kompetenz wecken, sich kreativ und künstlerisch
3537 auszudrücken, den Spaß und die Auseinandersetzung mit Theater und Tanz und das Ver-
3538 ständnis für die Filmsprache ermöglichen.

3539 Museen sind wichtige Orte der Vermittlung kultureller Bildung. In den Museen des Lan-
3540 des Hessen müssen die museumspädagogischen Aktivitäten verstärkt und gegebenen-
3541 falls neu konzeptioniert werden.

3542 Wir wollen die kulturelle Bildung in Schulen, in der außerschulischen Jugendbildung und
3543 Jugendkulturarbeit sowie in den Kultureinrichtungen des Landes zu einem zentralen
3544 Handlungsfeld machen, durch gezielte Projekte und Programme den Ausbau forcieren
3545 und die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen an kulturellen Angeboten ermöglichen.
3546 Daher sollen Kunst, Musik und Darstellendes Spiel als Schulfächer gestärkt werden.

3547 In echten Ganztagschulen bestehen die notwendigen Voraussetzungen für eine vielfäl-
3548 tige kulturelle Förderung und den Austausch mit der Kulturszene vor Ort. Wir unterstüt-
3549 zen auch die außerschulische kulturelle Jugendarbeit, wie sie in den vielfältigen kultu-
3550 rellen Zentren, Projekten und Vereinen und den Theatern in Hessen stattfindet.

3551 Die Förderung des Kinder- und Jugendtheaters an den Theatern, die staatliche Unter-
3552 stützung erhalten, wollen wir verbindlich machen. Die SPD will einen „Innovationsfonds
3553 Kultur“ einrichten, in dessen Rahmen sich Kultureinrichtungen mit Projekten im Bereich
3554 der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche bewerben können.
3555

3556 2. Theaterförderung

3557 Hessen hat mit seinen drei Staatstheatern und den Landestheatern in Gießen und Mar-
3558 burg sowie den Theaterhäusern in Frankfurt eine reiche Theaterlandschaft, die wir er-
3559 halten wollen.

3560 Die hessische SPD will ein neues Modell der Finanzierung der Staats- und Landestheater
3561 prüfen. Dazu wollen wir eine neue, gemeinsam vom Land und von der kommunalen
3562 Seite getragene Finanzierung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs entwi-
3563 ckeln, die Verträge mit den Theatersitzstädten neu fassen und für eine neue Planungs-
3564 kultur sorgen.

3565 Neben und mit den staatlichen und staatlich geförderten Theatern und den Theatern
3566 und Gruppen der freien Szene wollen wir in einem Theaterlabor Produktionsformen ent-
3567 wickeln, die mit kleinen Apparaten und ohne festes Ensemble eigene Stücke erproben.
3568 Theaterlabore wollen wir mit den Hochschulen entwickeln, an denen Theaterwissen-
3569 schaften gelehrt wird. Die Hessische Theaterakademie sollte in diesen Prozess einbezo-
3570 gen werden.

3571 3. Museen in Hessen

3572 Unsere Museen sind Orte der Kunst, des kulturellen Gedächtnisses, der Naturkunde und
3573 der Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur. Hessen hat eine reiche Museumsland-
3574 schaft, die von einem hervorragenden Niveau im öffentlichen wie auch im privaten Be-
3575 reich geprägt ist.

3576 Eine konzeptionelle Verdichtung und Profilierung ist insbesondere für die staatlichen
3577 Museen geboten.

3578 Die Attraktivität der nicht staatlichen Museumseinrichtungen wollen wir mit der Bereit-
3579 stellung notwendiger Investitionsmittel erhalten. Die finanziellen Mittel dafür sollen in
3580 Absprache mit den Kommunen und Gemeinden über den kommunalen Finanzausgleich
3581 wie auch über den Hessischen Museumsverband bereitgestellt werden.

3582 Die SPD will die Stärkung der Museumskultur in den hessischen Regionen und eine ak-
3583 tive Museumspädagogik. Dazu muss der Hessische Museumsverband ertüchtigt wer-
3584 den.

3585 Wir werden einen Landesmuseumsbeirat einrichten, der nach künstlerischen Gesichts-
3586 punkten für besondere Projekte sowie Profilbildung und internationale Kooperationen
3587 im Feld der Moderne die Gegenwartskunst vorantreibt.

3588 Um deutlicher als bisher Stärken des kulturellen Gedächtnisses der einzelnen Museen
3589 herauszuarbeiten und zu vermitteln, ist ein angemessenes Budget für den kontinuierli-
3590 chen Sammlungsausbau bereitzustellen. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Er-
3591 schließung der Sammlungsschwerpunkte, wenn möglich in Kooperation mit Hochschu-
3592 leinrichtungen. Von diesen Schwerpunkten aus sind nationale und internationale Brü-
3593 cken zu schlagen.

3594

3595 4. Soziokultur und regionale Kulturförderung in Hessen

3596 Soziokultur bringt Kultur in die Fläche und in das Alltagsleben aller Bevölkerungsgrup-
3597 pen, etwa durch Kulturgruppen, soziokulturelle Zentren, Kunstschulen, freie Theateren-
3598 sembles, kulturelle Kinder- und Jugendarbeit, Interkulturprojekte oder Stadtteilkultur-
3599 arbeit. Damit ist sie ein wichtiger Beitrag zur Bereitstellung eines Angebots „Kultur für
3600 alle“ und fördert Integration, Bildung und Zusammenhalt. Soziokultur ist damit sowohl
3601 eine kommunale als auch eine landespolitische Aufgabe.

3602 Die SPD Hessen strebt eine Drittelfinanzierung zwischen Land, Kommunen und eigenen
3603 Einnahmen der soziokulturellen Einrichtungen in Hessen an. Mittelfristig ist eine Ver-
3604 doppelung der Zuwendungen anzustreben. Wir wollen einen Fonds für Gesellschafts-
3605 kultur für besondere Produktionen, Projekte, Veranstaltungsreihen und Kunstaktionen
3606 einrichten.

3607 Die regionale Kulturförderung und die Förderung der Heimat- und Brauchtumpflege
3608 werden in ihren Förderkriterien überprüft. Die SPD will den internationalen Kulturaus-
3609 tausch intensivieren.

3610 Wir wollen einen Beitrag des Landes zur besseren Zusammenarbeit im Kulturbereich in
3611 der Rhein-Main-Region, aber auch in Nord-, Mittel- und Südhessen leisten. Wir setzen

3612 dabei nicht auf Zwang, sondern auf Kooperation. Die regionalen Kultursommer sind für
3613 uns wichtiger Bestandteil der Förderlandschaft des Landes Hessen.
3614

3615 **5. Kultur- und Kreativwirtschaft in Hessen**

3616 Kreativität und Innovationen sind Treibmittel für wirtschaftliche Entwicklung. Wir ha-
3617 ben eine prosperierende Kultur- und Kreativwirtschaft in unserem Land. Diese gilt es,
3618 durch das Land verlässlich zu unterstützen und zu fördern. Wir wollen für die starke Ga-
3619 mes- und Software-Branche eine Förderung neuer Technologien, in Anlehnung an Nord-
3620 rhein-Westfalen und Bayern, im Dialog mit der Branche einführen.

3621 Hessen hat eine starke Designwirtschaft. Diese werden wir weiter unterstützen und den
3622 Austausch mit weiteren Wirtschaftsbereichen fördern. Besondere Bedeutung haben für
3623 uns die Beratungszentren. Die bisherige reine Projektförderung von Hessen Design e.V.
3624 und dem Rat für Formgebung werden wir um eine institutionelle Förderung erweitern.
3625

3626 **6. Ein neuer Aufbruch für den Film in Hessen**

3627 Die SPD will die kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung in Hessen profilieren und
3628 für die Institutionen des Films in Hessen gute Bedingungen schaffen. Als Filmland bleibt
3629 Hessen vor allem geprägt durch die nachhaltige Arbeit der hier ansässigen traditionellen
3630 Institutionen und Verbände der Filmwirtschaft und der Filmkultur.

3631 Trotz der neu konzeptionierten Film und Medien GmbH ist es nach deren Startphase
3632 nicht gelungen, die hessische Filmförderung auf Augenhöhe mit anderen Bundeslän-
3633 dern zu bringen; trotz vereinzelter künstlerischer und wirtschaftlicher Erfolge weist die
3634 hessische Produktionslandschaft in der Struktur weiter erhebliche Defizite auf.

3635 Wir wollen die hessische Produktionsstruktur in allen Sparten stärken, dort den Nach-
3636 wuchs unterstützen und zusätzliche Abspielmöglichkeiten für hessische Filme erschlie-
3637 ßen. Auch wollen wir mit geeigneten Projekten eine stärkere Aufmerksamkeit für die
3638 Filmszene in Hessen erreichen. Dazu sollen in Absprache mit den bestehenden Instituti-
3639 onen in Hessen von DIF und Murnau-Stiftung über Hessenfilm bis zu Filmhaus und Film-
3640 büro geeignete Vorschläge entwickelt und umgesetzt werden. Wir wollen dabei auch
3641 den verloren gegangenen Dialog mit Filmbranche und Filmszene reaktivieren.

3642 Wir werden Aufbruch und Ansiedlung junger Unternehmen deutlich stärken und in ei-
3643 nem Filmhaus Hessen eine Arbeits- und Begegnungsstätte für Film-Start-ups mit unter-
3644 stützendem Back-Office und Beratungsangeboten einrichten. Die Arbeit der Film- und
3645 Medienakademie werden wir stabilisieren.

3646 Wir unterstützen die weitere Umwandlung der Filmförderung von einer Kreditförderung
3647 hin zu Zuschüssen verbunden mit einer schrittweisen Aufstockung der Mittel. Dabei
3648 wollen wir die Servicequalität und die Transparenz der Förderung verbessern. Unter an-
3649 derem sollen bei der Förderung vereinfachte Antragstellung und Bagatellgrenzen für
3650 kleinere Projekte in Produktion und Abspiel, für Kunstfilm bzw. Kinos & Festivals, die An-
3651 tragstellung erleichtern. Für die Festivals wollen wir eine einheitliche Vergabe durch eine

3652 Fachjury bei HessenFilm für jeweils 3 Jahre. Die inhaltliche Ausrichtung von HessenFilm
3653 wollen wir durch einen Beirat unterstützen.
3654

3655 **7. Musikförderung in Hessen**

3656 Wir werden möglichst allen Menschen im Land die Möglichkeit einer musikalischen Aus-
3657 bildung anbieten, sodass der Zugang zu musikalischer Bildung nicht vom Einkommen
3658 abhängt. Die Unterstützung des Landes bei der Beschaffung von Musikinstrumenten
3659 werden wir sicherstellen. Dazu gehört auch eine höhere Anerkennung für ehrenamtli-
3660 ches Engagement in diesem Bereich, unter anderem in den Konzertvereinen und den
3661 Chor- und Orchestergemeinschaften. Die Laienmusik bereichert nicht nur das kulturelle
3662 Leben und die Gemeinschaft in unseren Städten und Gemeinden. Auch zahlreiche spä-
3663 tere Profimusikerinnen und –musiker finden dort oft schon in der Kindheit ihren ersten
3664 Zugang zur Musik. Die Förderung des Landesmusikrats und seiner Mitgliedsverbände
3665 werden wir transparent gestalten und ausbauen.

3666 Wir wollen zum einen die professionelle und qualifizierte Ausbildung sowie auch die be-
3667 ruflichen Chancen von Orchestermusikern wie von Solisten in allen Bereichen der musi-
3668 kalischen Praxis, klassisch wie modern, sichern.

3669 Die SPD will, dass die öffentlichen Musikschulen insbesondere auch bildungsferne Fami-
3670 lien gezielt ansprechen. Hierfür sind die Grundlagen der Kooperation „Schule – Musik-
3671 schule“ deutlich zu verbessern. Dazu müssen die Musikschulen verbindlich gefördert
3672 und in ihrer Qualität gesichert werden. Zurzeit liegt der Anteil des Landes an deren Fi-
3673 nanzierung unter 5 %. Wir streben eine Drittelfinanzierung zwischen Land, Kommunen
3674 und aus Unterrichtsentgelten an, wie vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen
3675 Landkreistag gefordert.

3676 Die personelle Versorgung des Schulfachs „Musik“ mit dafür qualifiziertem Lehrpersonal
3677 ist derzeit unzureichend, wodurch eine umfassende musikalische Bildung vielerorts
3678 nicht möglich ist. Wir wollen das Fach Schulmusik durch mehr und gut qualifiziertes
3679 Lehrpersonal sicherstellen.
3680

3681 **8. Literatur**

3682 Wir setzen uns ein für die Förderung des literarischen Lebens. Wir unterstützen Autoren
3683 und Nachwuchsautoren, Veröffentlichungen und deren Bemühen, Publikum und Reso-
3684 nanz für ihre gestalterische Sichtweise und Verarbeitung zu finden.

3685 Der Hessische Literaturrat wird weiterhin in seiner Arbeit unterstützt und gefördert.

3686 Wir werden die Autorenstipendien auch unter der Mithilfe von Sponsoren ausweiten.
3687 Die großen hessischen Literaturpreise, insbesondere der Georg-Büchner-Preis, und die
3688 Arbeit der Akademie für Sprache und Dichtung verdienen unsere Förderung.

3689 Wir wollen, dass Literatur und Literaten einen Beitrag zur kulturellen Bildung an Schulen
3690 leisten. Es soll ein landesweiter Lesewettbewerb ausgeschrieben werden und während
3691 der Buchmesse „Hessen liest“ wieder stattfinden.

3692 Die öffentlichen Büchereien und Bibliotheken sollen abgestimmt mit der Förderung der
3693 Schulbibliotheken landesweit gefördert werden.

3694 Hessen braucht, wie andere Länder auch, ein Künstlerhaus, in dem Autor/-innen sowie
3695 bildende Künstler und Künstlerinnen sowie Musiker und Musikerinnen Residenzen ge-
3696 boten werden, die ihnen das schöpferische Arbeiten gewährleisten.

3697 Die hessische Landesvertretung in Berlin soll einmal im Jahr eine Leistungsschau des Li-
3698 teraturlandes Hessens, seiner Autoren und Verlage präsentieren. In Kooperation mit der
3699 Stadt Frankfurt wollen wir die Verlagslandschaft durch ein Haus der kleinen Verlage
3700 stärken.

3701

3702 **9. Denkmalpflege, historisches Erbe und Baukultur**

3703 Die Entwicklung und Pflege des historischen Erbes ist für die Identität des Landes Hessen
3704 von herausragender Bedeutung. Unsere Schlösser und Gärten, die Burgen und histori-
3705 schen Bauten unseres Landes gilt es zu erhalten.

3706 Die bewährte Arbeitsteilung zwischen dem Hessischen Immobilienmanagement (HI)
3707 und der Verwaltung Schlösser und Gärten (VSG) werden wir fortführen. Wir werden die
3708 wertvolle Arbeit des Netzwerks ehrenamtlicher Helfer im Bereich der Denkmalpflege
3709 unterstützen.

3710 Die Baukultur in Hessen wollen wir stärken und unterstützen, indem wir für öffentliche
3711 Bauten ein Fachgremium einrichten, das für „Kunst am Bau“ Vorschläge unterbreitet.

3712

3713 **10. Bildende Kunst**

3714 Die bildende Kunst führt – jenseits der Kunst am Bau öffentlicher Gebäude – im kunst-
3715 politischen Bewusstsein eher ein Schattendasein. Bildende Kunst eröffnet ganz eigene
3716 Darstellungsräume. Sie ist heute besonders auf privates Engagement angewiesen. Sie
3717 verdient eine angemessenere Aufmerksamkeit auch der Kulturpolitik.

3718 Wir wollen die sozialpsychologische und ästhetische Qualität der heute entstehenden
3719 bebauten Lebenswelt, die Architektur und die Stadtgestaltung, zum Thema der Kultur-
3720 politik machen. Das gilt auch für den Bereich des Designs, der mit seinen kreativen Po-
3721 tentzialen entscheidend zur Bedeutung der Gestaltung in der Lebenspraxis beiträgt.

3722 Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen die Kunst im öffentlichen Raum stärker för-
3723 dern.

3724 Wir werden die Jugendkunstschulen in Hessen konzeptionell unterstützen und auch ihre
3725 Kompetenzen zur Entwicklung der kulturellen Bildung einbeziehen.

3726 Wir werden neue Modelle zur Förderung auch bildender Kunst und bildender Künstler,
3727 insbesondere am Anfang einer künstlerischen Karriere, entwickeln und die dokumenta-
3728 rische Aufgabe der öffentlichen Hand gegenüber der Gegenwartskunst stärker wahr-
3729 nehmen.

3730

3731

3732 **11. Integration durch Kultur**

3733 Unser Land ist schon immer geprägt vom Zusammenleben verschiedener Kulturen, von
3734 unterschiedlichen Lebenswelten, Werten und Traditionen. Zu den unterschiedlichen re-
3735 gionalen Traditionen treten mit den Einwanderern neue hinzu. Diese kulturelle Vielfalt
3736 werden wir noch stärker in den Fokus nehmen. Durch konkrete Erfahrungen und Begeg-
3737 nungen können wir dafür sorgen, dass die gestiegenen Ängste vor dem Fremden nicht
3738 weiter zu einer Spaltung unserer Gesellschaft führt, sondern wieder in Vertrauen in das
3739 gesellschaftliche Miteinander entsteht. Dazu wollen wir den interkulturellen Austausch,
3740 etwa durch Kulturprojekte, vertiefen.

3741 Mein Hessen von morgen ...

3742

3743 ... mit neuer Energie

3744 Hessen soll zum Vorreiter der Energiewende werden. Wir wollen den technologischen
3745 und wirtschaftlichen Wandel mit Schwerpunkt auf bezahlbare Energie und auf die Si-
3746 cherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze prägen. Allein in Hessen arbeiten 24.000 Men-
3747 schen im Bereich der Erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist es, dass der Bedarf an Strom
3748 und Wärme bis 2050 zu 100 % aus Erneuerbaren Energien gedeckt wird. Um dieses Ziel
3749 zu erreichen, wird eine SPD-geführte Landesregierung gemeinsame Strategien für
3750 Strom, Wärme und Verkehr entwickeln. Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren be-
3751 beschleunigen, Hürden in der Planung beseitigen und neue Flächen ermöglichen.
3752

3753 1. Wertschöpfung durch Energiewende vor Ort

3754 Dabei werden wir den dezentralen Ausbau fördern, Kommunen, Stadtwerke und Bürger-
3755 genossenschaften unterstützen. Die Akzeptanz wird steigen, wenn die Energiewende
3756 demokratisiert wird und die örtlich Betroffenen an Entscheidungen und Gewinnen be-
3757 teilt werden. Uns geht es bei der Energiewende immer auch um die Schaffung von
3758 Wertschöpfung, die in den Regionen verbleibt. Gleichzeitig wollen wir durch zügige Fort-
3759 schritte in der Energiewende die Wettbewerbsfähigkeit hessischer Unternehmen erhö-
3760 hen. Schon jetzt ist Strom aus Erneuerbaren Energien günstiger als Atomstrom. Die Kos-
3761 ten für die Erzeugung von Strom aus Kohle, Öl, Gas und Uran werden in Zukunft weiter
3762 steigen, während die Produktionskosten für Erneuerbare Energien weiter sinken wer-
3763 den. Deswegen ist eine hessische Energiewende auch ein wichtiger Eckpfeiler für den
3764 Wirtschaftsstandort Hessen.

3765 Wir setzen uns unter anderem für einen dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien ein,
3766 weil der Ausbau der Übertragungsnetze („Stromautobahnen“) verringert werden kann,
3767 wenn Erzeugung und Verbrauch möglichst nah beieinander liegen. Die notwendige re-
3768 gelmäßige Ertüchtigung der Übertragungsnetze und notwendige Lückenschlüsse haben
3769 wenig mit der Energiewende, sondern mehr mit den allgemeinen technischen Voraus-
3770 setzungen eines funktionierenden Stromsystems zu tun. Wir werden die Verteilnetzbe-
3771 treiber (regionale Netzbetreiber, häufig Stadtwerke) in Hessen bei der Ertüchtigung ihrer
3772 Netze für die Anforderungen der Aufnahme und Verteilung von Strom aus Erneuerbaren
3773 Energien und bei der Entwicklung von Flexibilitätsangeboten unterstützen.

3774 2. Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich zusammen denken

3775 Die Umsetzung der Energiewende in Hessen steht vor der nächsten großen Herausfor-
3776 derung. Bisher lag der Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion auf dem Stromsektor.
3777 Wärme- und Verkehrsbereich spielten leider nur eine untergeordnete Rolle. Wir wollen
3778 der Energiewende in Hessen neuen Schub verleihen und einen integrierten Ansatz in den
3779 Mittelpunkt stellen (Sektorenkopplung, Konvergenz der Energiemärkte). Die drei Berei-
3780 che der Erneuerbaren Energien dürfen nicht mehr getrennt, sondern müssen integriert
3781 betrachtet werden. Mit dem Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesys-
3782 temtechnik (IEE) – welches mit Landes- und Bundesmitteln gerade einen Neubau in Kas-
3783 sel erhält – und weiteren Einrichtungen haben wir in Hessen die richtigen Einrichtungen,
3784 um einer dezentralen und Erneuerbaren-Energieerzeugung neuen Schwung zu verlei-
3785 hen. Auch werden wir dafür sorgen, dass die Energieforschung an den staatlichen Hoch-
3786 schulen in Hessen einen hohen Stellenwert hat.

3787 Beim Neubau von Wohnungen wollen wir für einen kostensenkenden Einsatz von Erneue-
3788 rbaren Energien und für die Verknüpfung von Strom- und Wärmebereich sorgen.
3789

3790 3. Vielfalt Erneuerbarer Energien ausschöpfen

3791 Um die Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien zu erreichen, setzen wir auf einen Mix
3792 aller Erzeugungsarten der Erneuerbaren Energien. Dezentrale Gaskraftwerke, die gleich-
3793 zeitig Strom und Wärme (Kraft-Wärme-Kopplung, KWK) produzieren, sind bis dahin eine
3794 sinnvolle Brückentechnologie, weil sie später mit aus Erneuerbarer Energien hergestell-
3795 tem Gas aus Überschüssen von Solar- und Windkraft betrieben werden können („Power-
3796 to-Gas“) und die bestehende Gasnetzinfrastruktur dafür genutzt werden kann. Die Viel-
3797 falt Erneuerbarer Energien und die Verknüpfung von Strom-, Wärme und Verkehrsbe-
3798 reich ermöglicht die Flexibilität, die wir bei einem immer größeren Anteil Erneuerbarer
3799 Energien in der Energieversorgung brauchen. Windenergie an Land und Solarstrom sind
3800 durch den seit dem Jahr 2000 beschleunigten Ausbau in Deutschland inzwischen die
3801 günstigsten Stromerzeugungsarten. Nur mit ihrem dynamischen Ausbau kann die Ener-
3802 giewende gelingen. Sie werden die Hauptsäulen der künftigen Energieversorgung sein.
3803

3804 4. Windenergie in Zusammenarbeit mit den Kommunen ausbauen

3805 Die schwarze-grüne Landesregierung tut nicht genug, um den Ausbau der Windkraft an
3806 sinnvollen Standorten zu ermöglichen. Die windstärksten Flächen in Hessen sind weit-
3807 gehend Windausschlussgebiet, obwohl viele der dortigen Städte und Gemeinden Wind-
3808 energie wollen, weil sie Wertschöpfung in strukturschwache ländliche Räume bringt.
3809 Wir stehen zum Ziel des Energiegipfels, 2 % der Landesfläche für den Ausbau der Wind-
3810 energie an Land bereitzustellen. Dieses Ziel darf nicht zum Papiertiger verkommen. Wir
3811 werden daher einen jährlichen Energiewende-Bericht einführen, der den Zubau der Er-
3812 neuerbaren ermittelt und nach klaren Kriterien den Bedarf für politisches Nachsteuern
3813 aufzeigt. Um nachsteuern zu können, wird die Hessen-SPD mit einem neuen Landesent-
3814 wicklungsplan dafür sorgen, dass windstarke Standorte dann genutzt werden können,
3815 wenn die betroffenen Kommunen dies wollen. Die dirigistische Landes- und Regional-
3816 planung ist zu unflexibel. Wir werden mehr auf kommunale Selbstbestimmung setzen,

3817 weil so am besten Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement ermöglicht wird. Die bes-
3818 ten Windräder sind die in den Händen von Kommunen, Stadtwerken, Bürgerenergiege-
3819 nossenschaften, Energieversorgern und Mittelständlern vor Ort, weil die Wertschöpfung
3820 in der Region bleibt. Dies zu organisieren, geht nicht durch Pläne von oben, die Gemein-
3821 den, Bürgern und Wirtschaft strikt vorgeben, wo gebaut werden darf und wo nicht.
3822 Im neuen Landesentwicklungsplan bleiben wir für neue Standorte bei klaren Mindest-
3823 abständen zur Wohnbebauung, die mit 1.000 Metern über gesetzlich geforderte Ab-
3824 stände nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz hinausgehen.
3825 Die Energiewende in Hessen funktioniert nur mit **Windkraft im Wald**, weil die windstar-
3826 ken Kuppen in Hessen überwiegend bewaldet sind. 42 % der Fläche Hessens sind Wald.
3827 Dabei reicht die Fläche im Wirtschaftswald völlig aus; die wenigen naturnahen Wälder
3828 in Hessen sollen nicht für Windkraft genutzt werden. Wir werden bei der Verpachtung
3829 von Windvorrangflächen im Hessen-Forst endlich im Gegensatz zu Schwarz-Grün die
3830 Voraussetzungen schaffen, um Kommunen, Stadtwerken und Energiegenossenschaften
3831 bessere Chancen zu verschaffen, Windparks im Wirtschaftswald zu betreiben. Dabei
3832 sind die benachbarten Kommunen von Windkraftanlagen auf Flächen von HessenForst
3833 nach rheinland-pfälzischem Vorbild an den Pachteinnahmen zu beteiligen. Auch dies hat
3834 Schwarz-Grün in den letzten Jahren blockiert. Wenn Windenergie durch das EEG immer
3835 preiswerter werden soll, können allerdings auch die Pachterlöse von Hessen-Forst nicht
3836 immer weiter in den Himmel wachsen. Damit hessische Windenergieprojekte in bundes-
3837 weiten Ausschreibungsverfahren überhaupt eine Chance haben, muss Hessen-Forst bei
3838 den Pachtentgelten Maß halten.
3839

3840 **5. Potenziale der Solarenergie nutzen**

3841 Auch die Nutzung der Solarenergie liegt in Hessen weiter unter ihren Möglichkeiten. Bei
3842 den geeigneten Dachflächen in Hessen, die für **Fotovoltaik** (Sonnenlicht zu Strom) oder
3843 für **Solarwärme** (Sonnenlicht zu Wärme) genutzt werden können, gibt es noch erhebli-
3844 ches Potenzial, insbesondere auf Industriegebäuden. Wir wollen diesen Anteil in den
3845 nächsten fünf Jahren verdoppeln. Dafür werden wir gesetzliche Überregulation ab-
3846 bauen, um bessere Möglichkeiten für die Nutzung der Solarenergie zu schaffen. Dabei
3847 legen wir besonderen Wert auf **Mieterstrom-Modelle**, die es Mietern ermöglichen, an
3848 den gesunkenen Preisen für Solarstrom teilzuhaben. Wir wollen auch den Ausbau der
3849 Solarenergie an Schallschutzwänden und -wällen sowie auf Freiflächen, insbesondere
3850 auf Konversionsflächen und bereits vorbelasteten Flächen entlang von Autobahnen und
3851 Bahngleisen, weiter vorantreiben. Solarenergie gehört überall dort hin, wo ein sinnvoller
3852 Doppelnutzen gestiftet werden kann.
3853
3854

3855 6. Wasserkraft weiter ausbauen

3856 Die Wasserkraft ist wichtig für die Energiewende. Die schwarz-grüne Landesregierung
3857 hat mit dem sogenannten „Mindestwasser-Erlass“ die Axt an die Wasserkraft gelegt. Die
3858 Landesregierung wird mit der Umsetzung dieses Erlasses Erneuerbaren Strom in der Grö-
3859 ßenordnung des Haushaltsstromverbrauchs von Städten wie Marburg oder Gießen vom
3860 Netz nehmen. Statt die Wasserkraft unter einen Anteil von 3 % zu drücken, wollen wir
3861 die Rahmenbedingungen für Erhalt und naturverträglichen Ausbau der Wasserkraft auf
3862 über 5 % des Stromverbrauchs in Hessen schaffen. Dazu werden wir in einem ersten
3863 Schritt den Vollzug des Mindestwasser-Erlasses stoppen und unter Einbeziehung aller
3864 Gewässernutzer eine neue Richtlinie erarbeiten. In einem zweiten Schritt werden wir da-
3865 bei helfen, dass bestehende Wehre wieder für die Wasserkraft genutzt werden können.
3866 Für bestehende Wasserkraftwerke schaffen wir ein investitionsfreundliches Klima, um
3867 Leistungssteigerungen zu ermöglichen. Dabei achten wir auf den Interessenausgleich
3868 zwischen Naturschutz, Fischerei und der Nutzung von Wasserkraft und fördern dafür
3869 neue technologische Möglichkeiten.

3870

3871 7. Biomasse

3872 Die Nutzung der Biomasse zur Strom- und Wärmegewinnung hat auch in Hessen noch
3873 erhebliches Entwicklungspotenzial. Wir wollen keinen weiteren Ausbau von Monokul-
3874 turen. Stattdessen ist eine verstärkte energetische Nutzung von Grünschnitt, Bioabfall
3875 und Gülle unser Ziel.

3876

3877 8. Kosteneinsparungen durch mehr Energieeffizienz

3878 Zur Erreichung nachhaltiger und emissionsfreier Energieversorgung in Hessen ist die
3879 Steigerung der Energieeffizienz eine wichtige Säule. Wir werden uns für die Steigerung
3880 der Energieeffizienz in hessischen Unternehmen, öffentlichen Gebäuden und privaten
3881 Haushalten einsetzen. Dabei wollen wir es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich
3882 an der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude finanziell zu beteiligen. Dies hilft
3883 insbesondere den Kommunen bei der Finanzierung der energetischen Sanierung, stei-
3884 gert die Aufenthaltsqualität, macht unsere Gebäude klimafreundlicher und ermöglicht
3885 eine niedrigschwellige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den finanziellen Vor-
3886 teilen der Energiewende.

3887

3888 9. Kommunale Energiewende voranbringen

3889 Kommunen und Stadtwerke sind wesentlich Akteure der bürgernahen dezentralen Ener-
3890 giewende. Wir sehen die dezentrale Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien als
3891 Teil der Kommunalen Daseinsvorsorge. Wir wollen den Kommunen durch die Wieder-
3892 herstellung der ihnen im Grundgesetz garantierten Selbstverwaltung die Möglichkeit

3893 geben, die Chancen der Energiewende für lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu
3894 nutzen und als Energieerzeuger tätig zu werden. Wir werden dazu die rechtlichen Mög-
3895 lichkeiten der Kommunen zur Eigeninitiative im Energiebereich durch eine Reform der
3896 Hessischen Gemeindeordnung und der Hessischen Bauordnung verbessern.
3897

3898 **10. Energie- und Verkehrswende verknüpfen – Automobilwirtschaft stärken**

3899 Bei der Verkehrswende hin zu klimaverträglicheren Antriebsformen steht für die großen
3900 Automobilkonzerne mit Produktionsstandorten in Hessen der größte Transformations-
3901 prozess ihrer Geschichte ins Haus. Es wird einen Strukturwandel in der Automobilpro-
3902 duktion geben.

3903 Die aktuelle schwarz-grüne Landesregierung hat die Herausforderung, die dieser Verän-
3904 derungsprozess für die mehr als 50.000 Beschäftigten in der hessischen Automobilwirt-
3905 schaft und der Zulieferindustrie mit sich bringt, vernachlässigt und Chancen, z. B. des
3906 Hybridantriebs, verschlafen. Für die hessische SPD ist klar: Diese Herausforderung kann
3907 nur gemeinsam mit den Beschäftigten in den Automobil- und Zulieferbetrieben gelin-
3908 gen. Eine SPD-geführte hessische Landesregierung wird im Dialog zwischen Unterneh-
3909 men, Gewerkschaften und Regierung die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die-
3910 ser Strukturwandel positive Effekte für Arbeitende und Unternehmen entfaltet. Für eine
3911 Übergangszeit brauchen wir modernste, effiziente und saubere Diesel- und Ottomotoren,
3912 auch als Hybridmotoren. Gleichzeitig müssen wir schon heute bei Antriebstechni-
3913 ken wie der Elektromobilität, der Brennstoffzelle oder dem Gasantrieb nachlegen, damit
3914 wir auch in Zukunft Mobilitätsland Nummer eins bleiben. Eine zu frühe Vorfestlegung
3915 auf eine dieser Antriebsformen ist nach unserer Überzeugung falsch.

3916 Wir wollen, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung am Automobilstandort Hessen be-
3917 stehen bleiben. Durch den Einsatz des E-Motors in den Städten kann der Anteil der Luft-
3918 schadstoffe dort zügig gesenkt werden. Durch Gerichtsverfahren drohende Fahrverbote
3919 wollen wir verhindern. Fahrverbote treffen einkommensschwache Bürger und kleine
3920 Handwerksbetriebe am härtesten. Deshalb setzen wir auf Innovation statt auf Verbote,
3921 die einer Enteignung von Fahrzeugen gleichkommen.

3922 Auch im öffentlichen Personenverkehr und im Lastverkehr kommen zunehmend Erneuerbare
3923 Energien und alternative Antriebsarten zur Anwendung. Es gibt inzwischen Züge,
3924 die mit Wasserstoff betrieben werden und Lastwagen, die Teilstrecken mit Strom fahren
3925 können. Den Einsatz solcher innovativen Techniken in Hessen wollen wir fördern.

3926 **Mein Hessen von morgen ...**

3927 **... mit gesunder Umwelt, nachhaltiger Landwirt-**
3928 **schaft, verantwortungsvollem Tier- und Ver-**
3929 **braucherschutz sowie mehr Klimaschutz**

3930

3931 Wir haben die Kraft für eine ökologische und nachhaltige Politik, die sozial und gerecht
3932 ist. Aber dennoch werden wir ökonomische Aspekte nicht aus den Augen verlieren.

3933 Der Kreis der Menschen in unserem Land, der sich Sorgen um die zukünftige soziale, öko-
3934 logische und ökonomische Entwicklung macht, hat sich laut aktuellen Umfragen in den
3935 letzten Jahren deutlich erhöht. Fast zwei Drittel der Bundesbürger halten Umwelt- und
3936 Klimaschutz für wichtig zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben, fast drei Viertel zeigen
3937 sich beunruhigt, wenn sie daran denken, in welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder
3938 und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen.

3939 Ohne eine veränderte Politik werden wir unsere Ziele in Hessen bei Klimaschutz, Nach-
3940 haltigkeit und Biodiversität nicht erreichen. Ohne eine intakte Natur und Umwelt, ohne
3941 gesunde Lebensmittel können Menschen nicht leben. Daher sind dies für uns auch Fra-
3942 gen der sozialen Gerechtigkeit.

3943 Der Fortschrittsbericht 2016 zur Nachhaltigkeitsstrategie Hessen des Hessischen Statis-
3944 tischen Landesamtes offenbart, dass die schwarz-grüne Landesregierung ihre Zielset-
3945 zungen 2020 für Ökologie und bei der Energieproduktivität, den Treibhausgasemissio-
3946 nen, den Erneuerbaren Energien sowie bei der internationalen Entwicklungszusammen-
3947 arbeit massiv verfehlen wird. Wir wollen, dass Hessen in Deutschland und Europa Vor-
3948 bild ist für das funktionierende Nebeneinander von wirtschaftlicher Stärke und Innova-
3949 tionskraft, fortschrittlicher Bildung, gerechtem Gemeinwesen und dem Erhalt der biolo-
3950 gischen Vielfalt.

3951 Wir wollen eine Stärkung der Bildung für das das Ziel der nachhaltigen Entwicklung in
3952 allen Bildungsbereichen. Wir werden Nachhaltigkeit und entwicklungspolitische The-
3953 men stärker in die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern implementieren.

3954

3955 **1. Klimaschutz auf allen Ebenen**

3956 Insbesondere das Jahr 2017 hat breiten Bevölkerungsschichten durch Wetterereignisse
3957 bewusst werden lassen, welche Folgen schon 1 °C Erderwärmung in unseren Breiten ha-
3958 ben kann. Selbst in Hessen nehmen Dürrewarnungen, Brandgefahren, aber ebenso
3959 Starkregenereignisse und Unwetter zu. Die Verpflichtungen aus dem Klimavertrag von
3960 Paris werden wir mit sozialverträglichen Maßnahmen erfüllen.

3961 Wir treten ein für die Förderung regionaler Strukturen für eine integrierte Umweltpoli-
3962 tik, finanzielle Anreize zur Reduzierung von CO₂-Emissionen im Bereich Wärme, die Wie-
3963 dervernässung von Mooren, die Durchsetzung von ökologischen und sozialen Mindest-
3964 standards in der öffentlichen Beschaffung und das Erreichen der Klimaneutralität der
3965 hessischen Landesverwaltung.

3966 Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Klimaschutz im Rahmen der in diesem Pro-
3967 gramm beschriebenen Konzepte für einen attraktiven und bezahlbaren ÖPNV, den de-
3968 zentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz und der Verkehrs-
3969 wende vorantreiben. Wir werden Verantwortung für Nachhaltigkeit und Klimaschutz an
3970 allen Schulen als Lehrinhalt verankern. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass
3971 der Erhalt der Lebensgrundlagen und die Begrenzung der Erderwärmung auf 2°C als vor-
3972 rangige Ziele der Bundesregierung und der EU behandelt werden und dass Deutschland
3973 im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens eine Vorreiterrolle einnimmt. In Hessen
3974 werden wir statt unverbindlicher Klimaschutzpläne, wie sie Schwarz-Grün vorgelegt hat,
3975 ein verbindliches Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen.
3976

3977 **2. Natur-und Gewässerschutz**

3978 Wir nehmen unsere Verantwortung für das europäische Schutzgebietsnetz Natura2000
3979 und die hessischen Naturschutzgebiete wahr, indem wir die Maßnahmenpläne zügig
3980 fertigstellen und umsetzen und ggf. aktualisieren, notwendige Vergrößerungen der Ge-
3981 biete vornehmen und alle Flächenverwaltungen auf die Umsetzung der Schutzziele un-
3982 ter Federführung der Naturschutzbehörden verpflichten. Wir wollen die hessischen Au-
3983 enverbände als pestizid- und düngemittelfreie Räume weiterentwickeln. Wir novellieren
3984 das hessische Naturschutzgesetz mit dem Ziel, die Beteiligungsrechte der Naturschutz-
3985 verbände und Naturschutzbeiräte wieder zu stärken, das Wiederherstellungs- und Ent-
3986 wicklungsgebot zu betonen, den Nettoflächenverbrauch zu reduzieren und die Schutz-
3987 gebietsausweisung zu erleichtern.

3988 Die ökologisch verantwortbare Ressourcenverwaltung des Wassers und dessen Bereit-
3989 stellung für alle muss ausschließlich in öffentlicher Aufsicht liegen. Wasser ist unser
3990 wichtigstes Lebensmittel. Eine Privatisierung lehnen wir deshalb ab.

3991 Bei allen neuen Infrastrukturmaßnahmen müssen die Auswirkungen auf den ökologi-
3992 schen Wasserhaushalt untersucht werden. Dies wollen wir in der Regionalplanung ver-
3993 ankern. Es muss vermieden werden, dass Förderbrunnen nicht mehr genutzt werden
3994 können. Um eine Verbesserung der Belastung des Grundwassers durch Nitrat zu errei-
3995 chen, wollen wir die Landwirtschaft konzeptionell und finanziell unterstützen. Wir wol-
3996 len alle Maßnahmen einleiten, die notwendig sind, die Wasserrahmenrichtlinie der EU
3997 umzusetzen, mit dem Ziel, die Gewässer europaweit spätestens bis zum Jahr 2027 in ei-
3998 nen ökologisch, chemisch und biologisch guten Zustand zu bringen.

3999 Wir fördern die vertikale Begrünung sowie die Dachbegrünung als Beitrag zur Verbesse-
4000 rung des Binnenklimas in Städten.

4001 Der Schutz des Grundwassers hat für uns einen hohen Stellenwert. Grund- und Trink-
4002 wasser darf nicht weiter durch Medikamente, Wasch- und Reinigungsmittel, Pestizide,
4003 etc. belastet werden.
4004 Wir unterstützen daher die Erforschung von Alternativen zu den bisherigen Chemikalien
4005 und den weiteren technischen Ausbau der Gewässerreinigung.
4006 Wir wollen dem Verlust an biologischer Vielfalt entgegenwirken und bedrohte Tier- und
4007 Pflanzenarten sowie ihre Lebensräume wirkungsvoll schützen. Wir werden Landwirte
4008 und den Naturschutz unterstützen, den Tier- und Pflanzenarten der Agrarlandschaft
4009 mehr Raum zu geben, um die vielfältigen hessischen Landschaften zu erhalten.
4010 Wir wollen die Flächenverwaltungen im Naturschutz, in der Landwirtschaft sowie den
4011 Landesbetrieb HessenForst so vernetzen, dass der verfassungsmäßige Auftrag zur Erhal-
4012 tung der natürlichen Lebensgrundlagen durch ein koordiniertes Zusammenwirken best-
4013 möglich umgesetzt wird. Wir wollen den personellen Abbau dieser Verwaltungen stop-
4014 pen und Aufstockungen gezielt vornehmen, wo sie der Erhaltung der biologischen Viel-
4015 falt dienen.
4016 Staatsdomänen und domänenfiskalischer Streubesitz müssen vorbildhaft im Sinne des
4017 Naturschutzes bewirtschaftet werden. Die Pachtbedingungen werden wir entsprechend
4018 anpassen.
4019 Wir wollen Gewässerrandstreifen und Auen vermehrt realisieren und weiterentwickeln.
4020 Dies gibt vielen Tieren und Pflanzen Lebensräume und dient zudem der Vorsorge für kli-
4021 mawandelverursachte Wetterextreme.
4022 Wir erkennen die Jagd als nachhaltige Nutzungsform an und wollen sie weiterhin stär-
4023 ken. Wir freuen uns über die Rückkehr von einstmals ausgerotteten Tierarten und wer-
4024 den ihre Ausbreitung durch präventive Maßnahmen und einen fairen Ausgleich von
4025 Schäden begleiten.
4026

4027 **3. Den hessischen Wald schützen und ökologisch aufwerten**

4028 Wir werden den Leitgedanken der maßvollen Forstwirtschaft revitalisieren und zum Ori-
4029 entierungspfeiler machen: nicht mehr Holz entnehmen als nachwächst. Die Waldbe-
4030 wirtschaftung nach den Kriterien des Gütesiegels für nachhaltige Forstwirtschaft (FSC-
4031 Kriterien) muss Mindeststandard werden. Wir wollen den Gesamtnutzen der hessischen
4032 Wälder als Rohstofflieferant, Naturschutzelement, Bildungs- und Erholungsraum und
4033 lebenswichtiges Ökosystem in den Mittelpunkt unserer Waldschutzpolitik stellen.
4034 Ziel ist es, die nachhaltige Waldbewirtschaftung voranzutreiben und auch Kommunen
4035 und private Waldbesitzer dabei zu unterstützen. Die Kriterien der Bewirtschaftung sind
4036 sozial und nachhaltig weiterzuentwickeln.
4037 Bestimmte Naturschutzkernflächen wollen wir aus der Nutzung nehmen, damit dort
4038 alte Laubbäume stehen bleiben, Biotope sich entwickeln und sich auf dem Rückgang be-
4039 findliche Pflanzenarten ausbreiten können. Bis zu 10 % der Waldfläche sollen dafür zur
4040 Verfügung stehen. Um die Umsetzung der Ziele zu garantieren, soll unter anderem der
4041 Landesbetrieb Hessen-Forst personell verstärkt und im Transfer des eigenen Wissens ge-
4042 schult und unterstützt werden.

4043 Wir wollen, dass Hessen Mitglied bei FSC wird und Berichte zur Waldsituation veröffent-
4044 licht, um durch Transparenz das System zu stärken. Die legitimierte Asphaltierung neuer
4045 Gewerbeflächen durch den Kauf von Ökopunkten, die auf alten Waldkernflächen liegen,
4046 wollen wir einstellen, die Schaffung von Ausgleichsflächen wird zur Auflage gemacht.
4047

4048 **4. Wettbewerbsfähige, tierschutzorientierte und nachhaltige Landwirtschaft für** 4049 **Hessen**

4050 Die ständige Verfügbarkeit tierischer Nahrungsmittel in breiter Vielfalt und oft zu Nied-
4051 rigpreisen steht im Gegensatz zu den gesellschaftlich gestiegenen Ansprüchen an die
4052 Haltungsbedingungen. Gleichzeitig sind die Nutztierhalter ökonomischen Zwängen
4053 ausgesetzt. Sie müssen höheren rechtlichen Anforderungen an den Tier- und Umwelt-
4054 schutz mit größeren Investitionen in ihre Tierhaltungssysteme begegnen.

4055 Eine **nachhaltige sowie tiergerechte Pflanzenproduktion und Tierhaltung** müssen
4056 ebenso wie Biodiversität, Boden- und Grundwasserschutz Teil der Ausbildung und Bera-
4057 tung in der Landwirtschaft sein.

4058 Unser Ziel sind der Erhalt und die Förderung der flächengebundenen Nutztierhaltung,
4059 ebenso der Erhalt der Arten durch eine nachhaltigere Landbewirtschaftung.

4060 Wir setzen uns für den Erhalt einer leistungsfähigen, den Zielen der Nachhaltigkeit und
4061 des Tierwohls verpflichteten, wettbewerbsfähigen Landwirtschaft ein, die auf hohem
4062 Niveau sichere Lebensmittel produziert und den Menschen in den Landwirtschaftsbe-
4063 trieben ein gutes und stabiles Auskommen sichert. Regionale Lebensmittel, Bioprodukte,
4064 Tierwohl und Biodiversität werden wir besonders fördern.

4065 Wir wollen die Landwirtinnen und Landwirte innerhalb der Wertschöpfungskette stär-
4066 ken. Der Mehrwert der Landwirtschaft für Umwelt, Tier und Mensch muss belohnt und
4067 der Gesellschaft vermittelt werden. Wir bauen ein Marketing für regional erzeugte Le-
4068 bensmittel und Produkte auf und unterstützen ein verbraucherfreundliches und leicht
4069 verständliches Kennzeichnungssystem bzw. Label für regional, nachhaltig produzierte
4070 und vermarktete Lebensmittel. Wir setzen uns für gerechte Entlohnung, angemessene
4071 Qualifizierungsmöglichkeiten sowie gute Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerin-
4072 nen und Arbeitnehmer in der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie in Garten-, Wein-
4073 bau, Forsten und Fischerei ein.

4074 Wir wollen eine nachhaltige Landbewirtschaftung, die in der Lage ist, unsere Kulturland-
4075 schaft und eine vielfältige Biodiversität für die nächsten Generationen zu erhalten.

4076 Wir werden die Landwirtschaft dabei unterstützen, die Grünlandbewirtschaftung auf-
4077 recht zu erhalten und Bewirtschaftungsmethoden, die zu mehr Artenvielfalt im Grün-
4078 land führen, gezielt, verstärkt, auskömmlich und verlässlich fördern.

4079 Wir lehnen die Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen in Futter- und Le-
4080 bensmitteln ab. Wir unterstützen daher Landwirtinnen und Landwirte bei der Erzeugung
4081 von gentechnikfreien Pflanzen.

4082 Wir sehen den extensiven Einsatz von **Antibiotika** in der Nutztierhaltung als ein Risiko
4083 für Mensch und Umwelt an und werden weitere Anstrengungen unternehmen, um den
4084 Einsatz in der Nutztierhaltung zu minimieren.

4085

4086 5. Wir schreiben Tierschutz in allen Bereichen groß

4087 Hessen benötigt einen langfristigen Fahrplan, der die künftige Entwicklung der Nutztier-
4088 haltung beschreibt und für die Landwirtinnen und Landwirte Planungssicherheit schafft.
4089 Im Rahmen einer nationalen Nutztierstrategie sind einheitliche rechtliche Leitplanken
4090 zu entwickeln, die die Tierschutzvorgaben, Tierhygienevorschriften und das Arzneimittelrecht
4091 zusammenführen.

4092 Tierschutz und „nachhaltiger Konsum“ sind stärker in schulischer und außerschulischer
4093 Bildung zu verankern. Bei Einrichtungen des Landes oder Einrichtungen, die maßgeblich
4094 durch das Land finanziert werden, ist die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen zu
4095 Tierwohl und Tierhaltung für die Beschäftigten sicherzustellen.

4096 Das im Grundgesetz verankerte Ziel des Tierschutzes werden wir konsequent im Landes-
4097 recht verankern. Wir wollen uns zudem gemeinsam mit Partnern in der Landwirtschaft
4098 und den Tierschutzverbänden dafür einsetzen, dass bestehende Kennzeichnungen und
4099 Siegel für die tierschutzgerechte Herstellung von Lebensmitteln und anderen Produkten
4100 bundesweit vereinheitlicht werden. Unser Ziel ist, dass die Verbraucherinnen und Ver-
4101 braucher mehr Möglichkeiten als bisher erhalten, sich gezielt für Produkte zu entschei-
4102 den, bei denen während der Herstellung überprüfbar auf Tierwohlkriterien geachtet
4103 wurde.

4104 Haltung, Pflege und Zucht wollen wir darauf ausrichten, dass auf Eingriffe an Nutztieren
4105 verzichtet wird. Ebenso muss das Töten von Küken und anderer Tiere nur zur Auslese
4106 beendet werden. Daher werden wir Zuchtziele vorgegeben, bei denen Tierwohl, Robust-
4107 heit sowie Mehrfachnutzung im Vordergrund stehen.

4108 Wir werden die Grundlagen für die Einrichtung einer umfassenden Tiergesundheitsda-
4109 tenbank schaffen, in der bereits vorhandene Dokumentationspflichten nach dem Le-
4110 bensmittel-, Tierschutz-, Tierarzneimittel- und Tiergesundheitsrecht zusammengeführt
4111 werden.

4112 Für den Wissenschaftsbereich wollen wir einen Sonderetat zur Förderung von Alterna-
4113 tivmethoden zu Tierversuchen einrichten.

4114 Statt pauschalen Rasselisten für zulässige Hundarten wollen wir einen Führerschein für
4115 Hundehalterinnen und -halter.

4116 Wir unterstützen den Betrieb der Tierheime in Hessen.

4117

4118 6. Neue Anreize für einen nachhaltigeren und verbraucherfreundlicheren Konsum

4119 Verbraucherinnen und Verbraucher können aus einem unvorstellbar breiten und tiefen
4120 Sortiment ihre Bedürfnisse befriedigen. Allein im Lebensmittelbereich werden etwa
4121 150.000 Artikel angeboten, im gesamten Warenbereich sind es einige Millionen Pro-
4122 dukte.

4123 Auch die Entwicklung in vielen Sortimentsbereichen, Produkte nicht mehr reparieren zu
4124 können, dient einzig allein dem Ziel, Ersatzbeschaffungen zu erzwingen. Wir setzen uns
4125 ein für

- 4126 • die Vermeidung bzw. Verringerung der mit der Produktion und Nutzung von
4127 Gütern und Dienstleistungen verbundenen ökologischen und sozialen Prob-
4128 leme
- 4129 • die Gewährleistung der Teilhabe an nachhaltigem Konsum für alle
- 4130 • die Förderung regionaler und lokaler Initiativen zur Unterstützung nachhalti-
4131 gen Konsums wie saisonale und regionale Angebotsstrukturen, Carsharing,
4132 Reparatur-Cafés, Tauschbörsen etc.

4133
4134 Eine SPD-geführte Landesregierung wird alle landespolitischen Möglichkeiten nutzen,
4135 um den Konsum von Waren und Dienstleistungen im Interesse der Umwelt und der Ver-
4136 braucherinnen und Verbraucher nachhaltiger zu gestalten. Dazu gehört die Förderung
4137 der Lebenszyklusperspektive von Produkten, also die Berücksichtigung von Produktions-
4138 und Entsorgungsauswirkungen sowie des fairen Handels im Sinne guter Arbeitsbedin-
4139 gungen in den Herstellungsländern. Wir unterstützen die Einführung einfacher und ver-
4140 lässlicher Kennzeichnungen zur Orientierung der Verbraucherinnen und Verbraucher,
4141 wie etwa der „Ampel“ im Lebensmittelbereich für eine schnelle Orientierung über Zu-
4142 cker-, Salz- und Fettgehalt von Produkten. Auch bei Nichtlebensmitteln unterstützen wir
4143 die Orientierungslabel, die wesentliche Kriterien der Nachhaltigkeit und des fairen Han-
4144 dels abdecken und für die Verbraucherinnen und Verbraucher große Vorteile bieten.
4145 Kennzeichnungen und Orientierungslabel ersetzen nicht die staatliche Kontrolle zur Ver-
4146meidung von gesundheitsschädlichen oder unverantwortlich produzierten Gütern und
4147 zur strengen Einhaltung von Grenzwerten für alle Produkte.

4148 Wir unterstützen Maßnahmen, die Vermeidung und mehr Wiederverwertung von Ab-
4149 fällen zur Folge haben, und werden Standards für Nachhaltigkeit in der Beschaffung ver-
4150 ankern.

4151 Tierschutz, gesunden und nachhaltigen Konsum wollen wir stärker in schulischer und
4152 außerschulischer Bildung verankern und in die Lehrpläne aufnehmen.

4153 **Mein Hessen von morgen ...**

4154

4155 **... mit einem handlungsfähigen Gemeinwesen**
4156 **und gerechteren Steuern und Abgaben**

4157

4158

4159 Für eine gute Zukunft müssen wir heute handeln und investieren. Eine SPD-geführte
4160 Landesregierung wird zuerst Chancengleichheit in der Bildung fördern und die Infra-
4161 struktur modernisieren. Der kommunalen Familien werden wir wieder Luft zum Atmen
4162 verschaffen, damit Städte- und Gemeinden lebenswert und handlungsfähig bleiben. Um
4163 diese Ziele zu erreichen, werden wir sowohl in Hessen als auch über den Bundesrat im
4164 Bund für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. In unserer Haushaltsführung werden wir ver-
4165 nünftiges Sparen und effizientes Wirtschaften verbinden. Durch solide Landesfinanzen
4166 wollen wir Spielräume für Zukunftsinvestitionen erhalten und ausbauen: damit Hessen
4167 lebenswert und wirtschaftlich stark bleibt.

4168

4169 **1. Investitionen in eine gute Zukunft**

4170 Hessen braucht endlich eine nachhaltige und verlässliche Investitionsstrategie – eine
4171 Strategie für eine vorsorgende Bildungs- und Sozialpolitik, für eine gute Infrastruktur,
4172 für lebenswerte Städte und Gemeinden und für eine starke Wirtschaft. Haushaltskonso-
4173 lidierung ist auch anders möglich – ohne die Vernachlässigung von Investitionen und
4174 ohne Sozialabbau.

4175 Wir werden finanzpolitische Spielräume vor allem dafür verwenden,

- 4176 • endlich kostenlose Bildung von Anfang zu ermöglichen. Wir werden dazu die El-
4177 tern von Krippen- und Kindergartengebühren vollständig freistellen. Der kosten-
4178 lose Schulbesuch ist selbstverständlich. Mit uns wird es auch keine Studienge-
4179 gebühren geben. Dies wollen wir auch in der Hessischen Verfassung verankern.
- 4180 • die Investitionen des Landes zu stärken.
- 4181 • die hessischen Kommunen endlich wieder in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben
4182 angemessen erledigen zu können. Beispielsweise wird eine SPD-geführte Landes-
4183 regierung die Kommunen bei den Betriebsausgaben der Kindertagesstätten ent-
4184 lasten und zwei Drittel dieser Kosten unter Anrechnung der zur Verfügung ste-
4185 henden Bundesmittel übernehmen.

4186 Wir wissen um die Bedeutung öffentlicher Infrastruktur für unser Land, für die Men-
4187 schen, die hier leben, und für die Wertschöpfung unserer Wirtschaft. In Hessen wurde
4188 mit der Regierungsübernahme der CDU die so wichtige Investitionstätigkeit des Landes
4189 reduziert. Das werden wir umkehren.

4190 Die Investitionsquote des Landes Hessen ist im Jahrzehntvergleich auf einem erbärm-
4191 lichen Niveau. In den 1990er-Jahren (z. B. 1997) lag die Investitionsquote bei 13 %. Im
4192 schwarz-grünen Haushalt für 2018 ist eine Quote von 8,7 % vorgesehen. Ohne Zuschüsse
4193 des Bundes in nie da gewesener Höhe läge sie sogar bei nur 7,3 %. Unter der CDU hat sich
4194 die Investitionsquote nahezu halbiert.

4195 Wir dürfen aber nicht weiterhin „auf Verschleiß“ fahren. Gerade in Zeiten von Null-Pro-
4196 zent-Zinsen dürfen Investitionen nicht verschlafen werden. Deshalb werden wir die In-
4197 vestitionsquote des Landes erhöhen, um

- 4198 • den Wohnungsbau für bezahlbare Mieten zu stärken,
- 4199 • den Straßenbau und Schienenverkehr zu intensivieren,
- 4200 • Breitbandkabel auch auf dem Land zu verlegen,
- 4201 • und um die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre notwendigen Investitionen
4202 in Schulen, Kindergärten, Sport- und Freizeitstätten, Leitungsnetze und Kommu-
4203 nalgebäude tätigen zu können.

4204 Für den dringend notwendigen flächendeckenden Ausbau der Ganztagsangebote an
4205 Schulen ist eine stärkere Beteiligung der Bundesebene erforderlich.

4206

4207 **2. Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit**

4208 Der gerechte Steuervollzug und die Bekämpfung von Steuerbetrug sind für uns zentrale
4209 Anliegen. Ehrliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und kleine Betriebe zahlen
4210 ihre Steuern, während sich Bürger mit besonders hohem Vermögen oder multinationale
4211 Konzerne ihren steuerrechtlichen Verpflichtungen entziehen oder durch Umgehungs-
4212 modelle Steuern sparen. Das darf nicht sein. Denn diese Einnahmen fehlen dann der So-
4213 lidargemeinschaft zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und für Investitionen in
4214 die Zukunft.

4215 Besonders hohe Einkommen und Millionenvermögen müssen stärker zur Finanzierung
4216 von Zukunftsinvestitionen beitragen. Dem wird die geltende Erbschaftsteuer nicht ge-
4217 recht. Deshalb brauchen wir eine große Reform. Wir werden uns auf Bundesebene für
4218 eine angemessene Vermögensbesteuerung im Rahmen der Vorgaben des Bundesverfas-
4219 sungsgerichts einsetzen. Wir werden im Bund auch dafür eintreten, die Einkommen-
4220 steuertarife gerechter zu gestalten und so zu verändern, dass spürbare Erleichterungen
4221 auch tatsächlich für kleine und mittlere Verdienende und nicht für Spitzenverdienende er-
4222 reicht werden. Für die normalen Einkommen muss es mehr Netto vom Brutto geben. Ein
4223 höherer Spitzensteuersatz ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und dem Prin-
4224 zip, dass starke Schultern mehr tragen können und müssen als schwache. Deswegen set-
4225 zen wir uns für eine gerechte Steuerreform und höhere Steuern auf Vermögen im Bund
4226 ein.

4227 Im Bund setzen wir uns ebenso für Mindeststandards bei Betriebs- und Steuerprüfungen
4228 ein. Gleichzeitig machen wir uns für die Abschaffung der Abgeltungsteuer und für die
4229 Einführung einer Finanztransaktionssteuer stark, die spekulative Finanzgeschäfte be-
4230 steuert. Es kann nicht sein, dass für Güter des täglichen Bedarfs Umsatzsteuer zu zahlen
4231 ist, für spekulative Finanzgeschäfte jedoch nicht. Wir wollen verhindern, dass weiterhin

4232 die Grunderwerbsteuer im großen Stil durch Verkäufe von Grundstücken als Teil von Un-
4233 ternehmensverkäufen umgangen wird. Was für den kleinen Haus- oder Wohnungskäu-
4234 fer gilt, darf auch bei großen Immobilienübertragungen nicht unterlaufen werden.
4235

4236 Die Entlastung der Kommunen ist am Ende auch ein wichtiger Beitrag zur Steuergerech-
4237 tigkeit. Indem die hessische CDU die kommunalen Haushalte geplündert hat, sind die
4238 kommunalen Steuern und Abgaben nahezu explodiert. Jede Mehrbelastung für die
4239 Kommunen wird über kommunale Abgaben direkt weitergegeben. Gerade die Grund-
4240 steuer B und die Gewerbesteuer, die in Hessen überdurchschnittlich hoch sind, belasten
4241 die Menschen und die kommunale Wirtschaftskraft hart. Die hessische CDU steht für
4242 Steuererhöhungen vor Ort in nie da gewesener Höhe. Wer Kommunen Luft zum Atmen
4243 verschafft, schafft hingegen die Voraussetzung für eine Entlastung der Bürgerinnen und
4244 Bürger.
4245

4246 **3. Steuerverwaltung stärken und Steuerhinterziehung austrocknen**

4247 Wir werden Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen. Der Kampf gegen Steuer-
4248 schlupflöcher, gegen Steuerhinterziehung und die Steuertricksereien von Konzernen
4249 muss endlich auch in Hessen konsequent aufgenommen werden.

4250 Wir wollen eine erstklassig ausgestattete hessische Steuerverwaltung, die modern, bür-
4251 gerfreundlich und auf Augenhöhe mit den Steuerabteilungen der großen Unternehmen,
4252 den Steuerberatungsgesellschaften und Anwaltskanzleien arbeitet.

4253 Der gleichmäßige und gerechte Vollzug der Steuergesetze erfordert hoch qualifiziertes
4254 Personal. Hierfür sind nach dem Grundgesetz die Länder verantwortlich. Stellenabbau in
4255 den zurückliegenden Jahren, hohe Altersabgänge und dadurch bedingter Wissensver-
4256 lust, jährlich neue Rechtsänderungen und Anwendungsvorschriften, fortschreitende Di-
4257 gitalisierung, aber auch Steuerhinterziehung bzw. aggressive Steuergestaltung am
4258 Rande und jenseits der Legalität mit Milliardenverlusten für den Staat (z. B. durch Cum-
4259 /Ex- oder Cum-/Cum-Aktiengeschäfte, Umsatzsteuerkarusselle, die Verschleierung von
4260 Einkünften durch ausländische Konten, Stiftungen, Briefkastengesellschaften und kom-
4261 plexe Offshore-Konstruktionen) stellen die Beschäftigten der Finanzbehörden vor
4262 enorme Herausforderungen. Diese nehmen auch künftig nicht ab, zumal der internatio-
4263 nale zwischenstaatliche Austausch von Steuerdaten in naher Zukunft in bisher nicht da
4264 gewesenem Ausmaß einsetzen wird.

4265 Wir werden daher die technische Ausstattung der Finanzverwaltung verbessern und für
4266 mehr Steuerfahnder/-innen und Betriebsprüfer/-innen sorgen. Die Anzahl der Finanzbe-
4267 amten, die sich ausschließlich mit der Identifizierung und Bewertung von groß angeleg-
4268 ten Steuerhinterziehungs- und -umgehungsmodellen beschäftigen, werden wir deutlich
4269 erhöhen. Denn wir haben im Sinne der Steuergerechtigkeit den Anspruch, bundesweit
4270 Maßstäbe zu setzen.
4271

4272 4. Europäische Initiativen ergreifen

4273 Auf europäischer Ebene machen wir uns für eine Harmonisierung der Unternehmensbe-
4274 steuerung stark. Wir drängen auf die schnelle Umsetzung der völkerrechtlichen Verein-
4275 barungen gegen aggressive Steuergestaltung internationaler Konzerne in nationales
4276 Recht, um die Gewinnverlagerung und Steuerumgehung durch Großunternehmen zu
4277 verhindern. Internationalen Konzernen müssen die legalen Wege entzogen werden,
4278 durch grenzüberschreitende Verrechnungstricks ihren Steuerbeitrag zu verweigern. Um
4279 die Gewinnverlagerung und Steuerumgehung durch internationale Unternehmen zu
4280 verhindern, wollen wir uns weiterhin für Initiativen der OECD für fairen internationalen
4281 Steuerwettbewerb (sogenannte BEPS-Initiative) starkmachen. Wir setzen uns für ein eu-
4282 ropäisches Transparenzregister ein, in dem alle Eigentümer und Begünstigten wie auch
4283 die verantwortlichen Personen eines Unternehmens für Steuerbehörden transparent
4284 aufgeführt sind.

4285 Bis es wirksame EU-Regelungen gibt, benötigen wir adäquate nationale Maßnahmen
4286 zur Verhinderung solcher Steuerumgehungspraktiken. So werden wir uns auf Bundes-
4287 ebene dafür einsetzen, die Möglichkeiten der Telekommunikationsüberwachung zur
4288 Verfolgung besonders schwerer Fälle von Steuerhinterziehung zu erweitern und Min-
4289 deststandards für Betriebs- und Steuerprüfungen festzulegen.

4290 Immer wieder aufs Neue verdeutlichen uns Enthüllungen wie die „Luxemburg Leaks“,
4291 die „Panama“- oder die „Paradise Papers“, dass internationale Anstrengungen erforder-
4292 lich sind, um Steuerhinterziehung und -umgehung effektiv zu bekämpfen. Eine SPD-ge-
4293 führte Landesregierung wird sich in Brüssel dafür einsetzen, dass anonyme Finanzge-
4294 schäfte in Offshore-Gebieten international geächtet werden. Nur so lassen sich Steuer-
4295 oasen dauerhaft austrocknen.

4296 Steuerpflichtigen in Deutschland, die Geschäftsbeziehungen zu Offshore-Staaten unter-
4297 halten, müssen erhöhte Mitwirkungspflichten gegenüber der deutschen Finanzverwal-
4298 tung auferlegt werden. Schließlich werden wir uns sowohl auf nationaler als auch auf
4299 europäischer und internationaler Ebene für eine Stärkung der Aufsichtsbehörden und
4300 eine Verschärfung der Sanktionsmechanismen einsetzen. Wer die Solidargemeinschaft
4301 betrügt, muss mit harten Sanktionen rechnen.

4302 **Mein Hessen von morgen ...**

4303 **... hat Mut zu Europa und zur Welt**

4304 Wir in Hessen sehen uns in einer besonderen Verantwortung für Europa. Wir sind nicht
4305 nur in der geografischen Mitte Europas, sondern durch unsere besondere Lage einer der
4306 Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzknotenpunkte. In unserem Land leben Menschen aus
4307 ganz Europa und der ganzen Welt, die sich hier zu Hause und sicher fühlen sollen. Hessen
4308 ist gelebte europäische Realität.

4309 Europa muss sich auf ideeller und institutioneller Ebene reformieren, das steht außer
4310 Frage. Wir als Bundesland setzen uns für eine Reform der Europäischen Union ein, unter
4311 Mitwirkung aller Ebenen – der kommunalen, der regionalen, der Bundes- und der euro-
4312 päischen Ebene. Die Reform Europas findet für uns vor allem in den Städten und Regio-
4313 nen statt. Die Landesregierung wird sich über den Ausschuss der Regionen und über die
4314 Landesvertretungen in Brüssel für die Weiterentwicklung der europäischen Idee einset-
4315 zen, mit der sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren können. In diesem Sinne wer-
4316 den wir unsere Europaschulen weiterunterstützen und prüfen, wie wir die europäische
4317 Idee noch stärker an allen Schulformen verankern können.

4318 Wir setzen auf den Ausbau der europäischen Städtenetzwerke und den Rat der Regio-
4319 nen. Städte und Regionen in Europa sind sich in ihren Problemen und ihrer Struktur häu-
4320 fig näher als die Nationalstaaten, sei es in Fragen des Umweltschutzes, bezahlbaren
4321 Wohnraums oder des Verkehrs in Ballungsräumen. Aus den Städten und Regionen kann
4322 ein neues Europa der Bürgerinnen und Bürger entstehen.

4323 Darüber hinaus wollen wir als Landesregierung unseren Einfluss auf Europa mit Initiati-
4324 ven im Bundesrat geltend machen, um für die Bürgerinnen und Bürger Standards im Da-
4325 tenschutz oder das Verbot von Privatisierungen auf kommunaler Ebene durchzusetzen.
4326 Wir fühlen uns einem sozialen Europa verpflichtet und werden uns deshalb auf allen
4327 Ebenen für die Durchsetzung sozialer Standards einsetzen. Genauso werden wir uns für
4328 menschliche Lösungen der Humanitätskrise in Europa und auch an den Grenzen Europas
4329 einsetzen.

4330 Wir erleben immer mehr Menschen auf der Flucht vor Hunger, vor Kriegen oder auf der
4331 Suche nach einer Perspektive. Wir wollen uns mit unserer Politik unseren Beitrag dazu
4332 leisten, dass Menschen überall auf der Welt eine Perspektive erhalten. Wir werden in
4333 Regierungsverantwortung gemeinsam mit Kommunen, Kirchen und Glaubensverbän-
4334 den, Nichtregierungsorganisationen und Netzwerken an einer Umsetzung der Nachhal-
4335 tigkeitsziele der Vereinten Nationen arbeiten.

4336 Wir wollen in unserer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Hessen das Thema Entwick-
4337 lungszusammenarbeit fest verankern. Viele Kommunen haben sich auf den Weg ge-
4338 macht, globaler zu denken und handeln. Es ist unsere Verantwortung, sie dabei zu un-
4339 terstützen und zu stärken. Gleiches gilt für die Unterstützung von Schulpartnerschaften
4340 mit Ländern des globalen Südens sowie für notwendige Qualifizierungen der Lehrkräfte
4341 zu diesem Themenfeld. Unser Ziel ist es das Weltaktionsprogramm „Bildung für nach-
4342 haltige Entwicklung“ an unseren Schulen strukturell und curricular umzusetzen.

- 4343 Wir werden mit allen Beteiligten ein Konzept der Unterstützung erarbeiten, so dass auch
4344 kleinere Kommunen den Zugang zu den Möglichkeiten der Förderung von Landes-, Bun-
4345 des- oder Europaebene erhalten.
4346 Wir werden Initiativen wie "Rhein.Main.Fair - auf dem Weg zur fairen Metropole" unter-
4347 stützen.